



# Landtag von Baden-Württemberg

97. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 26. Oktober 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 17:47 Uhr

## INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten ..... 7525
- Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Heinz Goll .. 7525
- Begrüßung des türkischen Generalkonsuls in Stuttgart,  
Herrn Ahmet Funda Tezok ..... 7573
1. Aktuelle Debatte – **Streichung des Buches „Eine Liebe in Deutschland“ von Rolf Hochhuth als Pflichtlektüre für das Abitur 2002** – beantragt von der Fraktion der SPD ..... 7525
- Abg. Reinelt SPD ..... 7525
- Abg. Rau CDU ..... 7527, 7534
- Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen . 7528, 7537
- Abg. Kiesswetter FDP/DVP ..... 7529
- Abg. Dr. Schlierer REP. .... 7530, 7539
- Ministerin Dr. Annette Schavan ..... 7531, 7540
- Abg. Maurer SPD ..... 7536
- Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 7538
2. a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Qualitätsorientierte Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule** – Drucksache 12/4725
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Einführung des Fremdsprachenunterrichts an den Grundschulen; hier: Berücksichtigung schulischer und kommunaler Initiativen** – Drucksache 12/5560 ..... 7541
- Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen .. 7541
- Abg. Rau CDU ..... 7543
- Abg. Christine Rudolf SPD ..... 7545, 7550
- Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 7546
- Abg. König REP ..... 7547
- Ministerin Dr. Annette Schavan ..... 7548, 7550
- Beschluss ..... 7550
3. Aktuelle Debatte – **Die großzügige Verteilung nicht vorhandener Gelder aus der Landesstiftung durch die Landesregierung** – beantragt von der Fraktion der SPD ..... 7551
- Abg. Maurer SPD ..... 7551, 7558
- Abg. Oettinger CDU ..... 7552, 7559
- Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen ..... 7553, 7560
- Abg. Kiel FDP/DVP ..... 7554, 7561
- Abg. Rapp REP ..... 7554, 7562
- Minister Stratthaus ..... 7555, 7562

4. **Fragestunde** – Drucksache 12/5623

Mündliche Anfrage des Abg. Julius Redling SPD  
– **Amokfahrt mit gestohlenem Bundeswehr-laster am 8. Oktober 2000** ..... 7565

Abg. Redling SPD ..... 7565, 7566  
Minister Dr. Palmer ..... 7565, 7566  
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 7566  
Abg. Wilhelm REP ..... 7566

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes** – Drucksache 12/5606 ... 7566

Minister Stratthaus ..... 7566, 7572, 7573  
Abg. Winckler CDU ..... 7569  
Abg. Moser SPD ..... 7569  
Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen ..... 7570  
Abg. Kiel FDP/DVP ..... 7571  
Abg. Rapp REP ..... 7571

Beschluss ..... 7573

6. a) Antrag der Fraktion Die Republikaner und  
Stellungnahme des Innenministeriums – **„Kirchenasyl“ in Baden-Württemberg** – Drucksache 12/4690

b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und  
Stellungnahme des Innenministeriums – **Beendigung von so genanntem Kirchenasyl in Baden-Württemberg** – Drucksache 12/4783

c) Antrag der Fraktion Die Republikaner und  
Stellungnahme des Innenministeriums – **Beendigung aller Fälle von so genanntem Kirchenasyl in Baden-Württemberg** – Drucksache 12/5473 ..... 7573

Abg. Käs REP ..... 7573, 7578  
Abg. Roland Schmid CDU ..... 7574  
Abg. Heiler SPD ..... 7575  
Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen ..... 7576  
Abg. Kiesswetter FDP/DVP ..... 7577  
Minister Dr. Palmer ..... 7578

Beschluss ..... 7580

7. Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der  
Antwort der Landesregierung – **Berufliche Schulen in Baden-Württemberg** – Drucksache 12/5231 ..... 7580

Abg. Ursula Kuri CDU ..... 7580  
Abg. Wintruff SPD ..... 7582  
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen .. 7584  
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 7585  
Abg. König REP ..... 7586  
Abg. Wieser CDU ..... 7587  
Staatssekretär Köberle ..... 7588

8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme  
des Wirtschaftsministeriums – **Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks** – Drucksache 12/4708 ..... 7592

Abg. Rudolf Hausmann SPD ..... 7592, 7596  
Abg. Keitel CDU ..... 7593  
Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen .. 7594  
Abg. Hofer FDP/DVP ..... 7595  
Abg. Dagenbach REP ..... 7595  
Staatssekretär Dr. Mehrländer ..... 7597

Beschluss ..... 7598

9. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben –  
Drucksachen 12/5600, 12/5625, 12/5626, 12/5627 . 7598

Beschluss ..... 7598

10. Beschlussempfehlungen und Berichte der  
Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von  
Abgeordneten – Drucksache 12/5589 ..... 7598

Beschluss ..... 7598

11. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/5492,  
12/5538, 12/5563, 12/5564, 12/5569 ..... 7598

Beschluss ..... 7598

Nächste Sitzung ..... 7598

## Protokoll

über die 97. Sitzung vom 26. Oktober 2000

Beginn: 9:34 Uhr

**Präsident Straub:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 97. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Drautz erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Brinkmann, Herrmann und Wabro.

Dienstlich verhindert sind der Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister Dr. Schäuble, Herr Sozialminister Dr. Repnik, Herr Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha sowie die Herren Staatssekretäre Stächele und Rückert.

Meine Damen und Herren, heute hat unser Kollege Heinz Goll Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich gratuliere Ihnen, Herr Kollege Goll, im Namen des ganzen Hauses herzlich und wünsche Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Streichung des Buches „Eine Liebe in Deutschland“ von Rolf Hochhuth als Pflichtlektüre für das Abitur 2002 – beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die Eingangserklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reinelt.

**Abg. Reinelt** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt hier noch elf Abgeordnete, die sich, weil sie damals schon dabei waren, noch wie ich an die Plenardebatte vom 9. Juni 1978 erinnern. Von diesen sehe ich hier im Augenblick allerdings nur zwei. Einer von Ihnen ist Herr Kollege Moser. Herr Kollege Birzele war an dem genannten Tag krank.

(Abg. Rech CDU: Ach Gott! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, in dieser Debatte ging es vor allem um den berüchtigten Filbinger-Satz: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Der SPD-Frak-

tionsvorsitzende Erhard Eppler hat ihm damals dafür ein „unheilbar gutes Gewissen“ attestiert

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

und den damaligen Ministerpräsidenten mit dessen Gedenkrede konfrontiert, die er im Jahre 1960 auf die Männer von Brettheim im hohenlohischen Brettheim gehalten hatte. Vielleicht wissen einige von Ihnen noch, dass diese Männer am 10. April 1945 nach der Entwaffnung von Hitlerjungen nach Nazirecht gehängt wurden und zur Abschreckung hängen bleiben mussten.

Der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel hat in dieser Debatte den Ministerpräsidenten verteidigt, indem er unter anderem sagte – und das ist auch heute noch unserer Aufmerksamkeit wert –:

Die Angriffe gegen Herrn Dr. Filbinger richten sich aber nicht nur gegen ihn. Sie treffen – ob Sie das wollen oder nicht – eine ganze Generation.

Wer diese Debatte damals mitverfolgt hat – ich kann sie wegen ihrer Bedeutung und wegen des Erschreckens nicht vergessen – oder wer diese Debatte im Plenarprotokoll 7/53 nachliest, der weiß, dass nicht wenige in der CDU Herrn Hochhuth den folgenden Satz niemals verzeihen:

Am wenigsten sind die Behörden des Landes Baden-Württemberg daran interessiert, die in ihrem Bundesland lebenden und dort Pension verzehrenden Mörder dieses – und zahlloser anderer – Gefangener, die aus dem gleichen „Grund“ dilettantisch gehängt, das heißt: erwürgt wurden, dingfest zu machen. Ist doch der zurückgetretene Ministerpräsident dieses Landes, Dr. Filbinger, ein so furchtbarer Jurist gewesen, dass er noch in britischer Gefangenschaft nach Hitlers Tod deutsche Matrosen mit ehemaligen Nazigesetzen verfolgt hat.

Meine Damen und Herren, Herr Filbinger ist deswegen vor Gericht gegangen,

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

und Herr Hochhuth hat Recht bekommen. Er durfte lediglich nicht wieder sagen, dass Filbinger seine Freiheit, wenn ich es richtig im Kopf habe, dem Schweigen anderer verdanke.

18 Jahre nach dieser Debatte gab es eine versöhnende Geste. Sie, Frau Dr. Schavan, waren damals schon Kultusministerin. Die für die Auswahl der Pflichtlektüre zum Abitur zuständige Kommission hat das Buch „Eine Liebe in

(Reinelt)

Deutschland“ für das Abitur 2002 vorgeschlagen. Das Kultusministerium hat dies akzeptiert.

Vier Jahre später – darum geht es heute –, übrigens ausgerechnet am Geburtstag von Herrn Filbinger, rief ein Ministerialrat bei der Vorsitzenden der erwähnten Kommission an und sagte, das Buch werde zurückgezogen, er habe den entsprechenden Erlass unterschreiben müssen.

Wenige Tage danach ging dieser Erlass mit Datum vom 15. September – Filbingers Geburtstag – bei den Schulen ein. Begründung: fehlende Sekundärliteratur. Da diese Begründung nachweisbar falsch ist, wurde eine andere nachgeschoben: Was vorliege, sei für den Unterricht nicht aufbereitet.

Meine Damen und Herren, wie immer es auch sei: Es handelt sich um einen einmaligen Vorgang. Die Kommission hat erklärt, die Frage der Sekundärliteratur habe bei der Auswahl nie eine Rolle gespielt. Es gibt andere Beispiele dafür.

Ich möchte noch ganz besonders herausstellen: Das Kultusministerium hat den betroffenen Lehrerinnen und Lehrern ein vernichtendes Urteil ausgestellt. Denn sie seien auch nach zwei Staatsexamina nicht in der Lage, diesen Text für ihre Schülerinnen und Schüler sowie mit ihren Schülerinnen und Schülern zu interpretieren. Was durch das Ministerium folgte, war eine feige Zuweisung der Schuld an die Adresse der Kommission.

Das alles ist dargestellt worden. Die Kommission ist inzwischen auch zurückgetreten, weil sie sich von der Ministerin desavouiert fühlt und weil sie vermutet, dass die Entscheidung keine fachliche, sondern eine parteipolitische Grundlage habe.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion kann zu keiner anderen Wertung kommen. Wir sehen uns in dieser Meinung durch die Aussage des Kultusministeriums bestärkt – nachzulesen in der „Stuttgarter Zeitung“ –, dass die Ministerin diese Entscheidung nicht initiiert habe. Die Ministerin sei von der zuständigen Abteilung über die Entscheidung lediglich in Kenntnis gesetzt worden. Wenn dies stimmte, so würde Frau Dr. Schavan bei der Tragweite dieser Entscheidung ihr Ministerium nicht leiten.

(Beifall bei der SPD)

Aber gerade weil auch ich ministerielle Willensbildung kenne, halte ich diese Aussage für abenteuerlich. Ich halte sie für eine unwahre Konstruktion.

Hier geht es um ein Exemplar politischer Literatur, das höchste und nachweisbare Wirkung erzielt hat. Die Wirkungsgeschichte ist auch dokumentiert. Diese Erzählung ist aus der baden-württembergischen Zeitgeschichte nicht wegzudenken. Sie beschreibt schmerzhaft, was eintritt, wenn es keine Zivilcourage mehr gibt.

Die Absetzung der Erzählung als Pflichtlektüre für das Abitur fällt in eine Zeit der Gewalt gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Gewalt gegen Synagogen und Gedenkstätten. Die Absetzung erfolgt zeitgleich mit

Appellen von ganz oben an die Bürgerinnen und Bürger: Wehrt euch, verteidigt das Grundgesetz, ihr seid jetzt gefragt,

(Zuruf von den Republikanern: Das haben wir gestern gemacht!)

zeigt Zivilcourage!

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Reinelt, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Reinelt SPD:** Ich bin mit meiner Rede gleich fertig, Herr Präsident.

Zur gleichen Zeit, meine Damen und Herren, diskutieren wir hier im Plenum über den Kampf gegen Rechtsextremismus.

Vor diesem Hintergrund wäre eine solche selbstständige Entscheidung einer Abteilung ein unglaublicher und irreparabler Vertrauensbruch der Ministerialbürokratie. Da ich an einen solchen Vertrauensbruch nicht glaube, an ein solches Die-Ministerin-ins-Messer-laufen-Lassen, an eine solche Instinktlosigkeit oder katastrophale Dummheit in einem unserer Ministerien, ist das für mich der Beweis dafür, dass man die Ministerin jetzt aus der Verantwortung nehmen will. Aber Ihre politische Verantwortung für diese Entscheidung, Frau Dr. Schavan, die Sie auch stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU und stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sind, können Sie nicht delegieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie tragen die politische Verantwortung für diese Verneinung nach rechts.

(Abg. Seimetz CDU: Oh! – Abg. Hauk CDU: Also, Herr Reinelt, diese Betroffenheitskultur, die Sie hier verbreiten wollen: Überhöhen wir doch nicht! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Meine Damen und Herren, damit das ganz klar ist: Es geht hier nicht um Rechtsradikalismus, wie ihn Rolf Hochhuth der Ministerin leichtfertig und ungerecht unterstellt hat. Darum geht es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber angesichts der Todesurteile und der Debatte von 1978 ist jeder Versuch einer Filbinger-Rehabilitierung alles andere als eine Abgrenzung nach rechts, von der Rita Süsmuth und Heiner Geißler anlässlich der Vorstellung des neuen Buches von Frau Süsmuth gesagt haben, dass die CDU diese Abgrenzung nach rechts noch nie geschafft habe. Auch Sie, Frau Dr. Schavan, haben sich nicht abgegrenzt. Vielmehr polstern Sie als Quereinsteigerin in die baden-württembergische CDU Ihren Platz im Landesverband mit anbiedernden Gesten nach rechts aus.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das ist ja lächerlich!)

(Reinelt)

Ich erinnere zum Schluss an die Worte von Bundespräsident Gustav Heinemann vom 24. Dezember 1971:

Nur wer bekennt, findet den, der mit ihm bekennt. Nur wer Bürgermut lebt, macht andere Bürger lebendig.

Ich füge hinzu: Nur eine Kultusministerin, die bekennt, findet junge Menschen, die mit ihr bekennen. Nur wenn Sie sich bekennen, Frau Dr. Schavan, werden Sie den Ihnen anvertrauten jungen Menschen helfen, mutige und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger in unserer demokratischen Gesellschaft zu werden. Ein solches Bekenntnis wäre zum Beispiel die Korrektur der heute angesprochenen Entscheidung.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Reinelt, ich habe Sie, nachdem Sie Ihre Redezeit um zwei Minuten überzogen hatten, auf das Ende Ihrer Redezeit hingewiesen. Sie haben jetzt insgesamt elf Minuten gesprochen. Ich gehe davon aus, dass Sie Ihre beiden Redezeiten zusammengekommen haben.

(Zuruf von der SPD: Als wenn das jetzt das Problem wäre! – Unruhe)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rau.

**Abg. Rau** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD versucht, mit dieser Aktuellen Debatte heute künstliche Aufregung zu produzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sehr richtig! – Widerspruch bei der SPD)

Was der Zweck der Übung sein soll, hat Herr Kollege Reinelt mit seinen Einlassungen soeben deutlich gemacht. Er hat sich einerseits von Herrn Hochhuth distanziert, um andererseits von einer Verneinung nach rechts zu sprechen – eine unsinnige Konstruktion. Ich werde deswegen zur Sache und nicht zu Herrn Reinelt reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Deuschle REP: Schwach ist das!)

Was ist denn der Vorgang? Eine Lektüre Hochhuths, „Eine Liebe in Deutschland“, ist im Kanon für die Oberstufe an beruflichen Gymnasien enthalten. Diese Lektüre ist aufgrund eines Vorschlags aus dem Jahr 1996 zum Lesegebot erhoben worden; und es ist nichts anderes passiert, als dass daraus in diesem Schuljahr wieder ein Leseangebot gemacht wurde. Hochhuths Werk ist nicht aus der Lektüreliste des Kultusministeriums zurückgezogen worden. Dieses Buch kann gleichberechtigt mit zahlreichen anderen Werken der Literatur weiterhin in den Schulen Baden-Württembergs gelesen und bearbeitet werden. Es ist um der Chancengleichheit im Abitur willen aus einer Pflichtlektüre eine Kann-Lektüre gemacht worden. Das ist der ganze Vorgang, der hier aufgebauscht wird.

(Abg. Zeller SPD: Sie verharmlosen!)

– Ich verharmlose nicht. Sie kriegen noch einiges zu hören. Ich habe zwei Runden und teile mir meine Zeit ein.

Die Begründung dafür ist, dass wir keine Sekundärliteratur haben, um dieses Buch im Unterricht verantwortlich behandeln zu lassen. Wenn Sie eine Recherche machen, dann stellen Sie fest, dass außer den Presseartikeln der Erscheinungsjahre keine weitere Sekundärliteratur vorliegt.

(Abg. Zeller SPD: Halten Sie die Lehrer für blöd?)

Die Literaturwissenschaft der letzten 20 Jahre hat dieses Buch nicht bearbeitet,

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Nicht beachtet!)

und das aus guten Gründen.

(Widerspruch bei der SPD)

– Das ist so. Recherchiert, alles recherchiert!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen ist es problematisch, dieses Buch heute den Abiturientinnen und Abiturienten zur verpflichtenden Lektüre zu machen, weil es gute Gründe gebe, sich mit diesem Buch anhand von Sekundärliteratur auseinander zu setzen. Ich teile nicht das Urteil mehrerer Kommissionsmitglieder, die sagen, das ginge auch ohne Sekundärliteratur.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Was dann passiert ist, war eine maßlose Kritik vonseiten des Herrn Hochhuth, dass – ich zitiere – „die Rechtsradikalen in der BRD sich nun auch in den Spitzen der Ministerialbürokratie austoben“. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber der baden-württembergischen Landesregierung, gegenüber den Beamten dieses Landes, die nach pflichtgemäßem Ermessen hier eine Entscheidung getroffen haben, die mit der Begründung sehr wohl zu vertreten ist.

Die baden-württembergische Kultusministerin, so Hochhuth weiter, schwimme auch auf einer Welle von Neonazismus mit.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Disqualifiziert sich selber!)

Sie haben soeben in diesen Chor eingestimmt, Herr Reinelt, auch wenn Sie eine laue Abgrenzung vorgetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In Wirklichkeit wollen Sie hier den Eindruck erwecken, als ob Sie alte Schlachten noch einmal schlagen könnten und daraus auch noch einmal Hoffnung saugen könnten für irgendwelche politische Stimmungen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Wenn Sie die Literaturliste für die beruflichen Gymnasien durchgehen – und um diese geht es –, dann finden Sie bei der Gegenwartsliteratur eine ganze Reihe sehr gut geeigneter Bücher, die das Nazideutschland behandeln und die die

(Rau)

Grundlage für eine Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte im Unterricht bieten. Das wird in Baden-Württemberg an keiner Schule verhindert oder ausgeblendet. Ganz im Gegenteil, wir sehen die Aufarbeitung der Geschichte als Voraussetzung dafür, zu verhindern, dass Jugendliche wieder in den Rechtsextremismus abdriften.

Der Rücktritt der Kommission, von dem Sie gesprochen haben, ist keiner. Das wird die Ministerin nachher vielleicht noch etwas näher erläutern. Ich hatte die Gelegenheit, gestern mit einem Kommissionsmitglied zu sprechen. Dieses Kommissionsmitglied hat ausdrücklich bestätigt, dass die Kommission bei der Auseinandersetzung um diesen Vorgang vor allem Kommunikationsprobleme geltend macht, weil sie sich nicht angemessen behandelt fühlt.

(Abg. Reinelt SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Zeller SPD: Herr Präsident!)

Hängen Sie also das Ganze viel tiefer, als Sie es getan haben, und bringen Sie es in die richtige Größenordnung. Sie erweisen dem Land und seiner Kultuspolitik sonst einen Bärendienst.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reinelt?

**Abg. Rau** CDU: Wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird, ja.

(Lachen bei der SPD)

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Reinelt.

**Abg. Reinelt** SPD: Herr Kollege Rau, Sie haben gestern Nachmittag noch am Forum des Südwestrundfunks nach 17 Uhr als Diskussteilnehmer teilgenommen. Dort hat ein Mitglied der Kommission, Herr Häring, gesagt, die Kommission sei zurückgetreten. Sie haben das zur Kenntnis genommen.

(Zurufe von der CDU: Frage! – Abg. Wieser CDU: Wann kommt die Frage?)

Im Übrigen will ich hier gerne einräumen, dass es letzten Endes nicht um diesen Rücktritt allein gehen kann.

Ich wollte nur fragen: Wann haben Sie die Information bekommen, dass die Kommission nicht zurückgetreten sei?

**Abg. Rau** CDU: Ich habe diese Information. Ich würde Sie da aber gern auf die Ausführungen der Kultusministerin verweisen, weil es gestern im Kultusministerium ein Gespräch zwischen der Kommission und dem Ministerialdirektor gegeben hat.

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen wir einfach noch einmal die Fakten Revue passieren. 1995 setzt die dafür zuständige achtköpfige Kommission des Kultusministeriums Rolf Hochhuths „Eine Liebe in Deutschland“ auf die

Literaturliste für das Abitur 2002 der beruflichen Gymnasien.

(Abg. Hauk CDU: Das war der erste Missgriff!)

Bekannt ist die Rolle Hans Filbingers als Marinerichter im Dritten Reich. Das ist ja noch einmal vom Kollegen Reinelt dargelegt worden. Dieses Buch hat maßgeblich zum Sturz Filbingers beigetragen. Filbinger selbst fühlt sich bis heute zu Unrecht verfolgt.

1996 bestätigt das Kultusministerium die Literaturempfehlung dieser Kommission für das Abitur 2002. Zwei Wochen nach Schuljahresbeginn für die relevanten Jahrgänge wird das Buch als Pflichtlektüre zurückgezogen. Begründung: Es sei zu wenig Sekundärliteratur vorhanden. Diese Behauptung muss korrigiert werden. Es ist genügend Sekundärliteratur vorhanden. Die nachgeschobene Begründung heißt jetzt: Es ist zu wenig didaktisch aufbereitete Sekundärliteratur vorhanden. Das heißt, es fehlt so etwas wie der übliche Standardkommentar für die Schüler zu einem solchen Werk.

Als Schlenker muss ich dazu sagen: Es ist eigentlich nicht das Bild, Frau Ministerin, das Sie sonst von unseren Lehrern zeichnen, nämlich dass sie Stücke nur behandeln können, wenn dazu Standardkommentare vorliegen, mit denen sich dann die Schüler und Lehrer vorbereiten können.

(Abg. Brechtken SPD: Im politischen Bereich schon! Leitkultur!)

Wenn Standardkommentare nicht vorhanden sind, ist es offensichtlich nicht möglich, ein vernünftiges Abitur zu machen. Ich habe Sie nicht so verstanden, dass das bisher Ihr Bild der Lehrerschaft ist.

Jetzt gibt es Proteste des Schriftstellers. Diese Proteste gipfeln in dem Vorwurf rechtsradikaler Umtriebe der Ministeriumsspitze. Diese Vorwürfe sind nicht nur maßlos, sie sind natürlich ungeheuerlich.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Sie müssen auch entschieden zurückgewiesen werden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP/DVP)

in erster Linie deshalb, weil es nicht geht, dass man mit der Kritik an der Regierung jede Grenze überschreitet; aber wenn man schon solche Vorgänge als rechtsradikale Umtriebe bezeichnet, muss für die Leute eine völlige Verwirrung herrschen, was überhaupt noch Rechtsradikalismus ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP/DVP)

Jedenfalls macht das natürlich die ganze Auseinandersetzung nicht einfacher.

Jetzt kommt der nächste Schritt. Die Kommissionsmitglieder treten – die Informationen sind nicht einheitlich, jedenfalls meine ist so – mehrheitlich zurück. Jetzt muss man doch bei dem Bemühen, die Angelegenheit fair zu beurteilen, fragen: Wie soll die Öffentlichkeit das angesichts die-

(Kretschmann)

ser Vorgänge eigentlich anders werten, als dass da eine politische Intervention erfolgt ist? Wie soll das denn nach der Faktenlage anders bewertet werden? Ich weiß es nicht. Jedenfalls können und müssen Sie, Frau Ministerin, hier heute darlegen, dass das nicht der Fall ist. Das ist unser Wunsch und unsere dringliche Bitte. Sonst bleibt ja an unserem Land hängen, dass Literatur, die politisch nicht opportun ist, aus den Lektürelisten gestrichen wird. Man muss schon sagen: Der Umgang der Union mit Schriftstellern war ja bekanntlich nicht immer sehr glücklich, von den „Pinschern“ Erhards über die „Ratten und Schmeißfliegen“ Franz Josef Strauß' usw.

(Zurufe der Abg. Weiser und Dr. Birk CDU)

Das gehört ja zu der Melange alles dazu.

Jetzt müssen Sie darlegen, dass das nicht der Fall ist, und zwar in einer überzeugenden Weise, und warum Sie den Vorschlag einer Kommission erst genehmigen und dann wieder zurückziehen und dann gestufte Erklärungen nachschieben. Sie sind da sicher in einer schwierigen Situation. Ich kann mir da eigentlich gar nichts anderes vorstellen, als dass Sie erklären – es ist ja nicht die erste Panne, die wir zum Abitur erleben, wir erleben ja fast jedes Jahr, dass die Zentralprüfung eigentlich nie glatt über die Bühne geht –, dass in Ihrem Haus in solch wichtigen Fragen Vorgänge ablaufen, die Sie offensichtlich nicht richtig in der Hand haben, und dass Sie Selbstkritik üben müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich die Kritik von Hochhuth an der Landesregierung, an den Beamten entschieden zurückweisen. Ich halte die Behauptung für völlig überzogen und für unverschämte,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

hier würden irgendwelche rechtsradikalen Tendenzen vorherrschen. In den acht Jahren, in denen ich hier im Parlament bin, habe ich noch nie gehört und noch nie erlebt, dass so etwas von einem von mir bisher geachteten Schriftsteller behauptet wird.

(Abg. Hauk CDU: Das wirft ein Bild auf die Qualität der Literatur!)

Das zeigt, dass dieser Schriftsteller zurzeit einen Realitätsverlust hat und aus dem weit entfernten Berlin den Vorgang hier gar nicht genau beobachtet, aber blinde Kritik übt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das Ärgerliche an dieser Sache ist natürlich, dass eine gewisse Kritik am Vorgehen der Kultusministerin oder der Ministerialbeamten durchaus berechtigt ist. Dieses Vorgehen erfolgt in einer Zeit, in der wir gegen Rechtsradikalis-

mus ankämpfen. Wir hatten in der letzten Plenardebatte durchaus eine sehr qualifizierte, hoch stehende Debatte gegen Rechtsradikalismus, und alle vier demokratischen Parteien haben sich dagegen gewandt und haben auch aufgezeigt, dass hier der „Wolf im Schafspelz“ sitzt und dass wir unseren ganzen Kampf gegen die Republikaner ausrichten müssen, die scheinheilig hier sitzen und eigentlich den Rechtsradikalismus vertreten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Unter solchen Vorzeichen ist natürlich die Herausnahme des Buches von Hochhuth aus der Pflichtlektüre ein falsches Signal, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir erreichen mit Maßnahmen der Politik und der Gesellschaft natürlich nicht diejenigen, die Steine werfen und Synagogen anbrennen. Das sind Unverbesserliche, die nur mit den Mitteln der Strafjustiz verfolgt werden können. Aber wir könnten wenigstens die Leute erreichen, die Sympathisanten sind, die nachdenken könnten und die wir durch Argumente überzeugen können.

Deshalb, meine ich, soll gerade in der Schule die Literatur über den Nationalismus, über die Wirkungen des Nationalismus auch als Pflichtlektüre behandelt werden. Ich habe mich beim Staatsschauspiel hier erkundigt. Es sind 13 gängige Werke, die hier zurzeit aufgeführt werden, die besprochen werden und für die es genügend Sekundärliteratur gibt. Daher hätte ich erwartet, Frau Ministerin, dass Sie, wenn Sie schon das Buch von Hochhuth aus der Pflichtlektüreliste herausnehmen, was vielleicht aus didaktischen Gründen notwendig ist, ein anderes Buch als Pflichtlektüre eingesetzt hätten. Das ist meine Forderung.

Es wäre ein viel besseres Mittel – das muss ich hier auch sagen –,

(Unruhe)

im Gymnasium Literatur zu behandeln, die sich sowohl mit den Betroffenen als auch mit den Tätern auseinander setzt. Das ist die Aufgabe der Schule, und diese Aufgabe soll durchgeführt werden. Ich halte so etwas für besser als zum Beispiel ein NPD-Verbot. Ein NPD-Verbot bringt viel weniger als eine gute Schule, die sich um diese Themen kümmert.

Frau Ministerin, ich halte Ihnen in dieser Frage ein fehlendes Fingerspitzengefühl vor und bitte Sie, zu überdenken, ob in sämtlichen Gymnasien nicht andere Werke als Pflichtlektüre eingesetzt werden könnten.

In der zweiten Runde wird meine Kollegin Berroth noch Ausführungen machen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer** REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich in der Tat heute früh gefragt, was die SPD eigentlich mit dieser Debatte will. Dann habe ich die in einer Aktuellen Debatte vom Blatt abgelesene Betroffenheitslyrik des Kollegen Reinelt vernommen.

(Beifall bei den Republikanern – Widerspruch bei der SPD)

Da habe ich mich wieder gefragt: Was soll dieses ganze Theater? Nun habe ich den Eindruck, dass auch andere Vorredner nicht so ganz wissen, was sie hier eigentlich vortragen sollen.

Herr Kollege Kiesswetter, ich muss Ihnen empfehlen, sich das nächste Mal vor einer solchen Debatte wenigstens zu informieren oder zumindest die Zeitung zu lesen. Denn einiges von dem, was Sie hier vorgetragen haben, hätten Sie längst wissen können, zum Beispiel, durch welches Buch das Buch von Hochhuth ersetzt worden ist usw. Hier wurden auch absurde Verknüpfungen vorgetragen, die überhaupt nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun haben.

Von Ihnen, Herr Kollege Rech, hätte ich natürlich schon auch noch gern ein paar klare Worte zu dem gehört, was hier heute auch einmal ausgesprochen werden muss.

(Abg. Rech CDU: Ich habe keine Redezeit! – Abg. Pfister FDP/DVP: Der hat gar nichts gesagt! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Sie sollten sich einmal informieren, wie die Abgeordneten heißen!)

– Entschuldigung, ich meinte Herrn Kollegen Rau. Ich bitte Sie, mir diesen Versprecher nachzusehen.

Der Kollege Rau hätte ja vorhin auch einmal ein paar klare Worte zu dem sagen können, was hier sicherlich auch noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, nämlich zum „Fall Filbinger“, den wir jetzt auch einmal als „Fall Hochhuth“ hier behandeln müssen.

Wir bewerten das heute ja aus einem gewissen zeitlichen Abstand. Wir müssen jetzt nicht die Debatte von Ende der Siebzigerjahre führen, sondern wir sollten eine Debatte mit dem Erkenntnisstand aus dem Jahr 2000 führen. Dazu gehört, dass man sich die im Rückblick sicher wichtigen Bewertungen dessen, was damals passiert ist, vor Augen führt. Wenn ein Mann wie Golo Mann klar und deutlich sagt, dass es damals eine „meisterhaft konzertierte Hetze gegen Filbinger“ gegeben habe – –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind doch sein Zögling!)

– Wenn Sie Golo Mann hier angreifen wollen, fällt das auf Sie selbst zurück.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn beispielsweise der frühere Berliner FU-Präsident Ernst Hirsch als Ergebnis einer Untersuchung festhält – ich zitiere ihn mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –: „Es fehlt der Geist eines Emile Zola, der das Unrecht, das Filbinger geschehen ist, auf die Gassen schreit“,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jesses!)

wenn dann, meine Damen und Herren, von der linken Seite bezeichnenderweise kein Wort darüber gesprochen wird, dass zwei Oberstleutnante der Hauptabteilung Aufklärung der ehemaligen Stasi, Dr. Brehmer und Bohnsack, klar und deutlich nach der Wende offen gelegt haben, worum es damals ging, dann zeigt das, was in dieser Debatte wirklich abläuft. Das, was damals geschehen ist, war wesentlicher Bestandteil der so genannten „Aktion Schwarz“ der Stasi, die gegen Konservative, gegen die Unionsparteien, gegen so genannte Faschisten und alles, was rechts stand, geführt wurde. Davon von Ihnen kein Wort!

(Abg. Wintruff SPD: Weil es nicht stimmt!)

Kein Wort von dem, was Bohnsack später in seinem Buch klar und deutlich offen gelegt hat!

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sagen Sie ein Wort zu Filbinger!)

An dieser Stelle muss man sich einmal bewusst machen, was mit einer solchen Debatte wirklich bewirkt werden soll.

(Unruhe bei der SPD)

– Die Aufregung links außen verstehe ich; denn Sie von der SPD sind ja diejenigen, die jetzt mit der Mauermörderpartei PDS koalieren, kungeln und zusammenarbeiten,

(Beifall bei den Republikanern)

also mit der unmittelbaren Nachfolgepartei jener, die für das ganze SED-Unrecht verantwortlich sind und auch für diese Stasiaktionen verantwortlich waren.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie sind es, die nach meiner Meinung jetzt die Aktion der Stasi hier im Landtag konsequent fortsetzen wollen. Das finde ich ungeheuerlich.

(Beifall bei den Republikanern)

Aber das hat natürlich Methode. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den wirklich lesenswerten Leitartikel in der FAZ vom 24. Oktober dieses Jahres, wo Berthold Kohler unter der Überschrift „Linke Leitkultur“ etwas sehr Wichtiges festgehalten hat. Er hat nämlich klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass mit diesen Aktionen alle Positionen rechts von der Regierungskoalition entsprechend gebrandmarkt werden sollen. Jeder, der eine solche Position vertritt, wird in eine schwarz-braune Ecke gestellt – so nach dem Motto: Entweder ist er Populist, der den Extremisten fahrlässig Argumentationshilfe leistet, oder er ist natürlich ein zweifelhafter Demokrat, der in trüben Gewässern fischt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das ist die Methode!

(Abg. Drexler SPD: Sie lesen doch alles ab!)

– Ich? Entschuldigen Sie einmal! Ich habe kein Manuskript. Ich habe nicht abgelesen wie Herr Reinelt. Das ist der große Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei den Republikanern)

(Dr. Schlierer)

Und wenn ich Ihnen hier die FAZ vorhalte, dann tue ich das, weil ich zum Schluss noch ein Zitat bringen will.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Der zum Aufstand aufgerufene „anständige“ Deutsche – so schreibt Berthold Kohler –

darf seither keine rechten Demokraten mehr kennen, sondern nur noch Demokraten und Rechtsextremisten.

Das ist der Kern Ihrer Verleumdungsstrategie, die Sie hier betreiben wollen, nichts anderes.

(Anhaltender Beifall bei den Republikanern – Abg. Drexler SPD: Kein Wort zu den Todesurteilen! Kein Wort zu den Todesurteilen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

(Abg. Drexler SPD: Weikersheim!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute über zwei Themen: Wir reden über den Vorgang „Pflichtlektüre, Abitur, schriftliches Abitur an beruflichen Gymnasien“, und wir reden über Aussagen von Herrn Hochhuth, seine Kernaussage und eine Fülle nachfolgender Zeitungsberichte und Kommentare, wonach ein politischer Roman zugunsten eines ganz und gar unpolitischen Romans aus dem Verkehr gezogen worden sei. Zu beiden Themen werde ich Stellung nehmen.

Erstens zum Thema Pflichtlektüre. Vor elf Jahren, 1989, hat die Kommission, bestehend aus neun Mitgliedern, die heute gültige Lektüreliste für die beruflichen Gymnasien zusammengestellt. Auf dieser Lektüreliste, die ich gerne jedem Mitglied des Hauses zur Verfügung stelle, finden Sie „Eine Liebe in Deutschland“ von Hochhuth, und Sie finden genauso den „Stellvertreter“ von Hochhuth.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ein Gefälle!)

1995/96, also zu der Zeit, als ich bereits Kultusministerin war, hat die Kommission Vorschläge für die Jahre ab 2000 gemacht, wobei für das Abitur immer gilt: Es gibt zwei Lektüren, die aus dem Lektürekanon zur Pflichtlektüre erklärt werden. Der Vorschlag lautete erstens „Faust“ von Goethe und zweitens „Eine Liebe in Deutschland“ von Hochhuth, und zwar – das muss ich hinzufügen – für das Abitur 2002.

Bereits damals hat es – so ist es in einem gestrigen, übrigens sehr guten und ausgiebigen Gespräch zwischen dem Ministerialdirektor meines Hauses und den Mitgliedern der Kommission beschrieben worden – in der Kommission Überlegungen gegeben, ob dieses Zusammenspiel eigentlich gehe, weil nur in dem einen Fall – „Faust“ – das zur Verfügung steht, was für Pflichtlektüren in der Regel zur Verfügung steht, nämlich die so genannten Lektürehilfen. Ich kann Ihnen das gerne mal zeigen. Die Vorstellung, dass das gleichsam eine Folie sei, die von den Schülern aufgenommen und nur noch rezipiert werde, ist wiederum eine massive Fehldeutung dessen, was mit einer solchen Lektü-

reihilfe verbunden ist. Man hat das damals diskutiert und hat gesagt, wir glauben dieses Risiko eingehen zu können.

Das ist – das schiebe ich dazwischen – ein ganz analoger Vorgang zum Mathematikabitur 1998, das ich auch noch sehr gut in Erinnerung habe. Damals war vor diesem Abitur eine TIMSS-Studie erschienen. In dieser TIMSS-Studie hat es geheißen, der Mathematikunterricht in Deutschland sei zu theoretisch, zu abstrakt, er enthalte zu wenig anwendungsorientierte Aufgaben. Also hat die Kommission vorgeschlagen, man möge im übernächsten Abiturjahrgang – das war zwei Jahre vorher, sodass eine Vorbereitungszeit war – einen neuen Aufgabentyp aufnehmen, nämlich anwendungsorientierte Aufgaben.

Dann kam das Abitur. Da das noch nicht so lange her ist, können sich manche von Ihnen noch erinnern, wer alles sich in der Zeitung aufgeregt hat über diese unglaubliche Erschwerung des Abiturs, das Vorkommen von Aufgaben, die es so bislang nicht gegeben hat. Wir haben damals eine eingehende Analyse an den Schulen gemacht mit der Feststellung, dass es Schulen gab, in denen diese anwendungsorientierten Aufgaben eigentlich schon ganz breit im Unterricht vorkamen und deshalb das Abitur gut geklappt hat, und in anderen Bereichen die Aufgaben noch nicht so eingeführt waren und für Schüler zu Schwierigkeiten geführt haben. Ich will jetzt die Debatte über dieses Thema nicht vertiefen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Keine Ablenkungsmanöver!)

– Ich lenke überhaupt nicht ab, ich rede jetzt mal zum Thema.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Sie lenken ab!)

Damals haben wir in den entsprechenden Kommissionen gesagt, sei es für Mathematikunterricht oder Deutschunterricht – übrigens in enger Zusammenarbeit mit unserem Wettbewerb über Deutsch –, wir können schon im Laufe der Jahre einmal darüber nachdenken, wie wir bestimmte Weiterentwicklungen auch mit Blick auf Prüfungskultur auf den Weg bringen, sodass es – wie man so schön sagt – einen kreativeren Umgang sowohl in dem einen wie in dem anderen Bereich geben kann.

(Zuruf von der SPD: Außer heißer Luft nichts!)

Aber in der ganzen Debatte damals wurde klar und deutlich gesagt: Wenn es ums Abitur geht, dann müssen Prüfungskommissionen, dann müssen die Aufgaben sensibel ausgewählt werden, und – jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt – es darf nicht im Angebot dessen, was vorkommt, ein Ungleichgewicht geben, das eine Chancenungleichheit bei Schülern und Schülerinnen schafft.

(Unruhe bei der SPD)

– Jawohl, genau so ist das. – Insofern sind nicht nur Kommissionen, sondern ist auch die Fachabteilung meines Hauses,

(Zurufe der Abg. Carla Bregenzer, Zeller und Wintruff SPD)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

ob im allgemein bildenden Schulbereich oder bei den beruflichen Schulen, sensibler geworden.

Und jetzt kommt die zweite Stufe.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin!

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Kann ich vielleicht einfach diesen einen Punkt einmal abhandeln? Dann lasse ich gerne die Frage zu.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

In diesem Sommer haben die Vorbereitungen der Lehrer und Lehrerinnen für die Pflichtlektüre begonnen, die mit diesem Schuljahr dann eingeführt werden konnte, um im Abitur 2002 eingesetzt zu werden.

(Abg. Zeller SPD: Und wie viele haben Sie angerufen?)

Nun hat es wieder Stimmen aus der Lehrerschaft gegeben, die gesagt haben:

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Wir kennen die Debatte von damals, aber wir sind der Meinung, dass die Auswahl dieser beiden Texte in einem Paket und als Alternative

(Zurufe der Abg. Birgit Kipfer und Brechtken SPD)

Chancenungleichheit bei den Schülern produziert, und deshalb fragen wir noch einmal an, ob das tatsächlich Pflichtlektüre sein soll.

(Abg. Bebber SPD: Die Frau Ministerin hat Stimmen gehört!)

Die Fachabteilung – und jetzt komme ich zu der Frage, wie sie in Kenntnis gesetzt wurde und wie sie dahinter steht – hat abgewogen. So ist das bei solchen Entscheidungen. Das sind eben nicht Entscheidungen zwischen Gut und Böse.

(Abg. Bebber SPD: Zwischen Dumm und Geistes!)

Das ist weder im einen noch im anderen Fall – der Aufnahme in die Lektüreliste, der Aufnahme in die Pflichtlektüre – eine politische Entscheidung, sondern es ist eine Entscheidung, die mit Schule, die mit Schülern, die mit Literatur zu tun hat und auch – und darauf komme ich gleich – mit Themen, von denen wir sagen, dass sie in den Bildungsgang gehören. Es sind Themen, mit denen Schüler und Schülerinnen sich auseinander zu setzen haben.

Die Fachabteilung hat mich um ein Gespräch gebeten und mir einen Vorschlag gemacht. Und ich habe gesagt: Wir ziehen diese Lektüre zurück; ich nehme diesen Vorschlag an.

(Abg. Brechtken SPD: Dann haben Sie aber entschieden!)

Und das war richtig.

(Beifall bei der CDU)

Schon damals ist gesagt worden – ich kann mich gut erinnern –, dass das eine öffentliche Debatte geben könnte. Ich wiederhole, was ich vor einigen Wochen gesagt habe:

(Abg. Drexler SPD: „Das ist mir egal!“ – Heiterkeit bei der SPD – Gegenruf des Abg. Döpper CDU: Das ist das Niveau von Drexler! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

– So simpel habe ich es nicht gesagt, sondern ich habe gesagt: Die Drohung mit einer politischen Debatte und alle nachfolgenden Versuche, von Herrn Hochhuth in der „Welt am Sonntag“ am 8. Oktober ausgelöst, Druck auf das Haus und auf mich auszuüben, fruchten in solchen Situationen null,

(Beifall bei der CDU – Abg. Kiefl CDU: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

weil sie nicht fruchten dürfen,

(Abg. Bebber SPD: Die Heldin ist geboren!)

weil nämlich das, was wir in der Schule tun und was wir intern beraten und pädagogisch für richtig halten,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

nicht in Situationen des öffentlichen Drucks entstehen oder auch korrigiert, eingesetzt oder abgesetzt werden kann. Das gilt für dieses Thema und auch für alle anderen Themen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Ministerin macht, was sie für richtig hält!)

Jetzt halte ich fest: Es gibt drei Aussagen von Herrn Hochhuth zur Pflichtlektüre.

Erste Aussage – ich sage es noch einmal –: Ein politischer Roman wurde aus dem Verkehr gezogen, wurde in den baden-württembergischen Schulen gestrichen zugunsten eines unpolitischen Romans. Wahr ist: Der Roman, der neu aufgenommen worden ist, ist der Roman von Ingeborg Drewitz „Gestern war heute“, ein Roman, von dem es heißt, dass er in der für Ingeborg Drewitz, für ihr Werk und ihr Leben prägnanten Weise Geschichtsschreibung nicht als die Feier der Sieger, sondern aus der Perspektive der Opfer behandle, in einer in der Literatur allseits unabhängig von politischen Kategorien bewerteten Überzeugung. Der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, hat anlässlich des Todes von Ingeborg Drewitz 1986 gesagt: „Sie war für viele Berliner eine moralische Instanz.“

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Die Aussage, ein politischer Roman – und zwar nicht in allgemeiner Hinsicht, sondern zum Thema Nationalsozialismus – werde durch einen unpolitischen Roman ersetzt, ist schlicht falsch.

(Unruhe)

Wir haben als zweite Möglichkeit ein Buch aufgenommen, das die Lehrer und Lehrerinnen bereits behandelt haben: „Das Parfum“ von Süskind. Klar ist aber: Es ist ein politi-

*(Ministerin Dr. Annette Schavan)*

scher Roman, es ist ein Roman zum Thema, weil für baden-württembergische Schulen – übrigens nicht nur für die beruflichen Schulen – gilt, dass dieses Kapitel der Geschichte nicht nur eine Frage des Geschichtsunterrichts ist, sondern auch eine Frage und ein Bildungsinhalt im Bereich der literarischen sowie auch der musikalischen und künstlerischen Verarbeitung. Das ist ein Teil des Bildungsauftrags an unseren Schulen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

„Eine Liebe in Deutschland“ und „Der Stellvertreter“ stehen nach wie vor auf der Lektüreliste.

Damit komme ich zur Kommission. Die Kommission hat in ihrem gestrigen Gespräch – ich habe von der Kommission die Erlaubnis bekommen, das, was ich jetzt sage, hier vorzutragen – gesagt: Es ist wahr, damals war es eine Güterabwägung, die wir zugunsten des Buches entschieden haben. Wir wussten aber um den Problempunkt, der jetzt von anderen noch einmal eingebracht wurde und zur jetzigen Entscheidung geführt hat. Wir haben uns in einem Teil der öffentlichen Diskussion – so die Mitglieder der Kommission – ein bisschen düpiert gefühlt, weil der Eindruck entstand, dass entweder wir unsere Arbeit nicht gut gemacht hätten oder – Sie haben das jetzt wieder aufgegriffen – Lehrern und Lehrerinnen unterschoben werde, dass sie keinen vernünftigen Deutschunterricht machen könnten, wenn nicht bestimmte Hilfestellungen da seien. Beides trifft nicht zu.

In der Kommission sitzen neun erfahrene Pädagogen, die damals nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben. Sie haben sich in der Güterabwägung so entschieden, wie sie sich letztendlich entschieden haben. Sie machen Vorschläge. Die Verantwortung, sowohl für die erste Entscheidung als auch für die jetzige Entscheidung, trägt das Kultusministerium. Ich trage sie auch persönlich. Es ist überhaupt keine Frage, dass damit weder etwas über die Qualität der Kommission noch etwas über die Qualität von Lehrern und Lehrerinnen gesagt wird. Es geht nämlich nicht um Sekundärliteratur.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber gesagt worden!)

Es geht nicht um irgendwelche Sekundärliteratur für Lehrer, sondern es geht um den Zugang zu Literatur für Schüler und Schülerinnen, für die es Lektürehilfen zur Pflichtlektüre gibt. Das können Sie an einer ganzen Serie von Lektürehilfen, unter anderem vom Klett-Verlag, nachvollziehen. Ich habe einmal einige mitgebracht. Es geht darum, dass wir nicht nur Schüler im Abitur haben, die in einer Universitätsstadt leben, sondern dass es für alle Schüler gleichermaßen zugängliches Material geben muss.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wenn in einem Jahrgang zwei Lektüren gleichermaßen Pflichtlektüre sind, dann muss für beide dasselbe gelten.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Sieben der neun Mitglieder der Kommission

(Zurufe der Abg. Brechtken und Wintruff SPD)

haben in den letzten Tagen gesagt, dass sie aus der Kommission ausscheiden wollen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Sie haben gestern gesagt,

(Abg. Drexler SPD: Sie treten zurück! – Zuruf des  
Abg. Deuschle REP)

das hänge unter anderem mit einem ganz bestimmten Beitrag in einer Zeitung zusammen. Sie haben gestern erklärt, dass sie ihre Arbeit als Kommission, die bis Ende November geht, im Blick auf künftige Jahrgänge selbstverständlich gemeinsam zu Ende bringen.

(Abg. Drexler SPD: Und dann? – Zuruf des Abg.  
Brechtken SPD)

Einige von ihnen haben zweitens gesagt, dass sie dann in neuer Konstellation bereit seien, diese Arbeit weiter zu leisten. Eine neue Konstellation heißt,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

dass wir überlegen, die Lektüreliste für das allgemein bildende Gymnasium und die Lektüreliste für das berufliche Gymnasium zusammenzulegen, also eine gemeinsame Lektüreliste zu machen, weil im Fach Deutsch eigentlich nicht einzusehen ist, wieso es in dem einen und in dem anderen Gymnasialtyp unterschiedliche Lektüren gibt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist die Konfektion des Eierns! Da wird einem ja schlecht!)

Es besteht Konsens darüber, dass wir das überlegen sollten und dass die Mitglieder dann bereit sind,

(Abg. Zeller SPD: Bereit sein müssten!)

in dieser neuen Konstellation mitzuarbeiten.

Ich sage hier ausdrücklich: Verantwortung trägt nicht die Kommission, sondern Verantwortung tragen wir. Die Kommission hat Vorschläge gemacht. Die Kommission hat dies nach einer Güterabwägung getan. Lehrer und Lehrerinnen in Baden-Württemberg sind in der Tat in der Lage, sehr kreativen Deutschunterricht und sehr kreativen Literaturunterricht zu machen, und zwar unabhängig davon, was für Schülerhilfen zur Verfügung stehen. Das ist aber nicht die Frage, wenn es um ein schriftliches Thema im Abitur geht. Der Text bleibt auf der Lektüreliste. Er kann im mündlichen Abitur wie bislang auch eingesetzt werden. Er ist auch nicht aus dem Abitur geflogen. Aber in diesem speziellen Fall müssen wir im Angebot für Schüler und Schülerinnen eine Sensibilität an den Tag legen,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

die dem entspricht, was Schüler und Schülerinnen von uns erwarten können.

Damit komme ich zum zweiten Thema. Die zweite Aussage von Herrn Hochhuth – sie ist hier mehrfach zitiert worden – war: der Rechtsradikalismus in den Spitzen der Ministerialbürokratie und eine Kultusministerin, die auf einer Welle des Neonazismus schwimmt.

(Abg. Wieser CDU: Unverantwortlich!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Jetzt sage ich einmal: In Zeiten, in denen wir wochenlang auf allen Ebenen an einem deutlicher werdenden Konsens der Demokraten gegen den Extremismus, gegen Gewalt arbeiten

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dazu haben Sie aber keinen entscheidenden Beitrag geleistet!)

– so deuten Sie das, natürlich, und das werde ich Ihnen heute auch nicht ausreden –, in einer solchen Situation, in der wir uns zusammenschließen gegen die Zyniker der Demokratie,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben auch im Vorfeld keine Stellung bezogen, auch zu anderen Themen nicht! Sie haben geschwiegen, wochenlang geschwiegen!)

lassen Sie über Wochen diese doppelte, absurde und inakzeptable Aussage von Herrn Hochhuth einfach laufen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Kommission hat gestern auch gesagt, dass sie diese Vorwürfe von Herrn Hochmuth, von Herrn Hochhuth

(Unruhe bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

– einmal musste mir das passieren –

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ein Freud'scher Versprecher! – Abg. Brechtken SPD: Das war kein Versehen! – Abg. Deuschle REP: Die Solidarität der Demokraten bröckelt!)

für inakzeptabel hält, sie auf das Schärfste zurückweist und damit auch die Aussage zurückweist, dass in Kommissionen politische Entscheidungen vorbereitet werden. Das wurden sie nicht, das werden sie nicht, und das werden sie auch in Zukunft nicht, und wenn Sie sich noch so sehr aufregen.

(Abg. Göbel CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, deshalb wiederhole ich, was ich schon einmal gesagt habe: Herr Hochhuth täte gut daran, sich bei meinem Haus zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dann können wir den Filbinger ja wieder ins Amt setzen!)

Er pflegt einen Stil der öffentlichen Auseinandersetzung, er pflegt eine Sprache, die auch im Allgemeinen, in ganz normalen Zeiten, aber ganz besonders in Zeiten wie diesen nicht akzeptiert werden dürfen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist Brandstifterei! – Abg. Fleischer CDU: Ein fürchterlicher Schriftsteller!)

In einer Zeit, in der man sich um lebendige Demokratie kümmert, in der man sich um Bildung kümmert, in der es darum geht, junge Menschen auf einem Weg zu begleiten,

sich aktiv in dieser Demokratie einzusetzen gegen jede Art von Totalitarismus,

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

sind solche Aussagen noch viel schlimmer als in normalen Zeiten.

(Abg. Bebber SPD: Gehen Sie mal nach Frankreich!)

Deshalb sage ich noch einmal: Ich finde, dass es jetzt Zeit wird, dass er noch einmal nachdenkt, was es eigentlich bedeutet, eine öffentliche Debatte in Gang zu setzen mit einer Falschaussage, nämlich mit dem Satz: „Ein politischer Roman ist durch einen unpolitischen ersetzt worden.“

(Abg. Fleischer CDU: Typisch Hochhuth!)

Das stimmt weder im Blick auf Ingeborg Drewitz, noch stimmt der Vorgang überhaupt, weil das Buch nicht gestrichen wurde, sondern nach wie vor behandelt wird.

(Abg. Wintruff SPD: Was wäre Ihr Beitrag?)

Deshalb bitte ich herzlich um Verständnis dafür, dass es bei dieser Entscheidung bleibt, dass die beiden neuen Lektüren an die Schulen gegeben worden sind, und dass wir im Übrigen mit Blick auf die Weiterentwicklung des Angebots der Lektürelisten mit beiden Kommissionen, der Kommission für das Deutschabitur an den allgemein bildenden Gymnasien und der Kommission für das Deutschabitur an den beruflichen Gymnasien, zu einer gemeinsamen Liste kommen werden. Ich glaube, dass gerade in aufgeregten Zeiten die Unabhängigkeit der Schule von der Eitelkeit, von versauten öffentlichen Diskussionen und vom Vorwurf der politischen Entscheidungen bewahrt werden muss. Schule ist unabhängig und bleibt es auch.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und des Abg. Kiel FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rau.

**Abg. Rau** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist deutlich gemacht worden, worum es geht:

(Zurufe von der SPD)

dass Schülerinnen und Schüler zur Behandlung dieses Buchs eine entsprechende Materialbegleitung erfahren müssen.

(Abg. Maurer SPD: Ich melde mich zu Wort! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Keine Redezeit mehr!)

Ich will dies in der zweiten Runde noch einmal vertiefen.

Frau Kultusministerin Schavan hat gerade davon gesprochen, es gehe darum, die Zyniker der Demokratie in die Schranken zu verweisen. Unter diesem Aspekt muss auch eine Auseinandersetzung mit diesem Buch stattfinden. Sie muss aber auch unter literaturästhetischen Gesichtspunkten stattfinden. Auch dazu gibt es keine für die Schüler geeignete Anleitung.

(Rau)

Es gibt zahlreiche Kritiken, die sich mit der Sprache, mit dem Aufbau dieses Buches auseinander setzen. Das sind aber Zeitungskritiken. Für den Unterricht, für die Beschäftigung mit dem Buch im Hinblick auf das Abitur müsste dieses Material vertieft begleitet werden können. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen dafür in einem Privatissimum auch gern Beispiele liefern. Die FAZ spricht in einem jüngeren Artikel davon, dies sei Literatur als Kauknochen.

(Abg. Zeller SPD: Welche Sekundärliteratur gibt es denn dazu?)

– Das ist doch das Problem, Herr Zeller. Haben Sie es immer noch nicht kapiert?

(Abg. Seimetz CDU: Er wird es auch nie begreifen!)

Es handelt sich hier um ein Buch, das auch sehr stark beherrschenden Charakter hat und das nicht zuletzt die Politik in Bausch und Bogen diskreditiert.

(Abg. Deuschle REP: Aha! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Jetzt kommt es heraus! Endlich mal ein klares Wort, worum es geht!)

Auch dazu muss eine Auseinandersetzung anhand geeigneter Sekundärliteratur stattfinden.

(Abg. Birzele SPD: Ist es dann überhaupt noch zulässig, das als Pflichtlektüre zu haben, wenn es so schlimm ist?)

– Herr Birzele, Sie haben doch gehört, dass es keine Pflichtlektüre mehr ist. Es ist ein Literaturangebot. Sie wissen immer noch nicht, worum es geht.

(Beifall des Abg. Döpper CDU)

Ich weiß: Ihnen geht es um Stimmung. Aber Sie wissen immer noch nicht, worum es geht.

(Abg. Birzele SPD: Ist es dann noch zulässig?)

Wenn ein Schriftsteller die Charaktereigenschaften eines Ortsgruppenleiters der NSDAP beschreibt und dann nahtlos dazu übergeht, dieses Verhalten, diese Charaktereigenschaften auf alle Politiker in Deutschland zu übertragen – auch auf Sie, herzlichen Glückwunsch –

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich zitiere das gern.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Er beschreibt erst den Ortsgruppenleiter und schreibt dann:

Seine Karrieresucht ist zweifellos ja auch heute das beherrschende Motiv bei der Wahl der Partei, der sich einer verschreibt. Und schuld daran ist nicht das Individuum, sondern eine Republik, die es dazu kommen ließ, dass ihre begehrtesten Pfründe überhaupt nicht mehr zu erlangen sind, ohne dass der Bewerber sich die Tarnkappe einer politischen Gesinnung überstreift.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Zeller: Jetzt sagen Sie, warum Sie gegen das Buch sind! Eine Zensur!)

Das ist eine Form der Auseinandersetzung mit unserer Demokratie,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

die Schüler dringend anhand geeigneter Sekundärliteratur führen müssen.

(Zurufe von der SPD)

Diese Auseinandersetzung mit dem Buch findet in keiner Sekundärliteratur statt,

(Zurufe von der SPD)

weil die Literaturwissenschaften dieses Buch als für sie nicht besonders interessant empfunden haben

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

und es in den letzten 20 Jahren keine literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung darüber gibt, die wir heranziehen könnten, um solche Themenkomplexe aufzuarbeiten.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist eine politische Diskussion und keine literaturwissenschaftliche!)

– Das geht ineinander über. Wenn Sie, Frau Kollegin Rudolf, das Buch gelesen haben, wissen Sie, dass das von der Anlage des Buchs her auf mehreren Ebenen ständig ineinander übergeht.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ich halte es für nicht zu verantworten, dieses Buch auf den Tisch zu legen

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

und keine erläuternde Literatur zu den Problemlagen des Buchs zur Verfügung zu haben. Die Schülerinnen und Schüler brauchen eine solche Literatur, um sich mit dem Buch vernünftig auseinander setzen zu können.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, ich habe Ihnen inhaltliche Beispiele genannt,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

um zu belegen, dass das Argument, man brauche keine Sekundärliteratur, nicht zutreffend ist.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Sie brauchen sie, um dieses Buch aufarbeiten zu können.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben ein Bild von den Lehrern an unseren Schulen!)

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es tut Ihnen weh, dass der Schriftsteller, den Sie hier so hochhalten,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Rau)

Sie genauso pauschal verurteilt hat und zynisch beurteilt hat wie uns alle hier in diesem Haus.

(Abg. Bebber SPD: Ist das jetzt Ihre neue Leitkultur?)

– Was hat das denn damit zu tun? Das hat etwas damit zu tun, dass wir als Demokraten ein bestimmtes Selbstverständnis haben.

(Abg. Bebber SPD: Sie bestimmen, was Kultur ist!)

Dazu gehört, dass wir jungen Menschen das an die Hand geben, was sie zur Auseinandersetzung mit solchen Thesen brauchen, und sie nicht verantwortungslos einer Situation überlassen,

(Abg. Bebber SPD: Politische Zensur ist das!)

sodass sie einer anschließenden Prüfung nicht gewachsen sind.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Abg. Rau** CDU: Sicher.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

**Abg. Zeller** SPD: Herr Rau, können Sie uns, nachdem Sie das hier vorgetragen haben, erklären, warum das Buch einerseits als Pflichtlektüre nicht mehr zulässig ist, andererseits aber beim mündlichen Abitur zugelassen wird?

**Abg. Rau** CDU: Das kann ich Ihnen nur damit erklären, dass das Buch im Kanon enthalten ist und dass eine Entfernung aus dem Kanon nicht erfolgt.

(Abg. Brechtken SPD: Jetzt wird klar, warum!)

Ich sage Ihnen: Ich halte es nicht für schädlich, wenn es als Angebotslektüre nicht zum Zuge kommt. Das sage ich Ihnen ganz offen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

In diesem Kanon sind eine Reihe von Werken enthalten, die sich hoch qualifiziert mit der Thematik Nazideutschland auseinander setzen. Es werden eine ganze Reihe von Büchern angeboten, die wir auch mit der begleitenden Literatur vernünftig bearbeiten können. Ich denke, in der Auswahl wird auch deutlich, welche Bücher aus dem Kanon dafür tatsächlich in der Schule eingesetzt werden.

Wir brauchen uns hier nicht dem Vorwurf zu unterwerfen, dass ein Buch aus dem Angebot herausgenommen werde. Aber es ist richtig, dass man auch auf inhaltliche Aspekte hinweist, was ich mit diesem Beitrag gerade getan habe.

(Abg. Zeller SPD: Sie stellen Ihre Fachlichkeit über die der Kommission!)

– Ich habe mit Kommissionsmitgliedern gesprochen, zum Beispiel gestern mit Herrn Häring. Ich will darauf hinwei-

sen, dass er gesagt hat, die Kommission sei sich dessen nicht bewusst gewesen, welche Diskussionen im Zusammenhang mit diesem Buch ausgelöst werden würden.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Warum behaupten Sie jetzt das Gegenteil?)

An der Diskussion, auf die Herr Reinelt hingewiesen hat, war auch Herr Breinersdorfer, ein Parteigenosse von Ihnen, dabei. Er hat sich voll und ganz mit Herrn Hochhuth identifiziert. Das zeigt eigentlich die wahren Absichten, die Sie nach wie vor mit dieser Debatte verfolgen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wir weisen das entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie ein Brett vor dem Kopf? – Abg. Zeller SPD: Sie haben Feindbilder! – Abg. Maurer SPD meldet sich zu Wort.)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Maurer, ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die Redezeit der SPD-Fraktion abgelaufen und schon überzogen ist.

(Abg. Deuschle REP: Aber die andere Zeit ist auch abgelaufen! Nicht nur die Redezeit!)

Ich gebe Ihnen aber dennoch das Wort zu einer kurzen Erklärung.

**Abg. Maurer** SPD: Sie gestatten, Herr Präsident: Wir haben viel über Debattenkultur gesprochen. Die zusammengezählte Redezeit des Kollegen Rau war auch etwas länger als zehn Minuten, und die Frau Ministerin hat 20 Minuten gesprochen.

(Abg. Haas CDU: Schwarzer Riese! – Abg. Fleischer CDU: Jetzt kommen Sie zur Sache!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich finde, Frau Ministerin, dass Herr Kollege Rau Sie gerade eben eindrucksvoll widerlegt hat, indem er uns mitgeteilt hat, dass ganz offensichtlich politische Überlegungen und Erwägungen, die sich mit den politischen Inhalten des Buchs von Rolf Hochhuth befassen, zumindest für seine Meinungsbildung ausschlaggebend waren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: So ist es! Genau das ist der Punkt!)

Das können Sie genau nachlesen.

(Abg. Krisch REP: Redezeit!)

– Ja, das glaube ich, dass Ihnen das nicht passt.

Genau das macht den Kern dieser Debatte aus: Herr Rau hat uns mitgeteilt, Herr Hochhuth passe Ihnen in seinen politischen Aussagen in diesem Kontext nicht.

(Zurufe der Abg. Dr. Birk, Ingrid Blank und Fleischer CDU)

(Maurer)

Und weil er Ihnen in seinen politischen Aussagen nicht passt, brauchen wir erst recht viel Sekundärliteratur. Das ist doch der Kern Ihrer Argumentation.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Selektives Zuhören!)

Nun sage ich Ihnen eines: Wir haben heute Folgendes erfahren: Sie haben, Frau Ministerin, heute eine politische Entscheidung getroffen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist eine absolute Verdrehung!)

Sie haben nämlich in Kenntnis der Brisanz dieses Vorgangs und in Kenntnis der Tatsache, dass Sie darauf hingewiesen worden sind, welches Signal Sie damit in die Öffentlichkeit aussenden – ich glaube, auch in der Kenntnis der politischen Meinung des Kollegen Rau –, diese Entscheidung getroffen. Es ist keine fachliche, sondern eine zutiefst politische Entscheidung, die Sie getroffen haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rech CDU: Aber die stört! – Abg. Krisch REP: Redezeit! – Gegenruf von der SPD: Jetzt seid doch mal ruhig da hinten!)

Sie können hier nicht in eine Attitüde der gnadenlosen Naivität verfallen und sagen: „Egal, wie die politische Landschaft in Deutschland aussieht, egal, wie das wirkt, egal, was ich damit auslöse, egal, wie mein Parteifreund Rau das bewertet, es geht nur um Vergleiche mit dem Mathematikabitur.“ Das ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rau?

**Abg. Maurer** SPD: Bitte schön.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Rau.

**Abg. Rau** CDU: Herr Kollege Maurer, können Sie eigentlich im Zusammenhang zuhören? Dann hätten Sie vielleicht wahrnehmen können, dass ich Gründe dafür genannt habe, warum es zu diesem Buch brauchbare Sekundärliteratur für Schüler geben muss.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben sich versprochen!)

Haben Sie das denn nicht verstanden? Dann erkläre ich es Ihnen gern noch einmal.

(Lachen bei der SPD)

**Abg. Maurer** SPD: Herr Kollege Rau, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Sie haben hier mitgeteilt, dass Herr Hochhuth alle Politiker, sogar uns angegriffen hätte

(Abg. Rau CDU: Er hat die Demokratie angegriffen!)

und dass man dann, wenn man Politiker angreift in einer, wie Sie finden, unqualifizierten Form – darüber kann man diskutieren –, besonders viel Sekundärliteratur brauche. Aber das ist doch eine zutiefst politische Aussage. Ist Ihnen das nicht klar?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD sowie der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Ministerin, die Botschaft,

(Abg. Dr. Birk CDU: Redezeit!)

dass Sie eine Entscheidung, die Sie selber einmal getragen haben und die die dafür zuständige Fachkommission unverändert für richtig gehalten hat, zurückgenommen haben unter dem Eindruck von Problemen beim Mathematikabitur,

(Abg. Fleischer CDU: Darf einer bei Verdrehungen eigentlich doppelt so lange reden?)

uns hier anzubieten, das ist, sage ich Ihnen, nun wirklich der Seriosität und Ihrer Aufgabe nicht angemessen. Das kauft Ihnen niemand hier ab.

(Beifall bei der SPD)

Der Versuch – das sage ich Ihnen zum Schluss, damit Sie das schriftlich haben –,

(Abg. Haas CDU: Es ist besser, wenn Sie zum Schluss kommen!)

sich zu verstecken hinter den natürlich maßlos überzogenen, nicht gerechtfertigten, empörten Äußerungen des Herrn Hochhuth, die von uns nie geteilt, sondern kritisiert worden sind,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Wann und wo? – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

der Versuch, sich dahinter in dieser Debatte zu verstecken, wo es nicht um die Frage geht, ob Sie oder sonst irgendjemand rechtsradikaler Tendenzen fähig sind, sondern wo es nur um die Frage geht, ob Sie Ihrem Amt gewachsen sind, ob Sie hier eine so genannte Fachlichkeit zelebrieren, die politische Hintergründe hat und die nichts erkennen lässt

(Abg. Fleischer CDU: Lächerlich!)

vom notwendigen Gespür für die politische Situation in Deutschland, ist nicht seriös. Spätestens nach der Rede des Herrn Schlierer müssten Sie ja kapiert haben, welche Strategiemuster hier eigentlich aufgebaut werden.

(Zuruf von der CDU: Wie lange schwätzt denn der noch?)

Sie sind offensichtlich für Ihre Funktion nicht qualifiziert. Das ist für mich die Quintessenz.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Unglaublich! – Abg. Fleischer CDU: Maurer ist überqualifiziert!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben natürlich, wie wir das von Ihnen gewohnt sind, in einer rhetorisch sehr brillanten Weise hier geredet

(Kretschmann)

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Brillant nennen Sie das?  
Nebelkerzen sind das!)

und haben Ihre Fraktion mitgezogen und einen großen Applaus eingeheimst. Mich konnten Sie allerdings in der Sache nicht ganz überzeugen.

(Abg. Haas CDU: Nicht ganz! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Damit können wir leben! – Abg. Fleischer CDU: Jetzt sagen Sie einmal, wo Sie überzeugt wurden!)

Literatur ist nicht dazu da, wenn sie sich als politische Literatur versteht, der Politik zu gefallen. Zwischen Literatur, sofern sie sich politisch und gesellschaftlich versteht, und der Politik muss zwangsläufig immer ein Spannungsverhältnis bestehen.

(Abg. Rau CDU: Richtig!)

Was hat das zur Konsequenz? Es ist gar nicht Aufgabe der Politik – dafür hat sie gar kein Mandat –, Literatur zu beurteilen. Das kann natürlich jeder privat tun, wenn er Literatur liest. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber wir haben als Politiker dafür überhaupt kein Mandat. Das ist auch völlig richtig; denn die Gefahr, dass wir dann die Literaten, je nachdem, ob sie uns politisch nahe stehen oder nicht, ablehnen oder befürworten, wäre viel zu groß.

Was ist die Konsequenz daraus? Dass man die Auswahl und Beurteilung von Literatur Fachleuten überlässt, die davon etwas verstehen. Deswegen gibt es in Ihrem Ministerium eine Kommission, die dafür zuständig ist und die die entsprechenden Vorschläge macht. Die Aufgabe des Hauses ist es, formale Kriterien zu überprüfen, ob die denn stimmen oder nicht. Schon der Kollege Rau hat sich dabei nun in erhebliche Widersprüche verwickelt. Entweder ist der Grund für die Ablehnung des Buches, dass Sekundärliteratur nicht vorhanden ist, oder der Grund ist, dass das eigentlich ein für Demokraten inakzeptables Werk ist, das Hochhuth da geschrieben hat. Beide Argumente können jedenfalls nicht gleichzeitig stimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Die inhaltliche Abwägung fehlt!  
Das ist das Problem!)

Jetzt sage ich Ihnen, warum das, was Sie dargelegt haben, Frau Ministerin, nicht überzeugen konnte. Sie hätten doch darlegen müssen, warum die Kommission, die Sie benannt haben und in der neun erfahrene Pädagogen sitzen, wie Sie wörtlich erklärt haben, zurücktritt. Darüber haben Sie kein Wort verloren. Man muss doch in einer solchen Situation, in der Ihr Haus eine Entscheidung fällt und eine Kommission aufgrund dieser ganzen Vorgänge zurücktritt, erklären können, warum sie das eigentlich getan hat. Schließlich sind es doch nach Ihrer Aussage erfahrene Pädagogen. Keine Äußerung von Ihnen dazu. Das heißt, wenn die Fachleute in der Angelegenheit aufgrund des ganzen Vorgangs, der ja für einen Außenstehenden schwer nachvollziehbar ist, zurücktreten, ist das doch von Ihrer Seite aus erklärungsbedürftig. Das können Sie doch nicht einfach nur konstatieren.

Zu Ihrer Hauptbegründung, es liege zu „Eine Liebe in Deutschland“ nicht die Sekundärliteratur vor wie zu „Faust“ – was soll man dazu sagen?

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Welches Werk seit „Faust“ kann die Menge an Beurteilung aufweisen wie der „Faust“? Es ist doch vollkommen ausgeschlossen, ein zeitgenössisches Werk zu finden, das die gleiche Aufmerksamkeit hat wie dieses großartige Werk von Herrn Goethe, das nun Myriaden von Leuten gelesen und sich darüber ausgelassen haben. Da eine Gleichwertigkeit der Sekundärliteratur herzubringen ist doch vollkommen ausgeschlossen. So argumentierend, finden Sie nie ein Werk, das Sie zusammen mit „Faust“ in die Literaturliste stellen können. Das ist vollkommen unmöglich.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie müssen einfach erklären können, sonst bleibt doch an der Geschichte etwas hängen, warum die Kommission nach diesen Vorgängen zurücktritt. Was ist der Grund? Den Grund, den Sie angegeben haben, habe ich zu widerlegen versucht. Der kann es doch irgendwie nicht gewesen sein. Jetzt erfahren wir – das ist quasi die beamtenmäßige Lösung des Problems –, dass es eine ganz neue Kommission gibt, eine Kommission, die sozusagen ein ganz neues Projekt macht, nämlich Abitur für berufliche und allgemein bildende Schulen. Das ist natürlich die elegante Lösung, um die Frage zu umschiffen, ob die Kommission jetzt eigentlich wirklich zurückgetreten ist oder ob sie sich quasi von alleine auflöst und in etwas Neues übergeht.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Frau Ministerin, Sie werden verstehen, dass wir uns damit nicht zufrieden geben können, dass Sie uns noch schuldig geblieben sind, zu erklären, was in Ihrem Ministerium abläuft. Ich glaube, das Problem, das Sie haben, ist, dass Sie einfach nicht zugeben wollen, dass dort gravierende Pannen passiert sind. Ich glaube, wenn Sie das hier einfach ganz schlicht gesagt hätten, hätten wir das bei Wohlwollen akzeptieren können, bei Nichtwohlwollen nicht, dass das keine politische Intervention ist. Aber solange Sie diese Vorgänge nicht glaubwürdig und überzeugend darlegen können, kann ich nicht sehen, dass diese ganze Geschichte geklärt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch das plötzliche Zurückziehen dieses Buches hat das Kultusministerium dem Buch eine unfreiwillige und, ich denke, auch unangemessene Werbung verschafft. Auch ich habe es mir erst jetzt gekauft

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

(Heiderose Berroth)

und noch eines der letzten Exemplare ergattert. Bald danach war es vergriffen.

Ich muss sagen: Es ist ein schwieriges Buch, und zwar in mehrfacher Hinsicht.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Es ist doch nicht Ihre Aufgabe, das zu beurteilen!)

Zum einen ist es emotional enorm aufreibend. Es ist die Frage, inwieweit jungen Menschen so etwas konkret zugemutet werden kann oder, wie ich denke, auch muss.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das sind Leute, die Abitur machen!)

Zum anderen hält sich der Autor selbst auch nicht unbedingt an die von ihm aufgestellte Forderung nach Menschenwürde. Wir haben das jetzt wieder ganz aktuell erlebt. Das scheint auch in dem Buch durch, und genauso scheint die zugrunde liegende Ideologie des Autors natürlich deutlich durch. Solches müsste im Unterricht, wenn man das Buch durchnimmt, auch behandelt werden.

Andererseits bietet dieses Buch aber ein Material, an dem sich nun wirklich hervorragend aufbereiten ließe, wie schwierig es ist, nach der Beendigung eines totalitären Systems Antworten auf folgende Fragen zu finden: Wie gehen wir mit dem Miterlebten um? Wie gehen wir mit den in unterschiedlichen Graden mit diesem System verwoben gewesenen Menschen um? Das bezieht sich beileibe nicht nur auf den Nationalsozialismus, sondern Gleiches können wir seit zehn Jahren im deutschen Osten miterleben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist ein schwieriges Problem, welches dringend bearbeitet gehört, und deswegen kann ich die Auswahl der Kommission nachvollziehen. Denn hierfür wäre durchaus auch fächerübergreifender Unterricht angemessen. Das kann und sollte man nicht nur in der Literatur, sondern auch in anderen Bereichen behandeln.

Erst in der letzten Schulausschusssitzung haben wir das Thema bearbeitet, wie man denn damit umgeht, dass eine Umfrage ergeben hat, dass unsere Schülerschaft mit dem Thema Holocaust nicht viel anfangen kann. Wir haben gesagt: Wir müssen dieses Thema anders in unsere Bildungspläne einarbeiten. Insofern war der Zeitpunkt der Rücknahme äußerst ungünstlich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich gehe jedoch davon aus, dass dieses Buch durch die unfreiwillige Werbung in sehr vielen Schulen freiwillig behandelt wird und dass man dann das angemessene Maß findet, wie man damit umgeht.

Ein anderes: Ob die Kommission jetzt zurückgetreten ist oder nicht, das werden wohl die nächsten Tage vollends erweisen. Für mich ergibt sich aber der Hinweis aus der ganzen Sache – das habe ich in den letzten Jahren sehr wohl beobachtet, und das will ich positiv anmerken –, dass sich Umgang und Stil im Kultusministerium positiv verändert haben.

Jetzt gab es wohl einen gewissen Rückfall, aber ich habe durchaus die Hoffnung, dass nach diesem Vorgang ein weiterer Schritt nach vorn folgt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskrepanz zwischen dem Anlass und der öffentlichen Aufgeregtheit ist sicherlich nur damit zu erklären, dass es in der Tat nicht um die Frage geht, warum eine Kommission zurückgetreten ist oder nicht, und dass es sicherlich auch nicht darum geht, dieses Buch in seinen Aussagen konkret zu bewerten. Hier wird ein Anlass gesucht, und hier wird der Versuch unternommen, eine ganz bestimmte politische Diskussion zu inszenieren.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Frau Berroth, Ihnen möchte ich noch einen Tipp geben: Das Buch wird antiquarisch wie sauer Bier angeboten. Es ist also kein Problem, es zu bekommen. So ein toller Kassenschlager war es nie und wird es auch nie sein, auch nicht dadurch, dass das Buch ja erst dadurch überhaupt in die Diskussion gekommen ist, dass es im Jahr 1978 Thema einer politischen Debatte war und nur durch diese überhaupt bekannt geworden ist.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: 46 000 Exemplare!)

Ich habe den Eindruck, dass jeder Angriff auf den Autor Hochhuth mit dem Vorwurf belegt wird, dem Rechtsradikalismus Vorschub zu leisten. Er selber hat das in einem Interview in der „Jungen Freiheit“ ja auch sehr offen so dargestellt. Übrigens ist das insofern interessant, als Herr Hochhuth in demselben Interview dann wieder Positionen vertritt, zu denen ich dann ganz gern mal die Bewertungen von links außen wüsste.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Das sind nämlich Positionen, die in der Regel wir hier in diesem hohen Haus vertreten – zu verschiedenen politischen Bereichen.

(Abg. Deuschle REP: Zuwanderung zum Beispiel!)

Deswegen müsste man sich dann auch mal die Frage stellen: Wie halten Sie es denn nun wirklich mit Herrn Hochhuth?

Im Fall Hochhuth kann ich nur eines festhalten: Die Zerrissenheit und die Widersprüchlichkeit dieses Autors und seine Maßlosigkeit in Bewertungen machen es schwer, ihn wirklich ernst zu nehmen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Das ist das eigentliche Problem. Die Egomane, die in diesen Stellungnahmen zum Ausdruck kommt, dieses Sichgleichsetzen mit einer höheren moralischen Aufgabe, müsste eigentlich einmal zu einer kritischen Betrachtung Anlass sein.

(Dr. Schlierer)

Wenn man dann in einer Diskussion erlebt, dass jede Kritik sogleich unter einen politischen Gesinnungsverdacht gestellt wird, kommt man wieder auf das zurück, was ich schon vorhin gesagt habe: Hier geht es – Herr Maurer hat das selbst ja vorhin in seiner Offenherzigkeit dargelegt – um die Signalwirkung einer politischen Entscheidung. Worum geht es der SPD? Es ist hier deutlich angesprochen: Es geht darum, eine bestimmte linke Leitkultur in der Politik zu etablieren, und zwar eine politische Leitkultur mit einem vorgeformten gesellschaftlichen Diskurs, in dem bestimmte Bereiche sofort unter einen Gesinnungsverdacht gestellt, bestimmte Positionen denunziert und diffamiert werden, womit der gesamte Diskurs sozusagen eingeschränkt werden soll.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Dagegen müssen wir uns hier in einem Parlament zur Wehr setzen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn wir das nämlich zulassen, meine Damen und Herren, dann geraten wir auf eine schiefe Bahn, sodass nachher womöglich noch darüber debattiert wird, was debattiert werden darf.

Übrigens zum Begriff der Leitkultur auch noch eine Anmerkung, weil vorhin dazu ja auch wieder von links außen Zwischenrufe kamen: Wir haben hier in einer Debatte 1997 – damals war es mein Fraktionskollege König – schon vom Thema Leitkultur gesprochen. Damals hat sich kein Mensch darüber aufgeregt. Wir haben damals diesen Begriff einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung vom Dezember 1996 – das war ein Aufsatz von Bassam Tibi – entnommen. Ich verstehe auch heute nicht diese ständige Aufgeregtheit, mit der dieser Begriff, der einen Terminus technicus in einem bestimmten Sachzusammenhang darstellt, politisch überfrachtet wird. Hier geht es um eine aufgebauschte Debatte, um nichts anderes.

Herr Kretschmann, das jetzt daran festzumachen, ob eine Kommission – was offensichtlich noch gar nicht feststeht – zurückgetreten ist oder nicht, wirft doch wiederum die Frage auf, worum es eigentlich geht. Wegen so etwas hier eine Parlamentsdebatte, eine Aktuelle Debatte zu führen, ist unangemessen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Zeller SPD:  
Aus Ihrer Sicht!)

Ich will zum Schluss noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen: Herr Oberstleutnant a. D. Bohnsack, von dem Sie so wenig hören wollen, hat in einem Interview im März dieses Jahres Folgendes gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten; Herr Bohnsack war, dies noch einmal zu Ihrer Information, ein Abteilungsleiter der Stasi –:

Manches ist mir heute unangenehm. Filbinger und Löwenthal – gegen beide sind wir damals vorgegangen – habe ich inzwischen aufgesucht, und ich habe ihnen erzählt, was alles von unserer Seite gegen sie inszeniert wurde.

Ich frage mich: Was wollen Sie eigentlich hier noch alles inszenieren, meine Herren von links außen?

(Lebhafter Beifall bei den Republikanern – Abg. Brechtken SPD: Diese Sprache ist so verräterisch, widerlich! „Links außen“! Diese alten Nazis! Klassische Nazidiktion! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Ihr seid Stasifreunde! – Abg. Krisch REP: Nazi-Brechtken! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: So haben das die Nazis auch gemacht! Genau so! – Unruhe)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der zweiten Runde sind noch Fragen gestellt worden. Ich will deshalb noch einmal auf einige Punkte eingehen.

Ich stelle vorweg: Man kann, je länger die Debatte dauert, die, wie ich finde, durchaus auch akzeptable Passagen gehabt hat,

(Abg. Haas CDU: Bis auf Maurer! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist Sekundärliteratur, was Sie gerade fabrizieren!)

feststellen, was aus einem Vorgang wird, von dem Herr Abg. Kretschmann sagt, hier gehe es in der Abwägung und in der Situation der Entscheidung um formale Gesichtspunkte, was aus einer solchen Debatte wird, wenn man sie vom eigentlichen Thema wegführt und sie in der Weise instrumentalisiert, wie Sie es getan haben. Also, Herr Maurer, für die These, dass ich meinem Amt nicht gewachsen sei, hätten Sie sich auch andere Themen nehmen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Maurer SPD: Das stimmt!)

Das sagen Sie ja nahezu täglich, und das wird mit der Zahl der wiederholten Sätze in den nächsten Monaten auch nahezu täglich zunehmen. Das weiß ich. Aber diesen Vorgang zu instrumentalisieren in der Weise, wie das hier geschieht, macht doch noch einmal deutlich – deutlicher hätte es überhaupt nicht werden können wie im Verlauf dieser Debatte –, wie wenig sich manche auf die Arbeit in unseren Schulen einlassen und stattdessen jede Gelegenheit nutzen, mit Verdächtigungen zu arbeiten.

Wir reden über Schule. Wir reden nicht über ein Buch, das abgesetzt ist, wir reden über ein Buch, das gelesen wird. Keiner hat übrigens über Ingeborg Drewitz geredet – das ist auch interessant –, die Vizepräsidentin des PEN-Clubs, die mit ihrem Buch „Gestern war heute“ ein außergewöhnlich eindrucksvolles Zeugnis genau im Blick auf diese Epoche der Geschichte vorgelegt hat. Aber vielleicht haben es noch nicht so viele gelesen wie das Buch von Hochhuth. Das kann schon sein.

Es ist doch absurd, wie hier ein Vorgang instrumentalisiert wird. Sie haben genau bestätigt, was ich gemeint habe – das haben Sie mir natürlich auch umgedreht –, als ich von

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

der politischen Debatte gesprochen habe. Sie haben genau bestätigt, dass bei einem solchen Vorgang die Versuchung einiger groß ist, darüber so lange so zu reden, bis sie daraus das gemacht haben, was es nicht ist.

(Abg. Zeller SPD: Wer hat denn dieses behauptet?  
– Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer „wir“?)

Und noch einmal: Die Kommission, die sich mit Abiturthemen beschäftigt, macht weder im einen noch im anderen Fall politisch motivierte Vorschläge. Das Haus entscheidet im einen wie im anderen Fall nicht aus politischer Motivation. Das darf es auch nicht – das erkläre ich hier ausdrücklich –, denn dann wäre das Buch aus der Liste geflogen – übrigens auch noch ein paar andere Bücher.

Die Vorstellung, dass diese Lektüreliste – ich biete sie Ihnen noch einmal an – von CDU-Politikern aus politischer Motivation heraus zusammengestellt ist, ist abwegig, wird Schule nicht gerecht und ist in der Sache nicht zutreffend. Deshalb sage ich noch einmal: Ich lasse diese Instrumentalisierung eines Vorgangs nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

Damit zu der Frage, die Herr Abg. Kretschmann im Blick auf die Kommission gestellt hat. Ich habe sehr wohl ausführlich zur Kommission Stellung genommen.

Erstens: Die Kommission hat gesagt: Es gab Phasen, in denen wir das Gefühl hatten, ihr wolltet die Verantwortung auf uns schieben. Diesen Vorwurf muss ich so annehmen und sagen: Das ist falsch, die Verantwortung tragen wir und nicht die Kommission.

Zweitens: Es ist keine Beamtenregelung. Wenn es so wäre, dass diese Kommission den Eindruck hätte, hier werde im Ministerium politisch motiviert gearbeitet und nicht so, wie wir es nach unseren formalen Kriterien für wichtig halten, dann gäbe es nicht die ausdrückliche Bereitschaft und auch nicht den Wunsch, weiter zusammenzuarbeiten und weiter über Literaturunterricht im Gymnasium – ob getrennt oder zusammengelegt – zu entscheiden.

Mein Anliegen, mit dem ich hier noch mal ans Rednerpult gehe, ist: Teile der Debatte zeigen mir, wie es ist, wenn man einen Vorgang dahin bringt, wo man ihn haben will. Da gehört er nicht hin, da lasse ich ihn auch nicht hinschieben, sondern er bleibt, wo er hingehört: in der Schule!

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD:  
Er kommt gar nicht in die Schule! Sie haben ja verhindert, dass er in die Schule kommt! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Qualitätsorientierte Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule – Drucksache 12/4725**

**b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einführung des Fremdsprachenunterrichts an den Grundschulen; hier: Berücksichtigung schulischer und kommunaler Initiativen – Drucksache 12/5560**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten und für die Aussprache zu a und b fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für ein positives Zusammenleben der Menschen in Europa ist es wichtig, dass junge Europäer künftig mehrere Fremdsprachen lernen. Der Schlüssel für die Mehrsprachigkeit ist dabei das frühe Fremdsprachenlernen in der Grundschule. Der frühe Fremdsprachenbeginn ist aber auch mit Blick auf die besonderen Lernfähigkeiten der Kinder im Grundschulalter ideal. Ihre Offenheit, ihre Bildsamkeit, ihre Sensibilität für Spracherwerb, auch für die Zweitsprache, ist seit langem bekannt.

Die gesellschaftliche Akzeptanz für die Einführung der Fremdsprache an der Grundschule ist groß. Bei Eltern, bei Kommunen, bei den Verbänden, bei der Wirtschaft, überall gibt es ungeteilte Zustimmung; denn über die kulturelle Bedeutung des Fremdsprachenlernens hinaus ist die Fremdsprachenkompetenz auch zu einer Schlüsselqualifikation geworden.

Trotz dieser geradezu einmaligen Voraussetzungen erleben wir derzeit in Baden-Württemberg das gleiche Fiasko wie bei fast allen bildungspolitischen Vorhaben unserer Kultusministerin: Ein schönes Konzept, aber die Umsetzung wird nicht im Dialog mit den Beteiligten erarbeitet, sondern findet hinter verschlossenen Ministeriumstüren statt. Folglich ist das Umsetzungskonzept unausgegoren und praxisuntauglich und führt im ganzen Land zu Recht zu Unruhe und Protest.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Seit der großspurigen Ankündigung des Ministerpräsidenten vor zweieinhalb Jahren, dass Fremdsprachen an der Grundschule flächendeckend eingeführt werden,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Dreieinhalb!)

sind über zwei Jahre der Untätigkeit vergangen. Sie haben das Wichtigste, nämlich die umfassende Qualifizierung der Lehrkräfte, verschlafen. Jetzt bleibt nach den Weihnachtsferien – realistisch gesehen können Sie vorher gar nicht mehr richtig anfangen – nur noch ein halbes Jahr für eine systematische Weiterbildung der Lehrkräfte übrig, und dies in der Situation, dass Lehrkräfte gleichzeitig in diesem Schuljahr erstmals auch die verlässliche Grundschule garantieren müssen.

(Abg. Rau CDU: Das ist normaler Unterricht, Frau Kollegin! Oder?)

(Renate Rastätter)

Das heißt, diese Einführung findet auf dem Rücken der Lehrkräfte, der Eltern und der Kinder statt,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ingrid Blank CDU: Was ist denn das für ein Zusammenhang? – Abg. Seimetz CDU: Oh Jammer, Jammer, Jammer!)

wenn diese qualifizierte Weiterbildung in einem solchen verdichteten Zeitraum erfolgen muss.

(Abg. König REP: Der ganze Weltschmerz kommt da wieder zum Ausdruck!)

Zweitens: Mit aller Gewalt soll die Fiktion der flächendeckenden Einführung aufrechterhalten werden, obwohl Sie nur mit 15 % der Grundschulen, nämlich mit 400 von 2 500 beginnen.

(Abg. König REP: Genau 16 %!)

Faktisch werden wir dadurch über Jahre sehr unterschiedliche Lernvoraussetzungen in den weiterführenden Schulen haben, denn wir werden dort in den fünften Klassen Kinder haben, die vier Jahre qualifizierten Englischunterricht hatten, Kinder, die einmal eine AG hatten, und Kinder, die überhaupt kein Fremdsprachenangebot hatten.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist nun einmal so! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Die Vorstellung, die blieben doch in den Verbänden, ist doch eine reine Legende, denn es gibt ja auch so etwas wie Mobilität. Eltern ziehen auch in Baden-Württemberg mit ihren Kindern um.

(Abg. Seimetz CDU: Es gibt Modelle, die nach und nach umgesetzt werden!)

Drittens: Es wird deshalb in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren Kommunen und Schulen erster und zweiter Klasse geben. Die Kommunen und die Eltern lassen sich dies nicht gefallen. Das beweisen die vielen Briefe, die Sie

(Abg. Seimetz CDU: Woher wissen Sie das?)

und auch wir derzeit bekommen. Die Eltern haben Recht: Es ist ein Angriff auf die Chancengleichheit von Kindern in unserem Bundesland, wenn es von einem Zufallsprinzip, nämlich vom Wohnort abhängt, ob in den nächsten Jahren ein Kind Fremdsprachenunterricht an der Grundschule bekommt oder nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Der Städtetag verlangt in seiner Verzweiflung jetzt sogar – offensichtlich ist es Ihnen nicht gelungen, die Ressourcen für die flächendeckende Einführung der Fremdsprachen bereitzustellen –,

(Abg. König REP: Ich war beim Städtetag!)

dass die flächendeckende Einführung der Fremdsprachen aus den Privatisierungserlösen finanziert wird. Aber mit Ihrem Stiftungsmodell geht das ja überhaupt nicht, und zwar wegen der Gemeinnützigkeitsklausel. Fremdsprachenunterricht, meine Damen und Herren, ist aber keine Wohltätig-

keitsveranstaltung, sondern gehört zu den bildungspolitischen Pflichtaufgaben dieses Landes.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. König REP: Das ist auch gemeinnützig!)

Sie werden Ihrer Verpflichtung gegenüber Kindern, Eltern und Kommunen nicht gerecht, wenn Sie milliardenschwere Geschenke über das Land austeilen, aber Ihre Pflichtaufgaben im Bildungswesen nicht erfüllen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Den Vorschlag, der jetzt von einigen Verbänden, aber auch von den Kollegen der SPD in dieser verfahrenen Situation gemacht wird, erst in den Klassen 3 und 4 zu beginnen, halten wir Grünen wiederum nicht für richtig. Das wäre eine Zwischenlösung, die große Probleme nach sich zöge, wenn man später ohnehin ab Klasse 1 Englischunterricht einführen möchte. Das würde weiterhin Unruhe stiften und Umsetzungsprobleme sowie weitere Lehrplanrevisionen mit sich bringen. Deshalb sind wir dafür, ab Klasse 1 zu beginnen.

Wir Grünen beantragen folgende Maßnahmen zur Verbesserung dieser verfahrenen Situation:

Erstens: Alle Schulen, die ein Fremdsprachenangebot machen wollen, sollen die Stunden hierfür zugewiesen bekommen.

Zweitens: Alle Kommunen, die dies beantragen, müssen in die Pilotphase aufgenommen werden. Selbstverständlich muss die Pilotphase verkürzt werden.

Drittens: Auch wir Grünen verfolgen die Bilingualität, also das zweisprachige Lernen von Französisch und Deutsch, am Oberrhein. Aber wir können diese Bilingualität nicht gegen den Willen der Betroffenen als Zwangsmaßnahme von oben erreichen, sondern wir brauchen dazu positive Anreize. Herr Rau, wenn Sie sich so sehr für die flächendeckende Einführung von Französisch am Oberrhein verkämpfen, dann hätte ich mir von Ihnen den politischen Mut gewünscht, Französisch als erste Fremdsprache an der Grundschule flächendeckend für ganz Baden-Württemberg zu fordern. Das wäre konsequent gewesen und hätte Ihren politischen Mut bewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Viertens: Selbstverständlich müssen jetzt große finanzielle und organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, damit die Qualifizierung der Lehrkräfte schneller erfolgen kann. Wir fordern zusätzliche Vertretungslehrkräfte für eine Entlastung an den Grundschulen, wenn umfassende Weiterbildung durchgeführt wird.

Fünftens zum Gesamtkonzept: Da sind Sie uns eine Antwort schuldig geblieben. Es gibt bislang noch keine befriedigende Lösung für die Fortsetzung des Fremdsprachenunterrichts in den weiterführenden Schulen.

(Zuruf des Abg. König REP)

(Renate Rastätter)

Für die Gymnasien haben Sie überhaupt nichts zu sagen, aber auch für die Hauptschüler ist die Lösung – zum Beispiel am Oberrhein –, vier Jahre an der Grundschule Französisch zu haben und hinterher Französisch in einer AG weiterzuführen und mit Englisch zu beginnen, absolut unbefriedigend. Hier fordern wir Sie auf, ein fundiertes Gesamtkonzept für Fremdsprachen auch für die weiterführenden Schulen zu entwickeln.

(Abg. Rau CDU: Das liegt doch vor!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Sie berücksichtigen überhaupt nicht – das habe ich schon in der Vergangenheit angemahnt – die Sprachenvielfalt, die wir in Baden-Württemberg bereits haben. Wir haben Kinder aus verschiedenen Herkunftsländern, die bereits über eine große Sprachenvielfalt verfügen. Das ist doch eine Bereicherung für unser Bundesland.

(Abg. König REP: Darauf komme ich nachher noch!)

Wir verlangen, dass diese Schüler und Schülerinnen in Baden-Württemberg endlich ihre Muttersprache bzw. Herkunftssprache als Fremdsprachenkompetenz zertifiziert bekommen. Es ist eine Bereicherung, wenn wir junge Menschen haben, die einen qualifizierten Abschluss in ihrer Herkunftssprache machen können.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zum Schluss noch ein Wort zur Leistungsrückmeldung. Kinder wollen ihre Leistung bewertet wissen. Kinder wollen etwas leisten. Deshalb muss der Fremdsprachenunterricht ergebnisorientiert und an den individuellen Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten jedes Kindes orientiert sein. Noten sind hierbei kontraproduktiv. Wir fordern deshalb Lernentwicklungsberichte statt Noten. Damit befinden wir uns in guter Gesellschaft mit dem Landeselternbeirat und allen Verbänden einschließlich der Schulleiterverbände.

(Abg. Eigenthaler REP: Und mit den Lehrern?)

Wir wollen Kinder ermutigen. Kinder sollen ihre Freude an den Fremdsprachen behalten. Dass Sie, Frau Ministerin, jetzt Noten einführen wollen, übrigens auch gegen die Empfehlungen der Lehrplankommission, ist politisch und nicht pädagogisch begründet. Das wird zu einer Verschärfung der Auslese für das Gymnasium führen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist ein Witz!)

und das wollen wir nicht. Der Übergang für Kinder ins Gymnasium muss weiter chancengleich gewährleistet werden.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich komme zum Schluss. Noch ist es Zeit, die Weichen für die Einführung von Fremdsprachen in Baden-Württemberg so zu stellen, dass es ein Erfolgsmodell wird. Mit unserem Antrag wollen wir dazu beitragen, und deshalb fordere ich

Sie dazu auf, den fünf Punkten in unserem Fraktionsantrag heute zuzustimmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rau.

**Abg. Rau CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Konzept der Landesregierung zur Einführung der Fremdsprache in der Grundschule geht auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse über das frühkindliche Fremdsprachenlernen zurück. Es setzt diese Erkenntnisse konsequent um. Ich halte das für einen ganz bedeutenden Schritt in der Geschichte der Bildungspolitik im Land Baden-Württemberg.

Diese konsequente Umsetzung bedeutet, dass Kinder je früher, desto besser Fremdsprachen lernen. Das ist ganz wichtig für die Beurteilung der Frage, wann wir anfangen. Es liegt uns ja ein Antrag vor, der sagt: Fangt in Klasse 3 an, macht es in 3 und 4.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Wo liegt der Antrag? Dazu liegt kein Antrag vor!)

– Frau Kollegin Rastätter, ich lese alle Anträge. Das ist ein Antrag der SPD, dem Sie sicher nicht zustimmen.

Es ist völlig unvernünftig, sich auf die Klassen 3 und 4 zu kaprizieren.

(Abg. Wintruff SPD: Alle anderen machen das auch!)

Wenn die grundsätzliche Aussage richtig ist, dass Kinder je früher, desto besser Fremdsprachen lernen, dann sollten wir so früh wie möglich beginnen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Im Jahr 2006!)

das heißt in Klasse 1 und durchlaufend durch die Grundschule. Das bedeutet gleichzeitig, dass ich, wenn ich einen vernünftigen Lehrplan für die Klassen 1 bis 4 habe, nicht häppchenweise in den Klassen 2, 3 und 4 etwas anbieten muss, was nur Teile aus diesem Lehrplan verwirklicht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann lieber gar nichts!)

Das bedeutet, dass wir natürlich vier Jahre für die Einführung der Fremdsprache in der ganzen Grundschule brauchen.

Ein interessanter Aspekt des frühen Fremdsprachenlernens bietet sich den Ausländerkindern, die oft Probleme haben, bei der deutschen Sprache mitzuziehen. Bei der Einführung einer Fremdsprache haben sie den gleichen Ausgangspunkt wie ihre deutschen Klassenkameraden. Erfahrungen, die damit gesammelt wurden, belegen, dass sie im Bereich des frühen Fremdsprachenlernens zusätzliche Motivation für ihre schulische Leistung finden können.

Die Lehrpläne, die wir erstellt haben, sind anspruchsvoll, weil es die ersten Lehrpläne zum frühkindlichen Fremdsprachenlernen sind, die von einem durchgängigen Kon-

(Rau)

zept über vier Jahre und von der Anschlussfähigkeit ausgehen. Das unterscheidet das baden-württembergische Konzept von allen Versuchen in anderen Bundesländern. Wir sagen den Kindern: Ihr lernt nicht vier Jahre umsonst eine Fremdsprache, und die weiterführenden Schulen tun so, als sei nichts gewesen. Das machen die anderen Bundesländer, die frühes Fremdsprachenlernen einführen, inkonsequent. Sie vertrauen offensichtlich nicht auf die Fähigkeiten ihrer Lehrerinnen und Lehrer.

Dieser grundsätzliche Unterschied im baden-württembergischen Konzept hat natürlich Auswirkungen auf die weiterführenden Schulen. Das Fremdsprachenlernen in der Grundschule geschieht anwendungsorientiert, handlungsorientiert, durch Hörverstehen, durch Kommunikation, durch Hineinwachsen in die Sprache. Das wird auch Auswirkungen auf das Fremdsprachenlernen in den weiterführenden Schulen haben.

Deshalb ist unser Konzept auch weiter gedacht. In Klasse 5 werden alle weiterführenden Schulen – Hauptschule, Realschule, Gymnasium – auf dem aufsetzen, was wir in der Grundschule vorgearbeitet haben.

Nun haben wir eine Pilotphase für 400 Schulen festgelegt. Das hängt mit mehreren Dingen zusammen. Die wichtigste Voraussetzung für einen Fremdsprachenunterricht in der Grundschule ist natürlich, dass geeignetes Lehrpersonal zur Verfügung steht.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das bedeutet, dass wir in entsprechendem Umfang Lehrerfortbildung einrichten. An Frau Rastätter sind die Realitäten wohl spurlos vorübergegangen: Das Konzept zur Lehrerfortbildung liegt vor, die Umsetzung läuft, die Mittel dafür sind bereitgestellt. Ich weiß nicht, wovon Sie reden. Vielleicht beklagen Sie die Tatsache, dass diese Fortbildung normalerweise in der Freizeit – in der unterrichtsfreien Zeit, genauer gesprochen – stattfindet. Das halte ich nicht für tragisch. Die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes tun das in weiten Bereichen. 70 % der Lehrerfortbildung findet in der unterrichtsfreien Zeit statt. Das darf hier auch einmal positiv erwähnt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Kommunen den Wunsch äußern, möglichst früh in den frühen Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen einbezogen zu werden, so freut mich das. Denn das heißt, dass sie unserem Ansatz im Prinzip zustimmen.

(Vereinzelt Lachen bei der SPD)

Wir brauchen diese Pilotphase aber, um in den ersten Jahren noch Auswertungen vornehmen zu können.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich habe auf die Einmaligkeit des angesprochenen Unterfangens in Baden-Württemberg hingewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich mache auch deutlich: Wenn Sie zusätzliche Stunden in die Stundentafel einsetzen – es gehört zu unserem Konzept,

pro Schuljahr zwei Wochenstunden in die Stundentafel einzustellen –, müssen Sie auch die Lehrkräfte dafür zur Verfügung stellen können. Auch dazu brauchen wir die vorgesehene Zeit. Wir lassen uns da nicht in etwas hinein-jagen, was wir nachher nicht verantworten könnten.

Sie haben den Landeselternbeirat zitiert. Nun möchte ich Ihnen sagen, dass der Landeselternbeirat diesem Konzept des frühkindlichen Fremdsprachenlernens zustimmt.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Er hat es im Bundeselternrat vorgetragen.

(Zuruf von der SPD)

Der Bundeselternrat hat eine vergleichende Betrachtung aller Konzepte des frühkindlichen Fremdsprachenlernens in der Grundschule angestellt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das baden-württembergische Modell mit Abstand zu bevorzugen sei; er würde sich wünschen, dass sich die anderen Bundesländer uns anschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Frühkindliche Rede! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich will noch etwas zum Thema „Französisch am Oberrhein“ sagen, da mir dieses Anliegen wirklich am Herzen liegt.

Es wäre ein großes Versagen, wenn wir in einer Grenzregion zu Frankreich nicht allen Kindern, die in dieser Region leben, die Möglichkeit bieten würden,

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Französisch in der Grundschule zu erlernen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Denn wir wissen, dass alle Kinder, die so früh mit dem Fremdsprachenunterricht beginnen, auch weitere Sprachen bis zu einem vernünftigen Sprachgebrauch erlernen können. Von daher ist es gerade für die Kinder bei uns, die im Grenzraum zu Frankreich leben, eine günstige Voraussetzung für ihr weiteres Leben, für ihre Berufschancen, für ihre Existenz, wenn wir ihnen dies ermöglichen können. Die Elsässer tun dies. Ich finde, wir sind im Interesse unserer Jugendlichen gehalten, das bei uns auch zu tun.

Alle Wirtschaftsverbände am Oberrhein haben bestätigt, dass sie dort Französischunterricht an der Grundschule wollen. Eine Entscheidung für Französisch am Oberrhein ist keine Entscheidung gegen Englisch. Jeder weiß, dass wir unseren Kindern in ihrer weiteren schulischen Laufbahn Englisch vermitteln müssen. Aber eine Entscheidung für Englisch am Oberrhein wäre eine Entscheidung gegen Französisch. Wir sind es unseren Kindern in dieser Wirtschaftsregion für ihre künftige berufliche Laufbahn schuldig, dass sie alle Französisch erlernen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Rau)

Das wird mir von den Industrie- und Handelskammern, ganz nachdrücklich von den Handwerkskammern, aus dem Speditionsgewerbe, aus dem Tourismusbereich, aus allen Dienstleistungssektoren bestätigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Es geht nicht nur um künftige Abiturienten. Es geht auch um die künftigen Hauptschüler. Ihnen müssen wir etwas für ihren weiteren Lebensweg mitgeben, was sie dringend brauchen, um eine vernünftige Entwicklung nehmen zu können.

(Glocke des Präsidenten)

Deswegen bin ich entschieden dafür, dass wir in den Grundschulen am Oberrhein Französisch einführen. Man wird es uns in dieser Region danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

**Abg. Rau CDU:** Bitte schön.

**Präsident Straub:** Bitte, Frau Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Rau, sind Sie sich dessen bewusst, dass Sie genau mit Ihren Äußerungen den Glaubenskrieg „Englisch oder Französisch?“ und den betreffenden Konflikt am Oberrhein provozieren, indem Sie nicht sagen: „Wir unterbreiten beide Angebote, fördern dabei aber insbesondere Französisch, indem wir zum Beispiel auch im Kindergarten am Oberrhein verstärkt Französisch einführen, indem wir in allen Schularten anbieten, ab Klasse 5 mit Französisch weiterzumachen, auch mit Französisch zu beginnen?“ Vielmehr provozieren Sie Widerstände und tragen damit letztlich zu einer Demotivation und zu großen Problemen am Oberrhein bei.

**Abg. Rau CDU:** Frau Kollegin Rastätter, Sie sind auf dem Holzweg. Es geht hier nicht um einen Glaubenskrieg, sondern es geht darum, dass wir eine Entscheidung treffen, die den Kindern auf ihrem weiteren Lebensweg eine wichtige Hilfe und Stütze ist. Wir können diese Entscheidung für den Französischunterricht am Oberrhein vernünftig begründen. Inzwischen wird auch in den großen Schulverbänden – ich hatte gerade diese Woche eine große Veranstaltung hierzu in Lahr – Zustimmung zu diesem Konzept signalisiert, weil die Eltern die Chance erkennen.

Ich sage es noch einmal: Eine Entscheidung für Französisch in der Grundschule ist keine Entscheidung gegen Englisch, weil das im weiteren Schulweg sowieso kommt. Aber eine Entscheidung für Englisch als erste Sprache in der Grundschule am Oberrhein wäre latent eine Entscheidung gegen Französisch.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:  
Beides! Beides am Rhein!)

Das sollten wir den Kindern nicht antun. Sie verwandeln es in einen Glaubenskrieg. Wir wollen, dass die Kinder beide Sprachkenntnisse in einer für sie richtigen und vernünftigen Abfolge erwerben können.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Ausgangssituation in Baden-Württemberg sieht folgendermaßen aus: Wir haben an 700 Grundschulen – im Bereich des Oberrheins, aber auch entlang der gesamten Rheinschiene – schon seit fast 20 Jahren die Veranstaltung „Lerne die Sprache deines Nachbarn!“, in diesem Fall also Französisch, im Angebot.

(Abg. König REP: Das gilt aber für ganz Baden-Württemberg!)

Das heißt, dass der Grundsatzbeschluss des Kabinetts von 1975 – so alt ist er nämlich schon – in Teilen von Baden-Württemberg umgesetzt worden ist. Dieses Modell hat sich – das haben wir bei einer Ausschussreise erfahren – in diesen fast 20 Jahren sehr verändert. Wir brauchen in Baden-Württemberg eigentlich keinerlei neue Erfahrungen, wie wir Fremdsprachen im Unterricht anbieten müssen, sondern wissen, dass es richtig ist, von einem spielerischen Ansatz wegzugehen und die Kinder zum Beispiel mit Kommunikation positiv an eine Fremdsprache heranzuführen.

Jetzt ist angekündigt – es findet zum Teil, an 16 % der Grundschulen in Baden-Württemberg, schon statt –, die Fremdsprache Englisch weitestgehend einzuführen. Das führt nun dazu – wir haben es gerade in der Diskussion gehört –, dass vor allem am Oberrhein eine Auseinandersetzung quer durch die Wirtschaft, Elternschaft und Schulen stattfindet.

(Abg. Rau CDU: Stimmt gar nicht! Die Wirtschaft ist sich einig!)

Ich selbst war mit Ihnen bei einer Veranstaltung in Lahr, die Sie wohl in steter Regelmäßigkeit wiederholen. Dort wurde sehr kontrovers diskutiert

(Abg. Rau CDU: Wir waren in Offenburg zusammen! Ich mache mehrere Sachen in dieser Hinsicht, Frau Kollegin! – Gegenruf von der SPD:  
Nicht so hitzig!)

– ist gut –, ob Englisch oder Französisch die richtige Wahl ist.

Zweitens suggerieren Sie mit der Ankündigung eines immer früheren Zeitpunkts des flächendeckenden Ausbaus des Fremdsprachenangebots an Grundschulen, dass Sie sich beeilen würden, dem Elternwunsch nachzukommen. Das ist aber beileibe nicht der Fall. Der Zeitablauf bis zur flächendeckenden Einführung hat sich überhaupt nicht verändert. Dieser Taschenspielertrick, die Zahlen von 2007/2008 auf 2004/2005 vorzuverlegen, beinhaltet nur, dass im Schuljahr 2004/2005 die Kinder in der ersten Klasse damit anfangen

(Abg. Rau CDU: Jetzt haben Sie es kapiert!)

und das komplette Angebot, wie gehabt, ab 2007/2008 erreicht werden wird.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Christine Rudolf)

Sie lassen völlig offen, wie Sie die Ressourcen hierfür überhaupt bereitstellen wollen.

Eine Frage, die der Lehrerfortbildung, ist schon diskutiert worden. Dazu gibt es jetzt einen Ansatz: 24 Stunden Didaktik und Methodik und 24 Stunden Sprachschulung. Da wir wissen, dass die Qualität des Spracherwerbs von der Kompetenz der Lehrkräfte abhängt und dass in der Grundschule Lehrerinnen und Lehrer arbeiten, die unter Umständen schon seit 20 Jahren überhaupt nichts mehr mit Fremdsprachen zu tun hatten, glaube ich einfach, dass dieser Fortbildungsansatz nicht ausreicht.

Das zweite Ressourcenproblem, dass Sie haben: Wir brauchen für ein flächendeckendes Angebot von der ersten bis zur vierten Klasse 1 600 Deputate für die Fremdsprache an der Grundschule. Wir wissen aus Berechnungen, dass aufgrund der Zuwächse der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in den nächsten fünf Jahren 5 000 Deputate notwendig werden. Sie, Herr Rau, Frau Dr. Schavan, sind bisher die Antwort darauf schuldig geblieben, woher Sie bei Ihrem zögerlichen Aufbau des Lehrkörpers in Baden-Württemberg diese Ressourcen überhaupt nehmen wollen, geschweige denn, wie Sie das finanzieren wollen.

Vorhin wurde hier ja über Kommissionen und Sachverständigen gesprochen. Es ist nicht nur der Städtetag, der ein anderes Vorgehen von Ihnen fordert, sondern auch die GEW, der VBE und an dieser Stelle auch der Philologenverband sagen einvernehmlich, dass es so nicht geht. Die Chancengleichheit der Kinder in Baden-Württemberg wird sträflich vernachlässigt. Die Auflistung, die seit gestern vom Städtetag vorliegt – das Ministerium hat sie ja bisher nicht geleistet –, welche Städte und Gemeinden denn berücksichtigt werden, zeigt eine Struktur, die überhaupt nicht nachvollziehbar ist. Vielleicht haben Sie per Los entschieden, vielleicht per Hütchenspiel. Es gibt viele Schulen in Baden-Württemberg, die schon jetzt privat den Fremdsprachenunterricht finanzieren. Auch dies ist wieder eine Einführung des Schulgelds durch die Hintertür. Diese Strukturen sind völlig unberücksichtigt geblieben bei der Verteilung der Schulen, die jetzt in dieses Fremdsprachenmodell hineingenommen worden sind.

Insgesamt lässt sich sagen: Auch hier wieder Chaos. Modell gut vorgestellt, gute Presse erhalten. In der Umsetzung dann die Fehler. Sie werden nachher wieder sagen, Frau Schavan, wie toll Sie sich von den anderen Bundesländern abgrenzen. Mein Fazit ist: Die Kinder in Baden-Württemberg leiden unter Ihrer Ehrgeizigkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bereits im Dezember 1998 habe ich in meinem zusammen mit anderen Kollegen der FDP/DVP-Fraktion eingebrachten Antrag bezüglich Englisch als Weltsprache in den Ziffern 5 und 6 auch die Grundschulfremdsprache thematisiert. Gut, dass wir das in Baden-Württemberg jetzt so zügig anpacken.

(Abg. Wintruff SPD: Zügig?)

Schade, dass nicht gleich alle mitmachen können. Aber Sie wissen genau, wir haben im Moment nicht genügend vorgebildete Lehrkräfte.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben zwei Jahre lang geschlafen!)

Wir haben im Moment auch nicht die Ressourcen.

(Abg. Wintruff SPD: Warum?)

Was hätten Sie denn gesagt, wenn wir flächendeckend ohne Vorbereitung angefangen hätten? Kein Mensch hätte etwas dagegen gehabt, wenn wir eine Pilotphase mit nur 20 Schulen gemacht hätten. Bloß weil es jetzt 400 sind, weil man gleich mehr Schüler in den Genuss bringen will, wird plötzlich gemeckert.

(Abg. Wintruff SPD: Wer hat denn hier regiert?)

Vielleicht ist es doch wirklich besser, nicht gleich flächendeckend zu beginnen, sondern zunächst gewisse Erfahrungen zu sammeln.

Ich denke nicht, dass es deswegen Grundschulen erster und zweiter Klasse gibt. Vielleicht gibt es auch welche, die eine etwas schwierigere Anfangsphase mitmachen müssen, und andere, die davon profitieren, dass andere schon vor ihnen Erfahrungen gemacht haben. Ich denke nicht, dass das Glück unserer Kinder nun absolut davon abhängt, ob sie in der ersten Klasse eine Fremdsprache lernen oder nicht. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber wir müssen uns die nötige Zeit dafür gönnen. Selbstverständlich muss dieser Fremdsprachenunterricht in der weiterführenden Schule entsprechend berücksichtigt werden. Das muss fundiert erarbeitet werden. Dafür haben wir noch ganze vier Jahre Zeit.

(Abg. Zeller SPD: Die haben Sie nicht mehr!)

Davon sollten wir uns auch mindestens drei Jahre Zeit nehmen.

Grundsätzlich möchte ich aber noch einmal die weitergehende Forderung der FDP/DVP betonen, dass wir auch dahin kommen müssen, immer mehr bilingualen Unterricht zu haben, das heißt in anderen Themenbereichen auch fremdsprachlich zu unterrichten. Das wird auch Stunden sparen, und das wird die nächste Stufe sein, die wir, wenn wir diese hier einmal auf den Weg gebracht haben, angehen müssen.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Zehn Jahre!)

Zum Punkt Französisch: Ich stimme dem Kollegen Rau zu, dass wir hier eine Aufgabe baden-württembergischer Außenpolitik haben. Wir dürfen unsere Freunde im Elsass nicht im Stich lassen, die ihrerseits an den Grundschulen Deutsch unterrichten und das immer gegen Paris verteidigen müssen. Und wir sollen nun vom Französisch abgehen. Abgesehen davon wäre eine Wahl zwischen zwei Grundschulfremdsprachen schlicht und einfach nicht möglich, weil Sie dann ja mit der weiterführenden Schule gebunden sind. Sie würden die Kinder bei der Wahl der weiterführenden Schule derartig einschränken, dass das meiner Ansicht nach nicht verantwortbar wäre.

(Heiderose Berroth)

Zu Ihrem Antrag, in dem Sie sagen, alle, die es freiwillig machen wollten, sollten es machen dürfen: Damit wäre genau das Prinzip, dass wir jetzt wirklich ganz bewusst Regionen gebildet haben, in denen man an der weiterführenden Schule dann auch gleich weitermacht, durchbrochen. Das wäre nicht haltbar. Abgesehen davon: Wenn nicht genügend Lehrer da sind – im Moment ist das Konzept eben so, dass die Lehrer gerade reichen –, kann man das nicht.

Ihrer Forderung, dass die Lehrkräfte zügig ausgebildet werden, wird schon entsprochen. Das wird schon gemacht.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Auch wir Liberalen wollen eine qualitätsorientierte Einführung des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen, wie Ihr Basisantrag ja lautet; aber wir wissen, dass zur Qualität die Elemente ausreichend geschulte Lehrkräfte, Erfahrung aus Pilotprojekten und genügend zur Verfügung stehende Lehrerstellen gehören. Wir wollen deshalb dieses Modell sukzessive ausbauen, nicht erst in vier Jahren – das wäre auch mir zu spät –, sondern so, wie Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Wenn man dann vielleicht ein Jahr früher zur Flächendeckung kommt, haben wir auch nichts dagegen; aber man muss abwarten, wie sich das entwickelt. Rot-grüne Panikmache führt bei diesem Thema überhaupt nicht weiter. Frau Rastätter, auch Sie müssten seit Ihrem Besuch in Böblingen wissen, dass das bei der Bevölkerung überhaupt nicht ankommt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule hat mich, muss ich ehrlich gestehen, im ersten Moment auch unheimlich begeistert. Aber in der Zwischenzeit habe ich mich intensiv damit befasst und auch sehr viele Gespräche mit Lehrern und Eltern geführt. Ich sehe dieses Projekt heute etwas kritischer. Ein paar Punkte, die in der Diskussion eigentlich kaum Erwähnung finden, möchte ich hier heute einmal zur Sprache bringen.

Zum einen ist es das Argument, die wissenschaftliche Erkenntnis sei gereift, dass man, je früher man anfangt, desto besser eine Fremdsprache lerne, und wenn man diese dann spielerisch lerne, lernten sie eigentlich alle Schüler gleich, hätten also die gleichen Voraussetzungen. Das hat mich etwas an die Einführung der Mengenlehre im Mathematikunterricht vor knapp 20 Jahren erinnert. Auch dort waren alle euphorisch, und man hat gesagt, wenn man hier das Rechnen spielerisch lerne, hätten schwache und stärkere Schüler auch wieder die gleichen Voraussetzungen und man komme eigentlich auf ein breiteres, ein besseres Ergebnis. Die Erfahrung hat aber natürlich gelehrt, dass dem überhaupt nicht so war. Das Einzige, was wir erreicht haben, ist, dass die Schüler flächendeckend gleich wenig oder gleich schwache Mathematikkenntnisse gehabt haben.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Deshalb ist für mich das Argument des spielerischen Lernens eigentlich nicht unbedingt maßgeblich.

Das Zweite, auf das ich eingehen will, ist: Wenn feststeht – das hat ja in der Zwischenzeit auch die Frau Ministerin schon bestätigt –, dass wir immer mehr Schüler in unseren Grundschulen und in unseren Schulen überhaupt haben, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, halte ich es für sehr problematisch, bereits in der Grundschule in der ersten Klasse eine Fremdsprache einzuführen, die dann für die einzelnen Schüler verpflichtend ist.

Vorhin wurde von der Sprachenvielfalt gesprochen. Die ist in der Tat da. Aber das ist ja genau das, was uns in unseren Schulen viele Probleme bereitet, nämlich diese Sprachenvielfalt ohne die Leitsprache Deutsch.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig! Eben!)

Deutsch als Leitsprache, wenn man schon von Leitkultur usw. redet, muss vorhanden sein. Erst dann hat es einen Sinn,

(Abg. Rau CDU: Wollen Sie bestreiten, dass bei uns Deutsch unterrichtet wird?)

weitere Sprachen parallel zu lernen. Wenn also Kinder, die weder Deutsch noch ihre Muttersprache beherrschen, mit der dritten Sprache konfrontiert werden, wird dies schief gehen. Davon bin ich felsenfest überzeugt, und nicht bloß ich, sondern auch namhafte Experten.

Es gibt mit Sicherheit sehr viele Kinder, die so sprachbegabt sind, dass ihnen das Beginnen mit einer Fremdsprache in der Grundschule in der ersten Klasse sehr viel bringt. Dann muss ich aber bereit sein, zu sagen: Die Kinder, die der deutschen Sprache mächtig sind, können versuchsweise schon einmal ab der ersten Klasse eine Fremdsprache erlernen, aber die anderen müssen zuerst einmal Deutsch lernen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Das Fundament für das Erlernen weiterer Sprachen wird, so sagen wir ja immer, in diesen jungen Jahren gelegt. Wenn die Kinder in dieser Zeit aber diese Leitsprache Deutsch, die sie ihr Leben lang begleitet, nicht beherrschen, dann halte ich es einfach für einen Irrsinn, eine weitere Sprache, eine Fremdsprache, einzuführen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, Sie werden jetzt natürlich immer wieder sagen, dies sei die alte Leier, aber wir haben einfach diese Probleme an unseren Schulen, und die wollen wir nicht vergrößern durch etwas, was wir landauf, landab als eine Ideallösung empfinden. Das sollte man einfach bedenken, das muss man bedenken, wenn man hier diskutiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt noch etwas Weiteres dazu. Wenn man sagt, das sei die Grundlage für weiteres Fremdsprachenlernen, dann muss man aber auch eine Sprache wählen, die anspruchsvoll ist, aber Englisch ist das einfach nicht. Englisch ist eine relativ primitive Sprache; das muss man einfach so sehen.

(Lachen des Abg. Rau CDU – Abg. Deuschle REP zu Abg. Rau CDU: Aber natürlich!)

(König)

Es ist so! Französisch ist sehr viel anspruchsvoller, von der Phonetik her, von der Grammatik her, und insofern halte ich es in der Tat für sehr wichtig, eine wirklich anspruchsvolle Sprache zu lernen, und dies wäre jetzt Französisch, an der Rheinschiene sowieso. Deswegen spricht sich auch meine Fraktion dafür aus, zumindest an der Oberrheinschiene mit Französisch zu beginnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich habe das begründet, und ich halte das auch für notwendig.

Letzter Punkt, meine Damen und Herren: Unter den genannten kritischen Punkten halte ich es sogar für gut, dass die Landesregierung nicht gleich voll eingestiegen ist, sondern mit einem Pilotprojekt, das genau 16 % unserer Grundschulen erfasst, einmal Erfahrungen sammelt. Ich bin der Letzte, der, wenn diese Erfahrungen positiv ausfallen, nicht sagt: Jawohl, das wars, wir müssen das sofort flächendeckend einführen.

Insofern, Frau Ministerin, wird die Linie, die Sie da fahren, die Linie der schrittweisen Einführung, von uns mitgetragen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kinder lernen eine Fremdsprache umso leichter, je früher sie beginnen können. Das ist die eine Erfahrung, die uns zu dieser Weichenstellung gebracht hat. Wir haben gerade einen Abschlussbericht über ein internationales Projekt „Frühes Fremdsprachenlernen“ vorliegen, das an 100 Klassen in Baden-Württemberg durchgeführt wurde, wo auf eindrucksvolle Weise die Chancen und Möglichkeiten für die Kinder, aber auch für die Grundschule geschildert werden, die dahinter stehen.

Zweite Erkenntnis – das wird ja letztlich von allen Fraktionen so geteilt –: Die Fremdsprachenkompetenz gewinnt an Bedeutung. Sie gehört zu dem, was wir Sicherung der Zukunftschancen nennen. Sie ist bedeutsamer geworden für die Arbeitswelt und in der Arbeitswelt.

Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir in der Landesregierung mit einer Kabinettsentscheidung diese Weiche gestellt haben, die in den nächsten Jahren nicht nur das frühe Fremdsprachenlernen, sondern danach auch das Fremdsprachenlernen in den weiterführenden Schulen deutlich verändern wird.

Eine Weichenstellung, die so umfassend ist, lässt sich nicht auf Knopfdruck an 2 500 Schulen umsetzen. Das wäre verantwortungslos. Hier gilt der Grundsatz – und da gibt es einen großen Konsens mit allen, die daran mitgewirkt haben – „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“.

Zu den Fragen, die gestellt worden sind: Ich weiß nicht, ob manchen das Konzept nicht bekannt ist und wie man zu manchen Aussagen kommen kann.

Erster Punkt: Das Konzept ist von den Inhalten, von der Didaktik her mit Vertretern aller Schularten abgestimmt. Alle weiterführenden Schularten sind in der Lehrplankommission vertreten gewesen. Wir haben ausdrücklich gesagt: Wenn diese Weiche gestellt wird, ist das nicht nur eine Geschichte der Grundschule, sondern betrifft es die Weiterentwicklung von Fremdsprachenlernen, von zweisprachigem Lehren und Lernen in den nächsten Jahren. Deshalb ist es wichtig, dass Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen mit dem, was wir in den Grundschulen tun, auch so einverstanden sein können, dass es anschlussfähig ist.

Daher rührt übrigens auch die Frage: Wie wird Leistung in diesem Bereich festgestellt? Dazu gibt es zwei Auffassungen.

Die erste Auffassung vertritt der Philologenverband – übrigens ist sie weiter gehend als unsere –, der sagt: Es muss nicht nur eine Note geben, sondern diese Note muss auch in die Grundschulempfehlung Eingang finden. Wir haben gesagt: Es gibt Noten, aber diese finden keinen Eingang in die Grundschulempfehlung.

Die zweite These – Sie haben sie formuliert – lautet: Keine Note, sondern eine verbale Form der Bewertung.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Lernstandsbericht!)

– Lernstandsbericht, ja. – Und es wird immer hinzugefügt: weil nämlich die Kinder mit der Note den Spaß an der Fremdsprache, an diesem Fach verlieren.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt einfach nicht! Das habe ich nicht gesagt!)

– Mir ist mehrfach gesagt worden, dass dies die Argumentation sei.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Aber heute nicht!)

Ich wiederhole gerade zwei Positionen, die in der Debatte immer wieder genannt werden.

Dazu kann ich nur sagen: Wenn das so wäre, dann hätten Kinder auch keinen Spaß an anderen Fächern. Das Fach muss in der Klasse 3 und in der Klasse 4 den Rang und den Stellenwert wie alle anderen Fächer auch haben. Deshalb, glaube ich, ist es richtig, wenn wir hier, was die Feststellung von Leistungen angeht, in den Klassen 3 und 4 eine andere Form wählen, als dies in den Klassen 1 und 2 der Fall ist.

Genau die Gründung von Regionalverbänden war und ist der Weg, zu verhindern, dass es in den ersten Jahren der weiterführenden Schulen Kinder gibt, die vier Jahre Grundschulkenntnisse in Englisch oder Französisch haben, und solche ohne diese Kenntnisse.

Nun sagen Sie „Mobilität“. Niemand sagt aber, dass seit 30 Jahren – weil wir an 800 Grundschulen Fremdsprachenangebote haben – Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen in dieser Frage in weiterführende Schulen kom-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

men. Genau das jetzige Konzept soll diese Unterschiede in der Ausgangslage beheben und dafür sorgen, dass letztlich alle Kinder vier Jahre lang in der Grundschule eine Fremdsprache erlernen können.

Nun gibt es Sondermodelle. Wir haben zum Beispiel eine deutsch-italienische Grundschule. Ich habe gestern mit dem italienischen Generalkonsul gesprochen. Wir haben in Sillenbuch eine deutsch-französische Grundschule. Das sind Schultypen, Angebotsschulen, bei denen wir auch überlegen müssen, wie wir mit dem damit verbundenen Anliegen zurande kommen: Sprachenvielfalt, Englisch darf nicht alles dominieren. Gleichzeitig wollen wir auch die Überzeugung, dass kein Kind die Schule verlässt, ohne Englisch gelernt zu haben.

Damit komme ich zu der dritten Frage, die wieder aufgeworfen worden ist: Warum bieten wir den Eltern nicht eine Wahl an der einzelnen Schule an? Wir haben in Baden-Württemberg unter den 2 500 Grundschulen über 800 einzellige kleine Grundschulen. Es ist ausgeschlossen, an diesen Grundschulen zwei Sprachen alternativ anzubieten. Also wäre das wiederum nur ein Angebot für die großen Grundschulen, und es wäre damit nur ein Angebot für die Grundschulen im städtischen Raum. Ich halte ein solches Stadt-Land-Gefälle, das wir neu begründen würden, nicht für gerecht. Deshalb haben wir uns – ich sage es jetzt einmal so – an den Sprachgebieten und Regionen orientiert, die wir schon beim Begegnungsprogramm eingeführt haben: am Oberrhein Französisch, im Rest des Landes Englisch.

Nun habe ich ja miterlebt, dass es eine heftige Debatte über Französisch gegeben hat. Aber wir wissen doch zwischenzeitlich – seit der Sprachenkonferenz in Offenburg, durch einige regionale Konferenzen –, dass bis auf zwei Situationen – darauf komme ich gerne noch zu sprechen – Französisch in allen Verbünden, in denen es angeboten wurde, angenommen wird. Es gibt auch einen guten Verlauf der Debatte. Es gibt eine strittige Debatte in Durmersheim – da gibt es einen anderen Wunsch –, und es gibt, glaube ich, ein oder zwei Schulen in Lörrach, wo man noch überlegt.

Aber wir haben hier für Französisch einen ganz wichtigen Schritt getan, übrigens auch einen Schritt, der sich auf die weiterführenden Schulen, zum Beispiel auf Französisch als erste Fremdsprache, auswirken wird.

Vierter Punkt: Es stimmt nicht, wenn Sie sagen, wir hätten kein Konzept für die weiterführenden Schulen. Das Konzept ist in der Kabinettsvorlage enthalten. Das bedeutet Stabilisierung von Französisch in den Grundschulen. Zweitens bedeutet das bei den Realschulen zwei Möglichkeiten: entweder Französisch als erste Fremdsprache, was in der Entscheidung in Klasse 7, wenn es um die Alternativen geht, Konsequenzen hat, oder zweijährigen Brückenunterricht, der dann in Klasse 7 den Einstieg in Französisch möglich macht. Das bedeutet Arbeitsgemeinschaften in der Hauptschule, wobei wir bereits einzelne Hauptschulen haben, die Französisch sogar im offiziellen Programm haben. Die Frage der Weiterführung stellt sich nach den vier Schuljahren. Ich glaube, dass mit dieser Palette, die wir da anbieten und die nicht individuelle Schulentwicklungen vorwegnehmen wird –

Es wird durchaus so sein, dass manche Hauptschule sagt: Wir haben eine Zusammensetzung der Schülerschaft in einem Feld, in einer Region wie dem Oberrhein, wo es sich anbietet, Französisch durchaus offiziell aufzunehmen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Bitte schön.

**Präsident Straub:** Bitte, Frau Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:** Ich habe eine Frage zu der Weiterführung des Fremdsprachenunterrichts in den weiterführenden Schulen. Haben Sie jetzt neue Erkenntnisse? Denn in Ihrer Stellungnahme vom 20. Oktober 2000 zu unserem Antrag schreiben Sie zum Punkt „Anschlüsse Gymnasium an die Grundschulfremdsprache“: „Über die Konsequenzen für die Fremdsprachenangebote des Gymnasiums wird insgesamt gesondert entschieden.“ Haben Sie darüber in der Zwischenzeit entschieden? Das ist die erste Frage.

Zweite Frage: Ist es zutreffend, dass es in Karlsruhe an fünf Grundschulen ein Französischangebot gibt, aber die Kriterien des Verbundes dabei nicht erfüllt werden? Denn diese fünf Grundschulen und auch die zugeordneten weiterführenden Schulen liegen verstreut im Stadtgebiet. Hier kann man nicht von einem geschlossenen Verbund sprechen.

(Zuruf von der CDU: Soll unter einem Dach stattfinden! – Zuruf von den Republikanern: Verbund ist Großstadt!)

Ist es zutreffend, dass dies nicht den Kriterien eines Verbundes entspricht, sondern an der Oberrheinschiene Französisch nur angeboten wird, um im Vorfeld schon vollendete Tatsachen zu schaffen?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Dieser Deutung kann ich nicht zustimmen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber die Tatsachen sind wichtig!)

– Die Tatsachen sind auch ein bisschen anders, aber ich komme gleich darauf.

Erster Punkt: Anschlussfähigkeit im Gymnasium. Die Antwort betrifft die Frage: Sollen wir mit der zweiten Fremdsprache unmittelbar in Klasse 5 beginnen, oder beginnen wir in Klasse 6? Diese Frage ist noch nicht entschieden, und es ist auch noch offen, ob wir sie landesweit entscheiden oder ob wir die Entscheidung nicht von der inneren Schulentwicklung des einzelnen Gymnasiums abhängig machen. Es hängt auch von den weiteren Sprachenfolgen ab, was da für sinnvoll gehalten wird. Aber dass das Ganze – vor allen Dingen am Oberrhein – zu einer Stabilisierung von Französisch führen wird, ist auch an diesen Schulen unstrittig.

Zu Ihrer zweiten Frage zu den fünf Schulen in Karlsruhe – es gibt auch an ein paar Grundschulen in Freiburg ein

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Französischangebot –: Es war die große Frage, wie wir es in den großen Städten machen. Es war unstrittig in Stuttgart und in Mannheim, aber im badischen Raum war es nicht unstrittig. Also haben wir in beiden Städten keinen Regionalverbund gemacht, sondern da wird das getan, was an vielen Schulen im Land geschieht: Sie fahren mit ihren Angeboten wie bislang fort und richten auch neue ein, die aber nicht offiziell in die Pilotphase aufgenommen worden sind. Hier setzt sich durchaus an einer Reihe von Stellen das fort, was wir seit 30 Jahren haben, was bislang übrigens jeder als etwas Positives gewertet hat, nämlich dass es ein Angebot gibt. Ich halte nichts davon, den Schulen, die nicht sofort in der Pilotphase sind, zu verbieten, ein Angebot zu machen.

Was die Länge der Pilotphase angeht, sage ich noch einmal: Wir haben uns im Unterschied zu vielen anderen Modellen zu zwei zusätzlichen Unterrichtsstunden entschieden. Wir haben uns zu einer umfassenden Qualifizierungsphase entschieden, die übrigens nicht Weihnachten beginnt, sondern schon begonnen hat. Dieses Qualifizierungsprogramm ist mit Praktikern und mit den Pädagogischen Hochschulen abgestimmt.

Das Konzept, die Lehrpläne, alles, was damit zu tun hat, ist entwickelt worden von Lehrern und Lehrerinnen, von Schulleitern,

(Abg. Zeller SPD: Unglaublich!)

von Leuten der Praxis, und das Konzept ist mit den Pädagogischen Hochschulen abgestimmt. Das gilt besonders für das Fortbildungsprogramm. Sie wissen, dass 2004 der erste Jahrgang von den Pädagogischen Hochschulen kommt, der das Euregio-Lehramt studiert hat, also eine besondere Qualifikation besitzt.

Wenn es uns von der Qualifizierung und von den Ressourcen – in der Kabinettsvorlage sind 1 600 Lehrerstellen erhalten; sie ist auch genehmigt worden – her möglich ist, schon 2003 weiterzumachen, werde ich aus dem Jahr 2004 kein Dogma machen. Aber ich halte für zentral bedeutsam, dass wir am Konzept keine Abstriche machen,

(Abg. Rau CDU: Das ist richtig!)

dass wir nicht statt eins drei sagen oder statt zwei Stunden eine Stunde, dass wir nicht sagen, ein bisschen weniger qualifiziert sei auch in Ordnung, sondern diese Qualitätsmerkmale des Konzepts müssen erfüllt sein, wenn Fremdsprachenunterricht an den 2 500 Grundschulen stattfinden soll. Das ist der Zeitplan.

Ich bin ja auch schon einmal in öffentlichen Veranstaltungen. Ich finde es nachvollziehbar, dass Eltern fragen: Könnte es nicht schneller gehen? Ich erlebe aber in jeder Veranstaltung, dass das dann, wenn wir das Konzept erläutern, wenn wir erläutern, was es jetzt an Grundschulen an Möglichkeiten gibt und warum bestimmte Schritte getan werden, auf eine breite Akzeptanz stößt. Deshalb möchte ich herzlich bitten, dass wir jetzt nicht an den Qualitätsmerkmalen und an der Vorstellung, in die dritte Klasse zu gehen, herummachen. Das hat die Kultusministerkonferenz vor 15 Jahren einmal empfohlen. Aber wer im Jahre 2000

eine solche Weiche stellt, der sollte sich nicht mit Empfehlungen des letzten Jahrhunderts beschäftigen, sondern das tun, was jetzt notwendig ist. Es hat seinen tiefsten Grund gar nicht in theoretischen Überlegungen, sondern beruht auf Erfahrungen aus 30 Jahren, dass es, je jünger die Kinder sind, umso besser geht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort für eine kurze Redezeit erteile ich Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Frau Dr. Schavan, wenn Sie schon darüber reden, in welchem Jahrhundert man welche politischen Weichenstellungen trifft, hätte mich doch interessiert – ich habe ausdrücklich danach gefragt –, wie Sie die Ressourcen für Ihr Modell bereitstellen wollen, denn damit steht und fällt die flächendeckende Einführung des Fremdsprachenunterrichts an der Grundschule in Baden-Württemberg. Ich habe vorhin die Probleme aufgezeigt

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und will sie nicht wiederholen. Aber wenn Sie diese Antwort schuldig bleiben, fällt das gesamte Konzept in sich zusammen.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Die Antwort können Sie gerne noch einmal bekommen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Ich habe die Frage eben schon beantwortet, aber ich kann die Antwort gerne noch ergänzen; vielleicht wird es dann klarer.

In der Kabinettsvorlage sind 1 600 Lehrerstellen vorgesehen. Lehrerstellen, die den jetzigen Doppelhaushalt betreffen, sind veranschlagt. Die weiteren Lehrerstellen werden in den künftigen Doppelhaushalten zu veranschlagen sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Christine Rudolf SPD: Allein der Glaube!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4725, ist ein Berichtsantrag. Er kann wohl aufgrund der heutigen Debatte für erledigt erklärt werden. – Es ist so beschlossen.

Ich gehe davon aus, dass der Antrag Drucksache 12/5560 an den zuständigen Ausschuss zu überweisen ist.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen abstimmen!)

– Es soll abgestimmt werden.

(Präsident Straub)

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/5560, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war wie immer knapp!)

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die großzügige Verteilung nicht vorhandener Gelder aus der Landesstiftung durch die Landesregierung – beantragt von der Fraktion der SPD**

Meine Damen und Herren, es gelten die üblichen Redezeiten: 50 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Ich darf Sie bitten, diese Redezeiten einzuhalten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir am Dienstag hier in Baden-Württemberg erlebt haben, war das groteske Finale einer Summe von Fehlentscheidungen. Das groteske Finale bestand in dem einmaligen Vorgang, dass eine Landesregierung und die sie tragenden Parteien Gelder verteilen, die sie noch gar nicht haben, und mit einem Füllhorn durch das Land ziehen und Beglückungsaktionen für alle möglichen Institutionen ankündigen, ohne zu wissen, ob diese Versprechungen eingelöst werden können.

Es ist jedem Betrachter der politischen Szene bekannt, dass dies zumindest vonseiten eines Teils der CDU-Fraktion mit großem Unbehagen begleitet wird. Deswegen will ich diesen ganzen Vorgang in seinen Abläufen noch einmal beleuchten.

(Abg. Winckler CDU: Von welchen CDU-Teilen reden Sie?)

– Oh Herr Kollege, wir kennen uns alle gut.

Am Beginn stand die erste Fehlentscheidung des Ministerpräsidenten Teufel: die Fehlentscheidung, die Anteile des Landes Baden-Württemberg an der EnBW an das französische Monopolunternehmen EdF zu verkaufen. Es hätte Alternativen gegeben. Der Ministerpräsident hat sich mit seiner bekannten Sturheit über alle Bedenken hinweggesetzt. Ich will Sie daran erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen – das können Sie nachlesen –, dass ich und andere bereits damals in der Debatte zu diesem Verkauf auf die erheblichen kartellrechtlichen Risiken bei einer solchen Entscheidung hingewiesen habe.

Das hat Herrn Teufel allerdings nicht interessiert. Ganz offensichtlich hat man in dieser Frage nur einem vertraut, nämlich Herrn Goll. Wie ich lerne, ist aus der Sicht unseres Ministerpräsidenten dort die gesamte historische Weltsicht und europäische Entscheidungsgewalt verankert. Denn anders kann man zu solchen Entscheidungen, wie sie der Ministerpräsident getroffen hat, nicht kommen.

In der Folge kam dann die zweite Fehlentscheidung. Man hat entschieden, dass man Gelder, wenn man sie denn bekommt, nicht dazu verwendet, um die Schulden des Landes Baden-Württemberg herabzusetzen und damit die Haushaltsspielräume des Landes seriös zu erweitern, wie dies beispielsweise die Bundesregierung auf Bundesebene tut. Ich will das deutlich sagen. Auch Herr Eichel oder Herr Stoiber – die Bayern haben ja auch eine solche Transaktion durchgeführt – hätten ja auf die Teufel'sche Vorstellung kommen können, das Geld in irgendeiner Stiftung zu verbrennen, anstatt die Schulden zu senken. Merkwürdigerweise ist weder der bayerische Ministerpräsident noch der Bundesfinanzminister auf diese Idee gekommen. Da geht man den seriösen Weg und vermeidet solche Konstruktionen. Der Bundesfinanzminister hätte Ihnen, Herr Finanzminister, eigentlich als Vorbild dienen sollen, nachdem er die Erlöse beispielsweise aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen voll in den Schuldenabbau eingestellt hat und notwendige Infrastrukturvorhaben in der Tat nur über Zinssparnisse fördert.

An diesem Beispiel können Sie übrigens schon etwas sehr Entscheidendes erkennen: Während der Bund über seine Zinssparnisse dringend notwendige Infrastrukturvorhaben in seinem Kernhaushalt in Angriff nimmt, vor allem im Bereich des Verkehrs, können Sie, obwohl wir in Baden-Württemberg genau dieselben Probleme haben, dies nicht tun, weil Sie durch Ihre absurde Stiftungslösung gezwungen sind, neue Aufgaben zu erfinden, anstatt Ihre Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dies kennzeichnet die finanzpolitische Unseriosität, die hinter diesem Vorgang steckt. Wir haben in Baden-Württemberg die Situation, dass das Land in Kernbereichen der Landespolitik seiner Aufgabe und seinen Verpflichtungen nicht genügt. Bei uns fällt Schulunterricht aus, und zwar auch im Pflichtstundenbereich. Das ist bekannt. Wir haben riesige Defizite bei der Verkehrsinfrastruktur. Hier wird eine Debatte über die Investitionsprogramme des Bundes im Fernstraßenbereich geführt, die etwas mit Versäumnissen in den letzten 16 Jahren zu tun haben. Aber es wird natürlich peinlich verschwiegen, dass sich kein Infrastrukturbereich in einem derart miserablen Zustand befindet wie die Landesstraßen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man in einer solchen Situation, in der man seine Hausaufgaben nicht mehr macht und nicht mehr machen kann, anstatt möglicherweise zufließende Gelder in den Überlegungen auf Schule und auf fehlende Infrastruktur in Baden-Württemberg zu konzentrieren, einen neuen Gabentisch aufstellt, weil man glaubt, dass man damit Wahlkampfspeck suchende Mäuse bedienen kann, dann zeigt man in der Tat, dass man zu einer seriösen Finanzpolitik nicht mehr fähig ist.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss der ersten Runde, Herr Präsident; ich bin ja gewarnt.

(Maurer)

Zum Schluss, Herr Finanzminister – mit der Bitte, das auch an Herrn Teufel weiterzureichen –: Ich finde es unglaublich fahrlässig, ungedeckte Wechsel auszustellen in einer Situation, in der kein Mensch weiß, wie Brüssel entscheiden wird, mit welchen Auflagen entschieden wird, welche weiteren Verhandlungsprozesse möglicherweise durch diese Auflagen ausgelöst werden, was das für den Unternehmenswert bedeutet, der veräußert worden ist, was das auch für die Strategie der EdF bedeutet. Das alles wissen Sie nicht. Über eine solche Situation sehr genau Bescheid wissend in bornierter Sturheit den eigenen Fahrplan durchzuziehen, das bringt in der Tat nur Herr Teufel fertig, aber das ist nicht zum Nutzen dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lieber Herr Kollege Maurer, wenn morgen der Bauauftrag erteilt werden würde, wenn morgen die Umsetzung der Planung in Form von Auftragsvergabe für Hochbau, für Tiefbau, für Multimedia beginnen würde, dann hätten Sie Recht. Dann wäre in der Tat etwas ausgegeben, bevor man das Vermögen umgeschichtet hat. Aber genau dies tun wir nicht.

Ihre Überschrift über die heutige Aktuelle Debatte ist falsch. Es geht nicht um „die großzügige Verteilung nicht vorhandener Gelder“,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber um das großzügige Versprechen! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber um das politische Verfahren!)

sondern es geht um Investitionsplanung im Zuge einer Vermögensumschichtung. Bargeld ist in der Tat noch nicht da, aber Vermögen in Milliardenhöhe. Baden-Württemberg verfügt über ein Vermögen in Form von Energieaktien, für das uns die EdF 4,7 Milliarden DM zu zahlen bereit ist und das laut Aktienmarkt, laut Börsenkurs derzeit einen Wert von etwa 3,8 Milliarden DM darstellt. Das heißt, wir haben ein milliardenschweres Vermögen, wir haben uns entschieden, dieses umzuschichten und daraus eine neue Entwicklung für Energie Baden-Württemberg abzuleiten.

Nun kann man darüber streiten, ob das öffentlich-rechtliche Unternehmen EdF der richtige Partner ist. Dazu habe ich auch meine eigene Meinung,

(Zuruf von der SPD: Eben!)

aber darum geht es heute gar nicht. Dieses Vermögen ist jedenfalls mindestens 3,8 Milliarden DM, möglicherweise 4,7 Milliarden DM wert.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ein Konjunktivprogramm!)

Es soll nicht beim Land bleiben, es soll umgeschichtet werden. Deshalb ist die Planung, die Vorbereitung von Investitionen für Berufsakademien, für Fachhochschulen, für Multimedia mit einem Nachtrag im nächsten Jahr, für den der Landtag in vollem Umfang in Verantwortung steht,

meines Erachtens nicht mehr als recht und billig, nicht mehr als perspektivische Landespolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wie der Konjunktiv zum Realis!)

Wie wird der Ablauf sein? Sobald das Geld eingeht, sobald der Vertrag ohne oder mit Auflagen genehmigt ist, wird ein Nachtrag vorbereitet. Dieser wird dem nächsten Landtag vorgelegt. In diesem Nachtrag stehen die Zwecke drin. Die Rechnung sieht dann so aus: 4,7 Milliarden DM Geldeingang, anteilige Schuldentilgung 850 Millionen DM, bleiben 3,85 Milliarden DM netto frei. Wir wollen nicht, dass der baden-württembergische Bürger daraus Steuern in andere Bundesländer zahlen soll, deswegen die Lösung mit der Landesstiftung gGmbH. Ich respektiere Ihre Argumente dagegen; sie sind nicht neu. Wir halten unsere für die besseren und haben deswegen diese Konstruktion gewählt. Aus den verbleibenden 3,85 Milliarden DM werden wir 1 100 Millionen DM für die genannten, offen gelegten, gründlich bedachten Zwecke bereitstellen. Dann bleibt immer noch ein Restvermögen von mindestens 2,7 Milliarden DM. Darum geht es.

Warten wir einmal ab. Die vorgesehenen Zwecke sind, glaube ich, unstrittig. Nur Frau Vogt windet sich noch. Die genannten Zwecke bilden allgemeine Schwerpunkte unserer Landespolitik. Warten wir ab, was die EU-Kommission im Februar sagt.

Jetzt gehe ich mit Ihnen einmal ganz konkret die drei theoretisch möglichen Entscheidungen der Kommission durch.

Erste mögliche Entscheidung: Genehmigung ohne Auflagen. In diesem Fall wird im Herbst 2001 im Rahmen eines Nachtragshaushalts über all die Zwecke demokratisch entschieden, die wir angekündigt haben. Dafür werden und können wir auch bei der Landtagswahl um die Mehrheit der Bevölkerung für die CDU und ergänzend die FDP/DVP werben.

Zweite Möglichkeit: Es kommt zu Auflagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Fall werden die Auflagen aber nicht dem Land, sondern den beiden Vertragspartnern, EdF und EnBW, den künftigen Kooperationsunternehmen, gemacht. Ich gehe davon aus, dass diese Auflagen erfüllbar sein werden. Ich sage eindeutig: Hier ist Herr Goll in der Pflicht. Hier sind die Investmentbank, Herr Goll und die EdF in der Pflicht. Ich gehe davon aus, dass diese Auflagen erfüllbar sein werden und die Kooperation der beiden Unternehmen möglich wird.

Drittens: Jetzt spreche ich die Frage an – nicht weil ich dies vermute, sondern um die Karten ganz auf den Tisch zu legen –: Was wäre, wenn die EU-Kommission den Verkauf nicht genehmigt? In diesem Fall hätte das Land dennoch ein Aktienvermögen mit einem Wert zwischen 3,8 Milliarden und 4,7 Milliarden DM. Es bedürfte dennoch einer Vermögensumschichtung. Dann würde es unter Umständen eine andere Konstruktion oder gar einen anderen Käufer geben.

(Oettinger)

Jedenfalls: Das Land erhält im nächsten Jahr auf jeden Fall einen Betrag, der zwischen 3,8 Milliarden und 4,7 Milliarden DM liegt. Deswegen ist in Vorbereitung für einen Nachtragshaushalt im Herbst nächsten Jahres die Verwendung von 1,1 Milliarden DM davon angekündigt – nicht mehr und nicht weniger als vorausschauende, offen gelegte Landespolitik mit Perspektive, eine Verwendung für richtige Zwecke.

Wir halten die von Ihnen beantragte Aktuelle Debatte für abwegig und Ihre Argumente für eher plump.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Erdrich-Sommer.

**Abg. Marianne Erdrich-Sommer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Oettinger fragt: Was ist dabei, wenn wir jetzt planen und vorbereiten, wie wir das Geld aus dem hier beschlossenen Verkauf verwenden, einem Verkauf, der gegen unsere Stimmen erfolgt ist, und über eine Konstruktion, die wir immer für falsch gehalten haben? Aber Sie gehen einen Schritt weiter: Sie verteilen die Gelder bereits. In der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Zeitung“ steht ganz groß: „Stuttgart erhält 106 Millionen DM aus der Zukunftsoffensive“. Da steht nicht, das sei alles noch sehr fraglich, das sei alles noch nicht ganz sicher. Vielmehr heißt es dort, Stuttgart erhalte diese Mittel für seine Forschungsinstitute.

Dabei ist die entscheidende Frage – sie besteht, seitdem wir über dieses Thema diskutieren –: Fließen die Erlöse aus dem Verkauf der Landesanteile an der EnBW tatsächlich in dieser Höhe? Oder sagt der Wettbewerbskommissar in Brüssel: „Nein, so geht es nicht, wir machen Auflagen“ oder „Wir genehmigen nicht“?

(Abg. Kluck FDP/DVP: Aber wir können doch trotzdem verkaufen!)

Die Landesregierung hat zu Beginn dieser Diskussion gesagt, die Vorprüfung sei erfolgt, es gebe keinen Zweifel, die Genehmigung bestehe. Dann kommt erstaunlicherweise eine vertiefte Prüfung bis zum 15. Februar.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist aber auch nicht ungewöhnlich, Frau Kollegin!)

Auch diesbezüglich reagieren Landesregierung und CDU mit der Bemerkung: Gar nicht ungewöhnlich, kein Zweifel, Geld kommt. Das erstaunt schon ein bisschen, wenn man sich die Fakten wirklich anschaut.

Da gibt es eine EU-Richtlinie, nach der Unternehmen aus abgeschotteten Märkten – um einen solchen handelt es sich beim Strommarkt in Frankreich – keinen Zugang zu liberalisierten Märkten haben. Dann kommt die EdF, die als Staatsunternehmen kein Interesse daran hat, dass die Liberalisierung des Strommarkts in Frankreich wirklich durchgesetzt wird, auf die Idee: Wir kaufen uns in den liberalisierten deutschen Markt ein – quasi als Türöffner.

Meine Damen und Herren, in Brüssel sitzt ein Wettbewerbskommissar Monti, der sein Amt nach allen Regeln

sehr ernst nimmt. Wenn man dies weiß, muss man sich diese Vorbedingungen einmal auf der Zunge zergehen lassen. Dass Herr Monti sein Amt sehr ernst nimmt, heißt doch: Er nimmt die Richtlinien nicht nur nach ihren Buchstaben, sondern auch nach ihrem Geist ernst. Wenn er dies tut, wird diese Richtlinie schon zu ganz gewaltigen Einschnitten bei diesem Verkauf führen, wenn sich Frankreich nicht sehr schnell bewegt. Dafür gibt es im Moment aber keine Anzeichen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! Genau so ist es!)

Man kann jetzt in der Zeitung lesen, dass der Ministerpräsident zu seinen Aussagen – es bestehe gar kein Zweifel, es sei alles normal, es werde alles durchgehen – kommt, weil er so vertrauensselig war, sich auf Aussagen von Herrn Goll zu verlassen, und dass die erste Besprechung, die Vorprüfungen mit Brüssel von der EdF geführt worden sind. Dazu kann ich nur sagen: Man kann auch den Bock zum Gärtner machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, meine Damen und Herren, wäre aber nicht das Problem, wenn nicht auch schon die Früchte aus diesem Garten verteilt werden würden, bevor man nachgeschaut hat, ob der Bock den Garten denn tatsächlich noch bestellt hat oder ob alles verwüstet ist. Da wird das Ganze grotesk.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Dabei hätte der gesunde Menschenverstand schon einiges klären können. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten des französischen Staates, keine Öffnung zuzulassen, und der Genehmigung des Marktzugangs eines Staatsunternehmens. Dass das Probleme gibt und dass dies eine ernste Lage ist, wäre mit etwas Nachdenken schon klar geworden.

Wenn man sich auf seinen Verstand nicht mehr so richtig verlassen kann, genügt auch ein Telefonat mit der EU-Kommission. Wenn schon mir als einfacher Abgeordneter ein solches Telefonat Aufschluss über den Ernst der Lage gibt, müsste dies einem Ministerpräsidenten und seinen diversen Ministern doch erst recht möglich sein.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der kann alles außer Französisch!)

Dort wird eindeutig gesagt, dass vor dem 15. Februar 2001 keinesfalls eine Entscheidung getroffen wird, dass es ernsthafte Einwendungen wegen der Wettbewerbsverzerrungen gibt und dass mit Auflagen zu rechnen ist.

Meine Damen und Herren, wenn sich ein Beamter erlauben würde, so zu arbeiten – und da kenne ich mich nun einmal aus –,

(Abg. Döpper CDU: Oh!)

dann würde man sagen: Der hat nicht sorgfältig gearbeitet. Ich kann nur sagen, der Herr Ministerpräsident hat seine Sorgfaltspflicht aufs Heftigste bei einer Entscheidung verletzt, die tatsächlich eine ganz wichtige und finanzpolitisch

(Marianne Erdrich-Sommer)

zukunftsweisende Entscheidung ist und die uns noch sehr viele Probleme machen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Auf weitere Aspekte werde ich in der zweiten Runde eingehen.

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Debatte heißt: „Die großzügige Verteilung nicht vorhandener Gelder aus der Landesstiftung durch die Landesregierung“. Man kann alle beruhigen. Dieses Thema suggeriert, das Geld sollte schon jetzt verteilt werden, obwohl es noch nicht da ist. Dies wird nicht geschehen; Herr Oettinger hat es schon gesagt.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Ihr habt es doch schon gemacht!)

Es ist aber sehr wohl der richtige Zeitpunkt, zu diskutieren, wofür es denn ausgegeben werden sollte, wenn es kommt, ob nun von der EdF oder von jemand anderem.

(Abg. Drexler SPD: Von Deutschland! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Wenn wir das nicht rechtzeitig machen würden, würde die Opposition natürlich den Vorwurf erheben, man würde mauern

(Zuruf von der SPD: Nichts gegen unseren Fraktionsvorsitzenden!)

und die Diskussion nicht ermöglichen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich halte es, gerade wenn es um eine Zukunftsoffensive geht, für richtig, sich in der Landesstiftung, an der die Opposition ja auch beteiligt ist,

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

sehr frühzeitig genau zu überlegen, was man mit diesen 1,1 Milliarden DM denn sinnvollerweise machen sollte. Ich finde, das ist richtig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens ist dazu zu sagen: Die Diskussion wird natürlich auch Fragen aufwerfen, zum Beispiel: Warum kann man aus diesen 1,1 Milliarden DM keine Gelder für den Denkmalschutz zur Verfügung stellen? Wenn man den Denkmalschutz stärker fördern wollte, um einmal dieses Beispiel zu nehmen, könnte man es aus diesen Mitteln nehmen oder im Haushalt größere Beträge dafür einsetzen, denn eines ist klar: Wer wissen will, wo er ist und wohin er geht, der muss wissen, woher er kommt.

(Zuruf von der SPD: Vor allen Dingen, wo er wohnt! – Abg. Drexler SPD: Vom Mond! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war Plotin!)

Das hat auch mit Denkmalschutz in unseren Städten etwas zu tun, weil man nämlich nicht nur Neues bauen darf, sondern auch Bausubstanz erhalten muss.

Um noch einmal deutlich zu machen, wie wenig ehrlich die Diskussion ist, mache ich darauf aufmerksam, dass die SPD im Januar dieses Jahres im Finanzausschuss den ersten Vorschlag für die Verteilung dieser Gelder gemacht hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas verwundert, wenn ich jetzt den Kollegen Kiel hier höre.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wundert uns nicht!)

Vor viereinhalb Jahren, als er noch in der Opposition war, hätte er bei einem solchen Vorgang mit Sicherheit das HB-Männchen des Landtags gespielt und hätte von unseriösem Verhalten der Landesregierung und allem Möglichen gesprochen. Ein solcher Sinneswandel ist wohl durch Regierungsbeteiligung möglich. Das hätte man vorher nie geglaubt.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Landesregierung will jetzt – darüber müssen wir uns im Klaren sein – den letzten großen Privatisierungserlös über das Land streuen. Die EU-Wettbewerbsbehörden unterziehen den Verkauf des Landesanteils an der EnBW einer kartellrechtlichen Prüfung. Ich glaube, keiner kann absolut voraussagen, was dabei herauskommt. Man hat aber, wenn man in den letzten Wochen die Aussagen des Ministerpräsidenten und des Finanzministers verfolgt hat, das Gefühl, dass die Landesregierung davon ausgeht, es handle sich nur noch um eine Formalie und dann sei alles in Ordnung. Ich glaube nicht, dass das so ist, weil es einfach nicht sein kann, dass sich ein Monopolist des freien Markts bedient, aber der freie Markt sich des Monopolisten nicht bedienen darf. Das wird Prüfungen in Europa nach sich ziehen. Damit müssen Sie dann auch alle einverstanden sein. Sie wollten dieses Europa, und Sie haben jede nationale Souveränität abgegeben.

(Beifall bei den Republikanern)

Jetzt müssen Sie mit dem leben, was Sie in Maastricht und sonst wo anrichtet haben.

Aber es tauchen noch ganz andere Fragen auf, solange das Verfahren offen ist. Wie wir in den letzten Wochen mitbekommen haben, werden Kernkraftwerke besetzt. Diese sind nicht in der Lage, ihren Atommüll abzutransportieren. Möglicherweise müssen in Kürze Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Da frage ich mich: Ist denn einem Käufer, der eine Beteiligung kauft, die Kernkraftwerke einschließt, diese noch den vollen Kaufpreis wert, wenn er weiß, dass er Anlagen, die er mit erwirbt, letzten Endes gar nicht nutzen kann, weil Rote und Grüne demonstrieren, wo sie nur demonstrieren können?

(Rapp)

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ein Schwachsinn!)

Das ist schon eine Frage, die Sie sich einmal stellen müssen. Dann kann es ganz schnell dazu kommen, dass wir ein paar Hundert Millionen bei Nachverhandlungen einbüßen und dass nicht der erhoffte Geldsegen eintritt, den man sich jetzt so sehr wünscht, um vor der Wahl noch die eigene Klientel befriedigen zu können und in jedem noch Hoffnungen zu wecken und darauf zu setzen, dass die Wahrheit vielleicht erst nach der Wahl herauskommt. Dann wird so manches auf uns zukommen, was vielleicht jetzt dem Einzelnen gar nicht recht wäre.

Meine Damen und Herren, mit der großzügigen Verteilung des erhofften Erlöses für die EnBW-Landesanteile wollen sich CDU und FDP/DVP ganz einfach die Wiederwahl als Regierungsfraktionen sichern. Deshalb eilt es doch so bei ihnen. Wir Republikaner haben in der Vergangenheit gefordert, vermögenserhaltende Maßnahmen vorzunehmen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Wir wollen dieses Vermögen – zunächst einmal 1,1 Milliarden DM, später mehr, Richterskala nach oben offen – jetzt nicht verteilen, sondern wir möchten es entweder zur Schuldentilgung des Landes einsetzen oder in der Stiftung erhalten sehen und den Zinsgewinn jährlich für gemeinnützige Dinge verwenden, die wir für richtig halten.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Maurer, wir können natürlich auch nicht immer, so wichtig das ist, in Schule und Lehrpersonal investieren, denn dort entstehen Folgekosten, die wir jetzt noch gar nicht überblicken können. Auch hier müssen wir Maß halten und nicht der Regierung Klienteldenken vorwerfen und dann selber welches praktizieren. Das sollte man alles sehr sorgfältig beachten.

Ich sage Ihnen: Die Diskussion um diese Erlöse wird uns noch länger begleiten, als wir glauben, weil einfach die Rahmenbedingungen im Moment nicht so sind, dass man von einem reibungslosen Verkauf mit einer formalen Zustimmung der EU und der Aussage „Jetzt macht mal schön, was ihr wollt“ rechnen kann, sondern wir höchstwahrscheinlich noch ganz schön rudern müssen, um das, was Sie wollen, unter Dach und Fach zu bringen.

Wir Republikaner sind ja immer davon ausgegangen, dass die Stromproduktion, die Energieproduktion, wenn sie auch im Privatrecht laufen, eine Art hoheitliche Aufgabe ist, die das Land für sich leisten muss und die man nicht an andere Länder verkaufen oder delegieren kann, sondern dass das eine Grundaufgabe ist, die wir für unsere Bürger bewältigen müssen. Da sind Sie anderer Meinung. Dieser Mehrheit müssen wir uns beugen. Aber wenn das schon so ist, sollte man doch versuchen, eine recht ehrliche Politik zu betreiben, und jetzt nicht überall hingehen und, bevor der Verkauf rechtlich abgesichert ist, Geld verteilen, dem und jenem etwas geben, da und dort eine Hoffnung wecken. Vielleicht schaffen Sie es auch taktisch, dass Sie damit über den 25. März 2001 kommen. Aber ich denke, Sie sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

Mehr in der zweiten Runde. Vorläufig ist meine Zeit abgelaufen. Aber ich habe ja noch einmal fünf Minuten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Nagel SPD: Nicht nur vorläufig!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist vieles gesagt worden, was richtig gestellt werden muss. Heute Morgen ist über Hochhuth und Goethe gesprochen worden. Bei dem, was die Opposition jetzt gesagt hat, ist mir ein Goethe-Wort eingefallen: „O glücklich, wer noch hoffen kann, aus diesem Meer des Irrtums aufzutauchen.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Was Sie nämlich gesagt haben, war zu einem großen Teil einfach falsch.

(Abg. Maurer SPD: Haben Sie das aus der Sekundärliteratur? – Heiterkeit)

– Herr Maurer, Sie wissen anscheinend nicht, dass „Faust“ Primärliteratur ist. Das ist direkt aus dem „Faust“.

(Abg. Maurer SPD: Ich frage, wo Sie es gelesen haben!)

Es gab bewusste Fehlinformationen von Ihnen, Herr Maurer, und Falschinformationen der Vertreterin der Grünen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Faust im Nacken!)

Ich möchte einiges zurechtrücken.

Es ist keine Frage, dass der Kaufpreis erst fließt, wenn die Europäische Kommission das kartellrechtliche Verfahren abgeschlossen hat. Nun ist schon einige Male gesagt worden, dass hier einige Bedingungen genannt und diskutiert worden seien. Offizielle Bedingungen gibt es noch gar keine. In einem solchen Verfahren werden alle gefragt, was sie davon halten, zum Beispiel die betroffenen Länder – die haben zum Teil Einsprüche eingelegt –, zum Teil auch die Konkurrenz. Sie können sich natürlich vorstellen, dass die Konkurrenz, die etwas dagegen hat, viele, viele Gründe findet, warum sie gegen dieses Kartellverfahren und seinen positiven Abschluss ist.

Es sind hier Punkte genannt worden, zum Beispiel, es müssten die Kupplungen, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen und die zu 50 % von der EnBW kontrolliert werden, für alle zur Verfügung stehen. Das tun sie schon lange. Das ist reiner Theaterdonner. Es ist gesagt worden, man müsse sich von der Watt trennen. Das ist in der Zwischenzeit auch erfolgt. Ein Problem ist tatsächlich noch die VEAG. Darüber wird zu diskutieren sein.

Die nächste Behauptung, der französische Markt sei nicht geöffnet, sei abgeschottet, ist schlicht und einfach falsch.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber nur 30 %!)

(Minister Stratthaus)

– Moment, der deutsche Markt ist in der Tat der offenste in der ganzen EU. Die Franzosen befinden sich durchaus in der Mitte. Warum ist der deutsche Markt so offen? Weil ein liberaler Wirtschaftsminister, Rexrodt, das damals gegen die Grünen und gegen die SPD durchgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Warum tut sich der französische Markt so schwer mit der Öffnung? Weil dort die Kommunisten zu viel zu sagen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Maurer SPD: Ah!)

Das soll eine Warnung an all die sein, die zu eng mit der PDS zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der französische Markt

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr, wirf Hirn vom Himmel! Das ist ja unglaublich!)

wird für alle, die mehr als neun Gigawattstunden verbrauchen, ab 1. November international offen sein. Dies sind ca. 34 %. Das ist mehr als in einigen anderen Ländern, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist falsch!)

– Nein, das ist nicht falsch. Das muss jetzt einfach einmal festgestellt werden.

Im Übrigen, Herr Salomon, Ihre Arroganz in Bezug auf das Französischsprechen und den Ministerpräsidenten! Zunächst einmal: Sind Sie der Meinung, dass bei der EU nur französisch gesprochen wird? Ich hoffe, dass die Deutschen auch etwas zu sagen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Was soll das?)

Im Übrigen ist Herr Monti Italiener, und der zuständige Generaldirektor ist Baden-Württemberger.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber Sie sind hier nicht im Gemeinderat von Schwetzingen! Wo sind Sie eigentlich?)

– Im Gemeinderat von Schwetzingen hätte es solche unverschämten und dümmlichen Bemerkungen, wie Sie sie in Bezug auf das Französischsprechen gemacht haben, nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen!)

– Wenn das kleine Karo ist, dann bestehen Sie aus Pepita.

Das Nächste ist die Verwendung der Veräußerungserlöse. Es fließen uns 4,8 Milliarden DM zu.

(Abg. König REP: So Gott will! – Abg. Rapp REP: So Monti will!)

– Die fließen uns zu. Es gibt überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln.

(Lachen bei der SPD und den Republikanern)

– Es gibt überhaupt keinen Grund. Sie werden sehen: Es gibt keinen rechtlichen Grund. Die Bedingungen werden erfüllt. Das Geld fließt uns zu: 4,8 Milliarden DM. 0,9 Milliarden DM werden zur Schuldentilgung verwendet, 1,1 Milliarden DM für eine Zukunftsoffensive, 2,8 Milliarden DM bleiben dann in einer Stiftung.

Herr Maurer, Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass Eichel und Stoiber das Stiftungsmodell nicht gewählt hätten. Ich finde, dies ist schon eine üble Missinformation der Bevölkerung.

(Abg. Maurer SPD: Das ist die Wahrheit!)

Denn weder Eichel noch Stoiber hatten die Probleme der Steuerverstrickung. Wir haben es bei der LEG nicht gemacht und haben es auch bei der Versicherung nicht gemacht, als es nicht notwendig war. Es ist doch eine Tatsache, meine Damen und Herren, dass unsere Opposition 2 Milliarden DM, die Baden-Württemberg gehören, an die anderen Länder verschenken will! Anders kann ich das nicht mehr verstehen.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Das ist doch unglaublich!)

Es darf doch einfach nicht wahr sein, dass Sie in der heutigen Situation, in der wir schon 4 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich zahlen, noch 2 Milliarden DM nachschieben, weil Sie angeblich damit Schulden tilgen wollen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Unsere Lösung war die richtige.

Im Übrigen: Wir haben, als wir diese Zukunftsoffensive zusammengestellt haben, festgestellt, dass es überhaupt keine Probleme gibt, sehr dringliche, sehr vernünftige Objekte und Projekte zu finden, die der Gemeinnützigkeit entsprechen und für Baden-Württemberg notwendig sind. Durch die Zukunftsoffensive wird zum Beispiel ein ganz großer Teil Bauinvestitionen finanziert werden. Das sind Bauinvestitionen, die sonst vielleicht später aus dem normalen Haushalt zu finanzieren gewesen wären.

Im Übrigen bekommen wir weitere 400 Millionen DM Komplementärmittel für diese Zukunftsoffensive vom Bund. Es sind also sogar 1,5 Milliarden DM, über die wir reden.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Und da wollen Sie Steuern zahlen und Schulden zurückzahlen? So etwas verstehe ich nicht!

Allein die 2 Milliarden DM, die wir mehr haben als bei der von Ihnen vorgeschlagenen Lösung und die wir für den Haushalt verwenden können, bringen mehr als das, was bei

(Minister Stratthaus)

Ihnen übrig bleiben würde, wenn Sie Schulden tilgen würden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber bei den UMTS-Milliarden wollten Sie wieder Geld haben!)

– Das ist doch eine ganz andere Sache gewesen. Sie haben die Zusammenhänge wirklich nicht kapiert.

(Abg. König REP: Dr. Salomon ist ein Bildungspolitiker!)

Bei den UMTS-Erlösen geht es doch einfach darum, dass unsere Unternehmen belastet sind, geringere Gewinne erwirtschaften und gerade in Baden-Württemberg weniger Körperschaftsteuer anfällt. Herr Eichel wird das ganze Geld einnehmen, und die Steuerausfälle sind bei den Ländern. Das ist doch einfach nicht in Ordnung. Aber ich habe das Gefühl, Sie freuen sich auch noch darüber, dass das Land Baden-Württemberg so geschädigt ist.

Nun das Nächste: Wir werden in einem Nachtragshaushalt – darüber ist schon gesprochen worden – die Zukunftsoffensive veranschlagen. Es ist schon einige Male gefragt worden, warum wir das jetzt schon bekannt geben. Schlicht und einfach deswegen, weil in der Zwischenzeit so viel in der Öffentlichkeit spekuliert worden ist, was mit diesem Geld gemacht werden würde, dass es höchste Zeit war, dass die Koalitionsfraktionen einmal gesagt haben, was tatsächlich damit gemacht wird.

(Abg. Maurer SPD zur Pressetribüne: Ihr seid schuld da oben!)

– Ja. – Jetzt geht es noch weiter. Vorhin hat Herr Kiel beim Hinausgehen eine Andeutung gemacht, und Herr Maurer hat den Kopf geschüttelt. In der Tat, Herr Maurer: Sie haben schon ein Jahr vor uns die Erlöse verteilt.

(Widerspruch des Abg. Maurer SPD)

– Ja, ja, jetzt lassen Sie mich mal. – Sie haben nämlich am 12. Januar 2000

(Abg. Oettinger CDU: Einen Haushaltsantrag gestellt!)

einen Haushaltsantrag gestellt. Dabei haben Sie die EnBW verkauft. Sie haben die Baden-Württembergische Bank verkauft, Sie haben die Gasversorgung verkauft und, was das Größte war, Sie haben auch noch die Sächsische Aufbaubank verkauft, die uns gar nicht gehört.

(Heiterkeit bei der CDU, der FDP/DVP und den Republikanern)

Dies alles haben Sie verkauft, obwohl es überhaupt noch keine Verträge, keine Diskussionen gab. Den vollen Verkaufserlös haben Sie virtuell eingestellt, damit Schulden getilgt und haben rückwirkend zum 1. Januar bereits weniger Zinsen gezahlt, und aus den gesparten Zinsen haben Sie Ihre Haushaltsvorschläge finanziert.

(Vereinzelte Beifall – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die Wahl, ob Sie das als unseriös oder als unfähig bezeichnen wollen. Es sind wirklich Voodoo-Economics,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Was? Voodoo-Economics?)

wenn man Geld, das man noch nicht einmal in Zukunft haben wird, rückwirkend verteilt. Hier liegt Ihr Antrag vor: Sie haben bereits vor einem Jahr das Geld verteilt. Also, das ist wirklich der Gipfel des Ganzen.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, einige Dinge klarzustellen. Es stimmt einfach nicht, dass der französische Markt abgeschottet sei.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

– Nein, er ist nicht abgeschottet.

(Abg. Drexler SPD: Lesen Sie einmal den EU-Bericht!)

– Er ist – ich muss das für Sie noch einmal wiederholen – abgeschotteter als der deutsche,

(Abg. Drexler SPD: Lesen Sie den EU-Bericht!)

weil die Liberalen den deutschen Markt geöffnet haben – gegen Ihren Willen! Das muss ich immer wieder sagen. Da ist er abgeschotteter, aber nicht im Vergleich zu anderen Ländern.

Ich bin der Meinung: Die Landesregierung hat richtig gehandelt. Es war auch in Ordnung, bereits jetzt zu sagen, wofür das Geld ausgegeben werden soll.

Herr Maurer, Sie haben vorhin von „Wahlkampfspeck suchenden Mäusen“ gesprochen. Die Berufsakademie in Mannheim sieht das anders. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vor allem sehen es auch diejenigen jungen Leute anders, die einen Studienplatz suchen, damit sie für die Zukunft gewappnet sind. Was Sie gesagt haben, ist für die eine Beleidigung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

– Doch, die ganze Aktion ist absolut notwendig.

(Abg. Weimer SPD: Dümmer geht es wirklich nimmer! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dümmer geht es nicht!)

– Sonst wissen Sie nichts?

Es war allerhöchste Zeit, in der Zukunftsoffensive zu zeigen, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Sie dürfen sicher sein: Die Regierung wird zusammen mit den Koalitionsfraktionen im nächsten September – hören Sie auch da genau zu! – einen entsprechenden Nachtragshaushalt einbringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Zunächst einmal: Lieber Herr Finanzminister, herzlichen Dank für die Bestätigung, dass wir immer beantragt haben, eventuell anfallende Erlöse zum Schuldenabbau einzusetzen. Das habe ich in der Debatte auch gesagt. Wenn Sie das als „Voodoo“ empfinden, haben Sie ein Voodoo-Problem. Das haben Sie nämlich tatsächlich. Sie kommen gar nicht auf die Idee, dass man Erlöse zum Schuldenabbau einsetzen müsste. Das ist Ihr Problem.

(Zuruf der Abg. Rosely Schweizer CDU)

Sie sind der erste Finanzminister in Deutschland, der Schulden hat und nicht auf die Idee kommt, wenn er je Geld kriegt, das zum Schuldenabbau einzusetzen. Das ist das Problem, das sich hier offenbart.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann bin ich bei den, wie ich fand, sehr interessanten Andeutungen, die der Kollege Oettinger gemacht hat. Lieber Herr Finanzminister, wir haben ein Problem nicht, das Sie und Ihr Ministerpräsident haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ihr müsst einen neuen Käufer finden!)

Wir wollten nämlich die Beteiligung nie an die EdF verkaufen, sondern wir wollten sie an Partner abgeben, bei denen es nicht zu einem kartellrechtlichen Verfahren durch die Europäische Union gekommen wäre, sodass das Geld bereits heute sicher als fließend feststehen würde. Sie sind nämlich das Opfer Ihrer eigenen Strategie. Nun bekennen Sie doch einmal Farbe. Sie haben mit Ihrer nun wirklich bornierten Verhandlungsstrategie – damit meine ich jetzt den Herrn Ministerpräsidenten; Sie sind ja nur der Messdiener –

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

dafür gesorgt, dass Sie am Schluss der von Ihnen veranstalteten Auktion überhaupt keinen anderen Bieter als die EdF mehr gehabt haben. So „glorreich“ haben Sie ja den Prozess gestaltet.

(Beifall bei der SPD)

Am Schluss sind Sie nur noch mit der EdF dagestanden und waren in die Geschichte so verstrickt, dass der Herr Ministerpräsident nur noch die Alternative hatte, entweder die Kapitulation zu erklären oder halt an die EdF zu verkaufen. So „glorreich“ haben Sie diesen Prozess betrieben.

Es hat einen Zeitpunkt gegeben, werter Herr Finanzminister, bei dem es überhaupt kein Problem gewesen wäre, unserem Vorschlag zu folgen, diese Aktien am deutschen Markt zu platzieren. Darüber hat übrigens heute Morgen interessanterweise der Kollege Oettinger für den Fall des Falles gesprochen.

Ich darf dazu zart darauf hinweisen, dass damals der Wert dieser EnBW-Aktien wesentlich höher war, als er zurzeit

ist. Ihnen ist ja wohl nicht entgangen, was sich in den letzten Monaten an Kursbewegungen abgespielt hat. Das heißt: Sie haben uns auch noch zeitlich in eine miserable Position gebracht, wie Sie das gemanagt haben.

In der Tat muss man einmal durchdeklinieren, was der Kollege Oettinger – ich finde, sehr ehrlich – und der Kollege Kiel – mit Ausnahme der absurden Schlussbemerkung war er auch sehr ehrlich – zum Besten gegeben haben. Das war ja ganz anders als bei Ihnen. Die haben nämlich gesagt – erste Botschaft von Oettinger und Kiel –: Wir haben gar kein Geld verteilt. Die haben beide gesagt, die Opposition hätte Recht, wenn sie wirklich Geld verteilt hätten, aber sie hätten gar keines verteilt. Beide haben gesagt: Wir haben nur eine Eventualplanung für den Fall gemacht, dass wir von der EdF Geld kriegen.

Dazu kann ich nur sagen: Völker, höret die Signale!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sollten wir uns so um den Kopf greifen?)

– Nein, schauen Sie doch einmal: „Geldsegen für Stuttgart“ – so steht es in der Zeitung. Mehr als 100 Millionen DM gibt das Land für Stuttgarter Forschungseinrichtungen aus! Definitiv!

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Freiheit für die Presse! Meinungsfreiheit für die Presse!)

Nach der heutigen Debatte müsste die Presse morgen also schreiben: „Kein Geldsegen für Stuttgart, sondern Eventualplanung für Stuttgart beschlossen!“ Wenn das nicht Voodoo ist, Meister, dann weiß ich überhaupt nicht mehr, was Voodoo ist.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist es noch etwas schlimmer, weil Sie, werter Herr Finanzminister, andere Beteiligte an diesem virtuellen Vorgang in reale Verpflichtungen getrieben haben. Ich habe gehört, dass jetzt der Rektor der Fachhochschule Heilbronn schleunigst Mittel beantragt hat, und er beginnt auch schon mit den von Ihrem virtuellen Geld eventuell kofinanzierten Maßnahmen. Was macht denn der arme Kerl, wenn es da Probleme gibt? Das heißt, die machen ja schon Dinge im Vertrauen auf Ihre Geschichte. Die lassen auch schon Studenten im Vertrauen auf Ihre virtuelle Eventualplanung zu. Wenn das nicht unseriös ist, dann weiß ich es gar nicht mehr.

(Zuruf von der CDU: Welche Studenten sind zugelassen?)

Ein kleiner Hinweis, Herr Finanzminister: Lassen Sie aus dem Protokoll Ihre Bemerkung streichen, dass es um Neubauinvestitionen gehe, die Sie in zukünftigen Haushalten hätten finanzieren müssen. Ich rate Ihnen dringend: Lassen Sie das aus dem Protokoll streichen! Ich gebe Ihnen diesen Rat gebührenfrei, weil Sie sonst nämlich selber der Zeuge der verdeckten Gewinnausschüttung bei Ihrem Modell sind.

(Beifall bei der SPD)

(Maurer)

Wie gehen Sie eigentlich mit der Vergangenheit Ihrer eigenen Partei um? Sie haben über die Steuerverstrickungen des Landes Baden-Württemberg geredet. Das ist das Ergebnis einer Entscheidung einer CDU-Alleinregierung gewesen, Herr Finanzminister.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Dann haben Sie geflissentlich unterschlagen, dass Sie dank der Steuerreform von Herrn Eichel gar keine Steuern hätten bezahlen müssen, wenn Sie die unglaubliche Kraft aufgebracht hätten, mit Ihrer Aktion noch ein bisschen zu warten. Aber nur deswegen, weil man partout diese Wahlkampfinszenierung zu brauchen meint, riskiert man einen unsinnigen Instrumentenkatalog. Wegen eines Wahltermins macht man eine Stiftung, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Oettinger hat von der Möglichkeit gesprochen, dass es Auflagen gibt. Vielleicht sollten Sie uns das einmal offenbaren. Sie wissen das wahrscheinlich alles – im Gegensatz zum Landtag.

Wie ist es nun, wenn das Ganze mit Auflagen gekoppelt wird, die das Geschäft für die EdF außerordentlich uninteressant oder weniger interessant machen? Im zivilrechtlichen Leben sagt normalerweise ein solcher Partner: „Freunde, es sind Teile der Geschäftsgrundlage, auf der wir uns verabredet haben, weggefallen.“ Sie kennen doch diese Rechtsfigur. Die wird doch wohl auch dieser Vertragsgestaltung nicht ganz fremd sein. Wie ist denn das? Was machen Sie denn dann? Dann sagt Kollege Oettinger: „Wenn die nicht mehr so viel zahlen wollen, dann haben wir immerhin noch den Börsenwert.“ Der ist allerdings fast schon 1 Milliarde DM niedriger als das, was die EdF zahlen sollte. Diese Milliarde fehlt Ihnen in diesem Fall, Herr Finanzminister, Sie haben sie aber auch schon ausgegeben.

(Abg. Oettinger CDU: Nein!)

– Doch, natürlich ist alles schon verteilt, alles schon bei der Stiftung. Es werden schon Anlageformen für diese Stiftungsgelder in der Bankenwelt gesucht. Was machen Sie denn dann? Glauben Sie im Ernst, dass zu einem solchen Zeitpunkt, in dem beispielsweise die EdF sagen würde: „So haben wir nicht gewettet, jetzt zahlen wir entweder weniger oder machen gar nichts“, die Bieter bei Ihnen Schlange stehen und sagen werden: „Das ist aber toll. Jetzt kommen wir aus dem Busch gesprungen und zahlen aus Liebe zu den treuen blauen Augen des Herrn Stratthaus denselben Preis, den die EdF gezahlt hätte“? – Vielleicht auch grüne oder braune Augen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Maurer SPD:** Glauben Sie das im Ernst? Wollen Sie uns das erzählen? Ich sage Ihnen: Ihr Ministerpräsident hat uns in eine – ich drücke mich vorsichtig aus – außerordentlich riskante Situation gebracht, und es grenzt nun an toll-

patschige Verwegenheit, zu sagen, es werde schon gut gehen. Das ist Ihre Botschaft, aber das hat mit seriöser Finanzpolitik nichts zu tun.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Kollege Oettinger.

(Zuruf von der SPD: Betretenes Schweigen!)

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Lieber Kollege Maurer, mit Ihrem kurzen Verweis auf die Ankündigung auf Seite 1 der „Stuttgarter Zeitung“ – nicht auf den Artikel selbst – werden Sie der Redakteurin, Frau Jacobs, nicht gerecht. Wer im Teil „Stuttgart und seine Region“ den Artikel und den Kommentar liest, bekommt eine sehr korrekte Wiedergabe, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt diese Investitionen nach Stuttgart fließen können. Bedingung ist, dass die EU-Kommission den Vertrag genehmigt, und der Zeitpunkt ist der Nachtragshaushalt 2001. Dass die Inhaltsübersicht dies nicht bringen kann, ist klar, aber dass Sie mehr als die Inhaltsübersicht lesen sollten, ist eine Erwartung, die man meines Erachtens Ihnen gegenüber äußern kann.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Drexler und Birgit Kipfer SPD sowie Hans-Michael Bender CDU)

Zweitens: Die Regierungskoalition hat auch in der Pressekonferenz durch den Ministerpräsidenten eindeutig gesagt, wie die Reihenfolge sein wird:

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Darlegung der Schwerpunkte, in die wir investieren wollen, jetzt im Oktober. Verfahren der EU-Kommission spätestens im Februar abgeschlossen. Unsere Erwartung: Der Vertrag wird genehmigt. Dann ein Nachtragshaushalt im nächsten Landtag, nach der Wahl, und erst wenn der in dritter Lesung verabschiedet ist, wird die erste Mark investiert. Zuvor keine Mark, sondern alles seriös auf einer Haushaltsgrundlage, die wir anstreben,

(Abg. Drexler SPD: Und warum jetzt?)

für die es aber noch zwei Bedingungen zu erreichen gilt. Dem gegenüber war Ihr Verhalten bei den Haushaltsberatungen alles andere als seriös. Das noch einmal ganz konkret zu benennen ist mehr als legitim. Sie haben mit Ihrem Haushaltsantrag unterstellt, dass der Verkauf aller Aktien schon zum Jahresbeginn 2000 möglich wäre,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

obwohl für Sie noch überhaupt kein konkreter Käufer erkennbar war und, egal an wen verkauft worden wäre, das Verfahren bis weit ins Jahr hinein gedauert hätte. Und Sie haben die ersparten Ausgaben für Schuldzinsen ab dem 1. Januar 2000 für die Verwendung für ganz konkrete Zwecke eingesetzt. Wenn jemand nach dem Prinzip Hoffnung gearbeitet hat, dann die SPD in der Haushaltsdebatte über den Haushalt 2000/2001.

(Oettinger)

Dann, lieber Kollege Maurer, zu Ihrer Behauptung, alles Geld sei schon ausgegeben: Wir haben in der Frage, was die Landesstiftung GmbH machen wird, noch keine einzige Entscheidung getroffen. Das können Ihnen die Kollegen Ihrer Fraktion aus dem Aufsichtsrat dieser GmbH – einer sitzt direkt neben Ihnen – sicher bestätigen.

(Abg. Brechtken SPD: Vorsicht!)

Es gibt noch keine Verwendung von Zinserträgen, es gibt noch keine Festlegungen, sondern auch hier können wir sehr gelassen abwarten, ob – und dass – der Kaufpreis von 4,7 Milliarden DM zu erzielen sein wird.

(Abg. Bebbler SPD: Herr Oettinger, darf er aus der Sitzung des Aufsichtsrats erzählen?)

Alles in allem viel Getöse um eine nachvollziehbare, sich in Schritten vollziehende Veranstaltung, bei der die Regierungskoalition, wie ich meine, sehr seriös auch das Haushaltsrecht beachtet hat.

**Stellv. Präsident Birzele:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege Oettinger?

**Abg. Oettinger** CDU: Ja.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Maurer.

**Abg. Maurer** SPD: Weil Sie gesagt haben, Sie hätten noch nichts ausgegeben,

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

darf ich Sie darauf hinweisen, dass der Herr Wirtschaftsminister mehrfach erklärt hat, dass seine Kofinanzierung des europäischen Sozialprogramms über diese Gelder vorgenommen würde, aber in der von Ihnen bekannt gegebenen Liste diese Gelder nicht enthalten sind und das folglich ja wohl von Ihrer Stiftung bedient werden muss. Oder Herr Döring hat uns etwas vorgeflunkert.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Was auch möglich ist!)

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Kollege Maurer, Sie werden in den letzten Wochen eine Reihe von Überlegungen kennen gelernt haben, die aus Ressorts vorgeschlagen worden sind und im politischen Raum beraten werden.

(Abg. Bebbler SPD: Die Projekte laufen schon konkret! – Zurufe der Abg. Carla Bregenzer, Christine Rudolf und Zeller SPD)

Wenn man weiß, dass etwa 3 Milliarden DM an Überlegungen eingereicht worden sind, dann ist das doch eine völlig normale Veranstaltung.

(Abg. Bebbler SPD: Die Projekte laufen doch schon real! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Gegenruf des Abg. Weiser CDU)

Aber es geht um etwas ganz anderes. Die Landesstiftung gGmbH hat sich in der Frage der Verwendung der Gelder noch mit keiner Mark festgelegt. Und Sie haben vorhin genau das Gegenteil gesagt.

(Abg. Bebbler SPD: An den Hochschulen läuft das doch schon!)

Auch der Kollege Wirtschaftsminister kann einen Antrag stellen, einen Vorschlag machen. Aber eine Pressemitteilung ersetzt noch keinerlei Beschluss im Aufsichtsrat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Kollegin Erdrich-Sommer.

**Abg. Marianne Erdrich-Sommer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Oettinger, Sie haben den Zeitplan, den die Regierungskoalition vereinbart hat, richtig wiedergegeben. Aber mir hat sich nicht erschlossen, warum Sie jetzt so früh mit der Verteilung der Gelder beginnen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Ein Jahr nach der SPD!)

Das ist ja die entscheidende Frage. Mir ist nicht ersichtlich, dass Sie das Risiko eingehen, Menschen, die sich jetzt auf Ihr Wort verlassen, in einem halben oder einem Dreivierteljahr möglicherweise sagen zu müssen: Wir haben uns getäuscht. Sie wecken da Hoffnungen, die einfach nicht korrekt sind, solange Sie nicht mit Sicherheit sagen können: Das Geld fließt.

(Abg. Weiser CDU: Wie ist denn das mit den Zuschüssen bei der Firma Holzmann?)

Sie hatten keine zeitliche Not. Denn wenn Sie tatsächlich – was ich für richtig halte – die Gelder von „Erwin 3“ in einem Nachtrag verteilen und dieser im Herbst vorliegt, dann reicht der Februar, um über die Verteilung der Gelder nachzudenken,

(Zuruf des Abg. Behringer CDU)

wenn wir dann sicher wissen, dass dazu von Brüssel kein Veto kommt. Aber Sie haben etwas ganz anderes gemacht. Sie sind in der letzten Woche, nachdem immer klarer war, dass es da Unsicherheiten gibt, in eine große Hektik ausgebrochen. Sie haben eine Betriebsamkeit an den Tag gelegt, die sonst gar nicht Ihre Art ist,

(Lachen des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Weiser CDU)

und haben eine Koalitionsrunde einberufen, bei der erstaunlicherweise die Bearbeitung der Ausgabenwünsche auf der Tagesordnung stand, wie ich der Zeitung entnehmen konnte. Sie haben direkt anschließend eine Aufsichtsratssitzung abgehalten und drei Stunden später vor der Presse erklärt, was mit den Milliarden, die Sie virtuell von einer zur anderen Organisation geschoben haben,

(Abg. Weiser CDU: „Geschoben“!)

tatsächlich gemacht werden soll. Da werden nicht vorhandene Milliarden hin und her geschoben und Wohltaten verteilt, ohne dass es eine zeitliche Not dafür gibt. Wenn die SPD schon immer von dem Bären spricht, dessen Fell verteilt wird, bevor er erlegt ist, dann kann ich dazu nur sagen: Uns wird auch noch ein Bär bezüglich des Zeitpunkts aufgebunden, der noch immer kräftig in Brüssel brummt.

(Marianne Erdrich-Sommer)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Weiser CDU: Der Bär bei Holzmann brummt auch noch!)

Es gibt eigentlich nur eine Erklärung für diese Hektik, und zwar den Wahlzeitpunkt. Ich kann das von den Kollegen der FDP/DVP sogar noch ein Stück weit verstehen; denn sie haben bei diesen Koalitionsrunden jetzt, vor der Wahl, vielleicht noch die Möglichkeit, einen Teil in ihre Ministerien und in ihren Verwaltungsbereich abzuziehen, und haben möglicherweise die Sorge, dass sie beim nächsten Mal beim Verteilen nicht dabei sind. Es kann aber wohl nicht angehen, dass wir die Milliarden aus einem so wichtigen Vermögensbereich nach Koalitionsproporz und nicht nach Notwendigkeiten verteilen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Besonders bedrückend finde ich bei Ihrem Zeitplan die Tatsache, dass er zeigt, wie wenig Sie von den Koalitionsfraktionen wirklich von Ihrer bisherigen Politik überzeugt sind; denn wer auf solcher Grundlage in so unsicherem Terrain Wahlgeschenke verteilen muss, der sagt doch, dass er in seiner Politik sonst nicht wirklich etwas zu verteilen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU – Zurufe der Abg. Weiser CDU und König REP)

Bei dieser ganzen Geschichte ist dieser virtuelle Milliardenverteilungssegen nur ein Punkt in einer Fehlerkurve,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ich kann verstehen, dass das natürlich alles schmerzt!)

die mit der Späth'schen Finanzpolitik begonnen hat, nämlich mit der Holdingkonstruktion. Diese Fehlerkurve geht nicht abwärts, sondern aufwärts, meine Damen und Herren. Ich habe hier selbst erlebt, welche Klimmzüge wir mit dem LEG-Verkauf gemacht haben. Sie erinnern sich: Da waren zwei Tranchen Huckepack auf die Majolika aufgesetzt, nur damit man keine Steuern zahlen muss.

(Abg. Weiser CDU: Ja, und? – Abg. König REP: Ich zahle auch ungern Steuern, das muss ich schon sagen!)

Und nun kommt die Umwandlung der Holding in die gGmbH, auch wegen der Steuern. Dazu will ich schon einmal ein Wort sagen. Eine Staatsorganisation, die von Steuergeldern lebt und Steuergelder verteilt, die aber hier durch den Finanzminister vorwurfsvoll verlauten lässt: „Sie hätten wohl lieber Steuern bezahlt“,

(Abg. Wieser CDU: Weil wir in Berlin solche Straßenräuber haben!)

gibt den Bürgerinnen und Bürgern doch das Signal, Steuern zu zahlen sei so ziemlich das Dummste und Letzte, was man machen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Eine solche Botschaft möchte ich von diesem Parlament nicht aussenden.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Weiser: Das ist die größte Dummheit, Geld dorthin zu geben!)

Dann noch etwas zum Steuern Sparen: Ich finde, an dieser Art, wie hier mit der Steuerpflicht umgegangen wird und wie in ähnlichem Zusammenhang auch der Bund die UMTS-Milliarden verteilt, sieht man, dass die Landesregierung offensichtlich nicht in der Lage ist, mit einer Bundesregierung einer anderen Couleur in vernünftige Verhandlungen zu treten.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. König REP: Das ist auch schwer!)

Sie müssten sich öfter an den Verhandlungstisch setzen und dort vernünftige Ergebnisse erzielen. Das wäre für dieses Land wirklich segensreich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ein letzter Punkt: Wir haben durch Ihre Konstruktion eine Situation, in der wir, wie es auch benannt wurde, sicher auch vernünftige Maßnahmen auf der Liste sehen. Dagegen spreche ich ja gar nicht.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Gut!)

Das ist sicher alles sehr richtig und wichtig.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Aber?)

Aber wir haben als Politiker die Aufgabe, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, und zwar ihrer Rangfolge nach. Das können wir aber mit Ihrer Konstruktion nicht. Wir müssen das tun, was uns die Gemeinnützigkeit vorgibt. Wir sind in der fatalen Situation, dass wir nicht mehr unsere eigenen Herren und Damen darüber sind, was mit den Geldern aus Vermögen des Landes passiert. Zuerst bestimmt der Kommissar in Brüssel, ob es so geht, und dann bestimmt der Gemeinnützigkeitsrechtler.

(Zurufe von den Republikanern)

Wir als Parlament können uns nur noch den Entscheidungen der anderen beugen. Das empfinde ich als Armutszeugnis für ein Parlament.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiel.

**Abg. Kiel** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Erdrich-Sommer, zwei Dinge dürfen meines Erachtens nicht einfach so im Raum stehen bleiben.

Erstens haben Sie selbst gesagt, dass Sie das nicht wollten. Das wird spürbar an allem, was Sie sagen. Am liebsten wäre es Ihnen, das Ganze würde platzen.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist doch Quatsch!)

(Kiel)

Ich meine, dass dies nicht in Ordnung ist. Die Interessen des Landes müssten Ihnen wichtiger sein als das Recht-behalten-Wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:  
Jetzt wird es aber absurd!)

Zweitens: Es war doch die rot-grüne Bundesregierung, die derartige Verkäufe in Zukunft steuerfrei setzt. Wieso erteilen Sie dann unserem Vorgehen hier im Parlament eine Absage, wenn wir versuchen, eine Situation herbeizuführen, wie sie in Zukunft sowieso gegeben sein wird?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja eine Verdrehung der Logik! Sie wollten doch Steuern sparen, die Sie jetzt gar nicht mehr zahlen müssen!)

Es ist wirklich nicht einzusehen, warum wir 2 Milliarden DM weniger verteilen können sollen. Dann könnten wir nämlich das, was Sie auch verteilen wollen, überhaupt nicht machen, weil es zuvor schon als Steuer weggegangen wäre. Deshalb meine ich, dass das, was Sie gesagt haben, nicht in Ordnung ist.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kiel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Brechtken?

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Ja.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön.

**Abg. Brechtken SPD:** Herr Kollege Kiel, warum haben Sie dann im Dezember dem Antrag unserer Fraktion nicht zugestimmt, die Stiftung nicht zu gründen und bezüglich des Verkaufs zu warten, bis die Rechtsänderung beim Bund durchgeführt worden ist?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch klar, warum!)

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Das ist eine relativ klare Sache: weil uns nämlich die Felle davonzuschwimmen gedroht haben zu einem Betrag von 4,7 Milliarden DM,

(Abg. Brechtken SPD: Ach so! – Abg. Pfister FDP/DVP: Es geht auch um den Partner! Sonst hätten wir keinen Partner mehr gehabt!)

wo wir jetzt bei 3,8 Milliarden DM sind. Diese eine Milliarde war es uns schon wert, möchte ich einmal sagen, Ihrem Antrag nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man stellt fest: Die Vergangenheit holt uns in Baden-Württemberg immer wieder ein. Die cleveren Konstruktionen, die man in der Vergangenheit, hauptsächlich unter Lothar Späth, gebastelt hat, treffen uns später meistens umso

härter. Dazu kommt dann noch das Wort von der Steuerneutralität oder Steuerschädlichkeit.

Wenn Steuernbezahlen steuerschädlich ist, dann bin ich seit 30 Jahren ein Steuergeschädigter, Herr Finanzminister.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Weiser CDU: Wie viel haben Sie denn bezahlt?)

Aber Sie als oberster Steuereintreiber des Landes sollten natürlich darauf achten, dass noch etwas geht, und dazu brauchen Sie Steuern. Wenn Sie etwas ausgeben wollen, brauchen Sie auch Einnahmen. Das sollte man nicht so ganz auf die Seite rücken.

Ich kann es ja menschlich noch verstehen, wenn gesagt wird: Wir nehmen die Konstruktion der Landesstiftung, weil wir den eingehenden Betrag abzüglich der Schulden durch das verkaufte Objekt in vollem Umfang behalten wollen. Aber dann muss doch nicht sofort die Begehrlichkeit kommen: Jetzt greifen wir in den großen Topf, 1,1 Milliarden DM, und dann im Eilverfahren raus. So etwas kann man doch wohl überlegt machen, wenn man das Geld hat, und muss nicht, sage ich einmal, wie ein Alkoholiker zur Flasche greifen: so schnell wie möglich alles weg, was man hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Das ist doch nicht richtig, was hier durchgeht.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Wenn man sieht, dass der Aufsichtsrat der Stiftung je zur Hälfte aus Vertretern der Landesregierung und der Fraktionen besteht, wenn man dieses Übergewicht sieht, das die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen bei der Entscheidung über die Ausgaben haben, wenn man sich diese Mehrheiten ansieht, geht doch jeder davon aus, dass die Stiftung ein Verfügungsetat des Ministerpräsidenten ist. Die Stiftung tut das Gute und gibt Geld, während der Landtag das Schlechte tut und an einem anderen Ende wieder einspart. Das ist aus meiner Sicht schade.

Gewiss ist es an der Zeit, dass so manches der vorgesehenen Objekte nun gefördert werden soll und in Angriff genommen werden kann. Aber die Hektik und die Eile, mit der man jetzt vorgeht, sind nicht erforderlich. Dabei kann man überhaupt noch nicht sagen, wann das Geld fließt, ob der Vertrag überhaupt in der Gestalt zustande kommt, von der wir heute noch ausgehen. Von daher wäre ein bisschen Zurückhaltung besser gewesen, um schließlich etwas Perfektes auf den Tisch legen zu können.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. König REP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Meine Damen und Herren! Ich will doch noch einige Bemerkungen zur Richtigstellung machen.

Vorhin ist behauptet worden, es hätte Käufer gegeben, bei denen keine kartellrechtlichen Probleme aufgetreten wären.

(Minister Stratthaus)

Dies ist falsch. Wir haben damals beim Bundeskartellamt angefragt. Es hat uns eindeutig gesagt, alle Interessenten wären bereits am deutschen Kartellrecht gescheitert. Das ist eine Tatsache. Das gilt für RWE, das gilt für das Bayernwerk. Das ist damals geprüft worden. Es ist eine Legendenbildung, wenn behauptet wird, es hätte damals auch einen anderen Käufer gegeben.

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Des Weiteren: Wir haben ausgeschrieben, und die EdF hat den höchsten Preis geboten. Nun war es ganz interessant, wie Sie das zeitlich je nach Belieben hin und her geschoben haben. Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten zu spät verkauft. Später wiederum haben Sie uns vorgeworfen, wir hätten zu früh verkauft. Herr Maurer hat uns in einer Person beide Vorwürfe gemacht, obwohl sie sich einander widersprechen.

(Abg. Bebbler SPD: Also, Sie konnten der Argumentation nicht folgen!)

Herr Brechtken hat vorhin gefragt, warum wir nicht noch gewartet hätten. Schlicht und einfach deshalb, weil wir vorausgesehen haben – so, wie es auch eingetreten ist –, dass die Werte am Energiemarkt sinken. Er hat uns doch vorhin einen großen Vortrag gehalten, die EnBW sei heute 1 Milliarde DM weniger wert. Wir haben genau aus dem Grund schon damals verkauft, weil wir damit gerechnet haben, dass zumindest ein vorübergehendes Tal, was den Wert der Energieversorger betrifft, zu erwarten ist. Also, es war richtig, zu verkaufen.

Im Übrigen: Wenn wir auf die Bundesregierung gewartet hätten,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

hätten wir frühestens zum 1. Januar 2002 und nicht zum 1. Januar 2001 verkaufen können.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Man hätte natürlich irgendeine Konstruktion für den wirtschaftlichen Übergang wählen können. Aber eine Konstruktion, nach der der Übergang steuerrechtlich erst 2002 erfolgt wäre, wäre rechtlich zweifelhaft gewesen. Um es noch einmal ganz eindeutig zu sagen: Es gab keinen anderen Weg.

Im Übrigen wird hier unwidersprochen immer gesagt, es würde keine Steuer mehr anfallen. Das ist falsch. Es würden nach wie vor Steuern anfallen. Wir hätten auf jeden Fall 400 Millionen DM an Kapitalertragsteuer bezahlen müssen, auch dann, wenn wir nach dem 1. Januar 2002 verkauft hätten.

Sie haben den Vorwurf erhoben, eine von der CDU allein geführte Landesregierung habe diese Steuerverstrickung herbeigeführt. Das ist richtig. Aber es hat doch keinen Wert, uns heute, weil in der Vergangenheit einmal etwas gemacht worden ist, was uns heute schadet, einen noch größeren Schaden zuzufügen. Natürlich ist das damals so geschehen. Aber es wird Ihnen in Berlin auch so gehen – und uns, wenn wir demnächst wieder die Bundesregierung übernehmen, genauso –:

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Man muss eben mit dem, was die Vorgänger gemacht haben, leben. Da ist nichts zu machen. Deswegen bekennen wir uns dazu.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Auf eine weitere Frage kann ich Ihnen, Herr Maurer, eine eindeutige Antwort geben: Es steht nichts von einer Preisminderung im Vertrag, auch wenn bestimmte Auflagen erfüllt werden müssen. Im Vertrag stand lediglich etwas für den Fall, dass die Abstimmung zwischen den Atomkraftwerksbetreibern und der Bundesregierung nicht entsprechend gelaufen wäre. Aber sie ist anscheinend so gelaufen, dass die EdF damit hoch zufrieden sein kann – die Grünen vielleicht nicht. Aber so ist es gelaufen. Über die Frage der Erfüllung von Bedingungen oder eine daraus ableitbare Preisminderung ist im Vertrag nichts enthalten.

Vorhin ist dann überschlau gesagt worden, ich müsse –

(Abg. Maurer SPD: Warum warten Sie denn überhaupt das kartellrechtliche Verfahren ab? Erklären Sie mir das einmal!)

– Ich verstehe nicht ganz.

(Abg. Maurer SPD: Wenn die EdF doch auf jeden Fall zahlt, egal wie Brüssel entscheidet?)

– Weil die EdF natürlich erst dann bezahlt, wenn – Ich habe nicht gesagt, dass Sie auf jeden Fall bezahlt. Herr Maurer, ich habe gesagt: Der Kaufpreis kann nicht gemindert werden. Es besteht die theoretische Möglichkeit, dass der Kaufvertrag nicht genehmigt wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Würde er nicht genehmigt, dann würde die EdF unter diesen Verhältnissen natürlich auch nicht bezahlen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja klar!)

Jetzt stellen Sie sich doch nicht dümmer an, als Sie sind. Das wissen Sie doch ganz genau. Das kann doch nicht sein.

Das Nächste, was Sie dann überschlau gesagt haben:

(Abg. Bebbler SPD: Seit wann ist ein Finanzminister ein Spruchbeutel?)

Ich solle aus dem Protokoll streichen lassen, dass bestimmte Investitionen später gekommen seien, denn das sei steuerschädlich. Genau das ist es nicht. Wir haben das ganz genau nachgeprüft. Selbstverständlich machen wir nur Dinge, die notwendig sind, und selbstverständlich hätten wir alles, was jetzt gemacht worden ist, auch dann getan, wenn wir das Geld aus dem Haushalt gehabt hätten. Aber wir haben das Geld eben nicht gehabt. Die Maßnahmen sind absolut notwendig; sie werden nur deshalb nicht aus dem Haushalt finanziert, weil wir im Haushalt nicht genügend Geld haben.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Im Haushalt wären andere Dinge notwendig!)

(Minister Stratthaus)

Es ist also auf keinen Fall steuerschädlich, wenn ich jetzt sage: Wir haben bestimmte Investitionen, die wahrscheinlich in fünf Jahren notwendig geworden wären, bereits vorgezogen. Dazu möchte ich auf jeden Fall stehen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Nagel?

**Finanzminister Stratthaus:** Bitte sehr.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Nagel, bitte.

**Abg. Nagel SPD:** Herr Minister, ich habe eine ganz konkrete Frage an Sie; sie betrifft den Bereich der ESF-Mittel, der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. Herr Maurer hat von Herrn Oettinger keine Antwort auf diese Frage erhalten, jetzt probiere ich es noch einmal mit Ihnen.

Können Sie mir sagen, wie der Wirtschaftsminister jetzt 15 Millionen DM zusätzlich aus seinem Haushalt finanzieren soll? Sein Gesamtanteil an den ESF-Mitteln beträgt zurzeit 19 Millionen DM. In den Regionen, in den IHKS werden derzeit die Mittel verteilt und sollen in diesem Jahr noch abgerufen werden. Ich halte Ihnen die Stellungnahme der Landesregierung aus der Landtagsdrucksache 12/5295 vor, wo es heißt:

Das Wirtschaftsministerium schätzt – wie oben ausgeführt – den nicht durch sonstige öffentliche Kofinanzierung gedeckten Betrag auf etwa 15 Millionen DM pro Jahr. Dieser Betrag soll zum überwiegenden Teil aus Privatisierungserlösen finanziert werden.

Können Sie mir eine Antwort auf diese Frage geben, oder wird in den Kreisen zurzeit Wolkenkuckucksheim gespielt?

**Finanzminister Stratthaus:** Ich bin Ihnen dankbar. Was Sie mir gegeben haben, würde man im Fußball eine Steilvorlage nennen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht vor dem eigenen Tor! – Abg. Maurer SPD: Warten wir mal ab! Sie haben schon viele Elfmeter daneben geschossen!)

– Je mehr Sie reden, umso steiler wird die Vorlage.

(Abg. Bebbler SPD: Nur zu! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Jetzt hören Sie einmal zu. – Die Stiftung besteht heute schon und verfügt bereits heute unabhängig von EnBW-Geldern über Einnahmen von weit über 50 Millionen DM jährlich. Die Stiftung hat schon heute Einkünfte aus Aktiendividenden der EnBW, aus den Dividenden der Baden-Württembergischen Bank und aus der großen Anzahl von Gebäuden, die wir damals – Frau Erdrich-Sommer hat es vorhin in anderem Zusammenhang gesagt – an die Stiftung übertragen haben. Die Stiftung kann also heute schon arbeiten.

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Nagel, dass ich die Möglichkeit hatte, Sie aufzuklären. Leider musste ich dabei Herrn Maurer zeigen, dass er wieder einmal nicht informiert war.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Maurer SPD: Nein, nein! Sie haben den Kollegen Oettinger widerlegt!)

– Herrn Kollegen Oettinger habe ich nicht widerlegt, er hat offensichtlich im Moment nicht daran gedacht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Natürlich, er weiß das ganz genau. Er hat im Moment nicht daran gedacht. – Ganz entscheidend ist: Diese Stiftung hat heute schon Geld, zwar nicht Hunderte von Millionen, aber sie kann schon heute aus den genannten Quellen Geld einnehmen und darüber verfügen.

(Abg. Nagel SPD: Dann kann ich also festhalten, die 15 Millionen DM sind damit in diesem Jahr gesichert und können abgerufen bzw. kofinanziert werden? – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wenn sie gemeinnützig sind!)

– Das können Sie damit nicht sagen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Nein. Ich weiß doch jetzt überhaupt nicht, inwieweit der Wirtschaftsminister das aus seinem eigenen Haushalt finanzieren kann. Wenn der Wirtschaftsminister sagt, das Geld stehe zur Verfügung, dann wird er es schon haben.

(Abg. Maurer SPD: Sie umspielen sich selbst, statt zu schießen!)

– Nein.

Eine weitere Sache, Herr Maurer. Das war ja der Höhepunkt.

(Abg. Nagel SPD: Statt Steilvorlage ein Eigentor!)

– Nein. Von Fußball verstehen Sie auch nichts.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Der war mal Schiedsrichter!)

– Ein Schiedsrichter braucht nichts von Fußball zu verstehen, was das Spielen betrifft.

(Abg. Bebbler SPD: Ein tolles Eigentor war das!)

Dann haben Sie gesagt – das war aber nun wirklich der Höhepunkt –, die Tatsache, dass wir Banken beauftragt haben, sich Gedanken darüber zu machen, wie das Geld angelegt werden könnte, sei bereits eine Ausgabe.

(Abg. Maurer SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Diese Aussage hat sich von selbst als unsinnig dargestellt.

Als Letztes noch: Sie haben immer wieder gesagt, wir hätten nicht so früh planen sollen. Meine Damen und Herren, wenn das Geld kommt, entweder noch in diesem Jahr oder im nächsten Jahr, und die 4,7 Milliarden DM da sind und wir keine Planung hätten, dann würden Sie sagen: Diese Koalition und diese Regierung hat nun Geld und weiß nicht einmal, was sie damit machen soll.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Maurer SPD: Schulden abbauen! Das sagen wir seit Jahren!)

Es war Zeit, dass wir geplant haben.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Tagesordnungspunkt 3 ist erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:11 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:31 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 12/5623**

Ich rufe auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Julius Redling SPD – Amokfahrt mit gestohlenem Bundeswehrlaster am 8. Oktober 2000

Herr Abg. Redling, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Redling SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie liefen die Informationswege innerhalb der Polizei über den gemeldeten Diebstahl des Bundeswehrlasters und die nachfolgende Amokfahrt nach Stuttgart, Sindelfingen und Böblingen am 8. Oktober 2000, bei der sechs Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, im Einzelnen zeitlich ab?
- b) Wieso konnte der Lkw nicht schneller durch den Einsatz schweren Geräts gestoppt werden?

Danke.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister Dr. Palmer, Sie erhalten für den Herrn Innenminister Dr. Schäuble das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

(Abg. Brechtken SPD: Ist der allumfassend zuständig?)

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Redling wie folgt:

Zum Frageteil a: Der Sachverhalt stellt sich aus polizeilicher Sicht wie folgt dar: Gegen 15 Uhr informierte die Bundeswehr das Polizeirevier Ellwangen darüber, dass ein Unbekannter gegen ein Eingangstor der Reinhardt-Kaserne gefahren sei. Die anschließende Tatortarbeit führte zu dem

Ergebnis, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Bundeswehrlasterkraftwagen beim Ausfahren das unbewachte Tor beschädigt hat. Seitens der Bundeswehr konnte jedoch nicht sofort abgeklärt werden, ob ein derartiges Fahrzeug fehlte. Dennoch wurde aufgrund des dringenden Verdachts einer Straftat zum Nachteil der Bundeswehr um 15:47 Uhr eine Funkfahndung für die Region ausgestrahlt.

Um 16:12 Uhr teilte ein Pkw-Lenker telefonisch dem Führungs- und Lagezentrum der Stuttgarter Polizei mit, dass er seit einigen Minuten einem Bundeswehr-Lkw folge, der mit überhöhter Geschwindigkeit und bei ständigem Wechsel der Fahrspuren durch Stuttgart fahre und bereits ein geparktes Fahrzeug gestreift habe.

Bereits um 16:13 Uhr – das ist also eine Minute später – konnte das Tatfahrzeug durch eine Funkstreifenwagenbesatzung in Stuttgart-Vaihingen lokalisiert werden. Bei der anschließenden Verfolgung ergaben sich für die eingesetzten Streifenwagenbesatzungen keine Möglichkeiten, den Lastwagen, der bei seiner weiteren Fahrt mehrere Verkehrsunfälle verursachte, zu stoppen.

Um 16:33 Uhr wurde deshalb nach Abklärung der Verkehrssituation auf die Reifen des Lkw geschossen, worauf dieser nur noch mit Schrittgeschwindigkeit weiterfahren konnte. Um das Fahrzeug vollends zu stoppen, wurde es um 16:57 Uhr durch ein Löschfahrzeug der Feuerwehr Böblingen, das herangeführt worden war, gegen die Wand des Johannesgraben-Tunnels in Stuttgart-Vaihingen gedrückt. So weit zum Sachverhalt.

Dann kurz zur Bewertung. Die vom Polizeirevier Ellwangen getroffenen Maßnahmen waren nach unserer Auffassung völlig sachgerecht. Nicht durch die telefonische Anzeigenerstattung, sondern erst durch die Tatortarbeit konnte festgestellt werden, dass ein Bundeswehr-Lkw entwendet bzw. unbefugt benutzt wurde. Hieraus erklärt sich, dass die Funkfahndung gar nicht früher hätte ausgelöst werden können. Dass diese nur für die Region und nicht für den gesamten Regierungsbezirk Stuttgart bzw. landesweit veranlasst worden war, entspricht durchaus der polizeilichen Praxis. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass weder der exakte Typ des Fahrzeugs noch das Kennzeichen, noch der exakte Zeitpunkt der Entwendung bekannt waren.

Die LPD Stuttgart II hat um 16:12 Uhr vom Sachverhalt Kenntnis erlangt und um 16:13 Uhr das Fahrzeug lokalisiert. Ob dieses früher entdeckt worden wäre, wenn die Stuttgarter Polizei von der Fahndung gewusst hätte, ist eher unwahrscheinlich. Spezielle Fahndungsmaßnahmen wären, da ja nicht bekannt war, wohin sich der Lkw bewegte, sicher nicht getroffen worden. Einer auf normaler Streife befindlichen Besatzung wäre der Lkw aber aufgrund seiner Fahrweise sicherlich auch aufgefallen.

Zum Frageteil b, Herr Redling, warum der Lkw nicht schneller durch den Einsatz von schwerem Gerät der Polizei gestoppt werden konnte: Ab Bekanntwerden der Amokfahrt um 16:12 Uhr bis zum Stoppen des Tatfahrzeugs vergingen 45 Minuten. Bereits um 16:17 Uhr wurde die Feuerwehr Stuttgart um Bereitstellung von Fahrzeugen gebeten. Das ist also ein extrem kurzer Zeitraum für die Anforderung. Die Feuerwehr Böblingen wurde dann kurz vor 16:30 Uhr alarmiert.

(Minister Dr. Palmer)

Aufgrund der Dynamik des Geschehens und der zeitlichen Kürze war das Heranführen von polizeieigenem schwerem Gerät, also Wasserwerfer, Sonderwagen, Lkw, nicht möglich. Zudem muss berücksichtigt werden, dass das Einklemmen des Tatfahrzeugs erst riskiert werden konnte, nachdem dessen Geschwindigkeit infolge der zerschossenen Reifen bis auf Schrittgeschwindigkeit reduziert war. Für den Einsatz der Schusswaffen musste aber eben eine günstige, die Allgemeinheit nicht gefährdende Gelegenheit abgewartet werden.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Redling.

**Abg. Redling SPD:** Der Schaden am Feuerwehrfahrzeug, der entstanden ist, wird sicher zivilrechtlich geltend gemacht. Aber das kann ja dauern. Wer wird für den Ersatz des Feuerwehrfahrzeugs sorgen?

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Dazu kann ich Ihnen im Augenblick nichts sagen. Wir hatten ja im Rahmen der Beantwortung Ihrer Frage den Tatverlauf und die Fahndung zu konkretisieren. Das habe ich gemacht.

Ich denke, dass das den üblichen Gang der Regelung geht und dass selbstverständlich die Feuerwehr durch die zuständige Stelle entsprechend entschädigt wird. Das wird aber seinen normalen Weg gehen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Gerade zu diesem normalen Weg habe ich schon noch eine Frage: Bei der Freiwilligen Feuerwehr Böblingen herrscht zurzeit große Unsicherheit, ob sie für das bei diesem Einsatz stark beschädigte Fahrzeug den gesamten wirtschaftlichen Schaden von der Bundeswehr oder der Landespolizeidirektion ersetzt bekommt oder ob sie nur den Restwert erhält. Meine Frage heißt: Ist die Landesregierung bereit, für den Fall, dass nur der geringere Restwert ersetzt würde, der Freiwilligen Feuerwehr Böblingen den Differenzbetrag auszugleichen, damit sich dieser mutige Einsatz nicht auch noch zum wirtschaftlichen Nachteil für eine Freiwillige Feuerwehr auswirkt?

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Aus dem EnBW-Erlös! –Abg. Brechtken SPD: Schriftliche Antwort!)

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Liebe Frau Kollegin, ich hoffe, dass da wirklich ein gutes Verfahren gefunden wird, damit nicht die Freiwillige Feuerwehr Böblingen darunter zu leiden hat, dass sie ihr Fahrzeug zur Verfügung gestellt hat.

Ich gehe der Frage gern nach. Wir müssen jetzt natürlich auch mit den Bundesdienststellen sprechen; denn es war ja ein Bundeswehrfahrzeug, welches Auslöser, Anlass für die Verfolgung und den gesamten Ablauf war. Ich würde Ihnen einfach zusagen, dass wir Ihnen zu gegebenem Zeitpunkt, wenn das abgeschlossen ist, schriftlich antworten.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Wilhelm.

**Abg. Wilhelm REP:** Herr Minister, ich habe mit einigen eingesetzten Beamten gesprochen. Können Sie bestätigen,

dass nur deshalb ein schweres Rammfahrzeug der Feuerwehr Böblingen benötigt worden ist, weil es schlicht und einfach an geeignetem anderem Material gefehlt hat, beispielsweise an Krähenfüßen oder Nagelketten?

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Das kann ich nicht bestätigen, weil mir nach den zur Verfügung stehenden Informationen gesagt wird, dass schon aus polizeitaktischen Gründen ein schweres Fahrzeug einzusetzen war. Dieses schwere Einsatzfahrzeug war eben – das habe ich bei der Beantwortung der Frage des Herrn Abg. Redling ausgeführt – nicht so rasch von der Bereitschaftspolizei herbeizuführen, wie es durch die Feuerwehr herbeizuführen gewesen ist.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen? – Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes – Drucksache 12/5606**

Das Präsidium hat Folgendes festgelegt: Zunächst erfolgt eine Begründung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung, danach eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich für die Landesregierung das Wort erteilen? – Herr Finanzminister Stratthaus, Sie erhalten das Wort.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung lege ich Ihnen heute den Entwurf zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes vor.

Was ist die Zielsetzung? Ziel der Gesetzesänderung ist die Optimierung der Vermögensanlagen. Vor fast zwei Jahren habe ich das Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Baden-Württemberg hier eingebracht. Dieses Gesetz sieht die Anlage der jährlich an die Versorgungsrücklage abzuführenden Beträge in Schuldverschreibungen der Länder oder des Bundes vor. Entscheidend für die Wahl der Anlageart war damals die Sicherheit. Aufgrund der unterschiedlichen Wertentwicklung der verschiedenen Anlageformen haben wir nach einer Optimierung der Anlagemöglichkeiten gesucht, wobei natürlich die Sicherheit der Anlage nach wie vor an allererster Stelle stehen muss. Das Ergebnis dieses Suchens möchte ich Ihnen heute hier vortragen.

Bevor ich jedoch näher auf die Einzelheiten zu sprechen komme, möchte ich einiges über die Entstehung und über die Entwicklung der Versorgungsrücklage vortragen.

Der Versorgungsbericht der damaligen Bundesregierung aus dem Jahre 1996 hat den dringenden Handlungsbedarf aufgrund des überproportionalen Anstiegs der Verpflichtungen aus Versorgungsleistungen verdeutlicht. Der Anstieg der Versorgungsausgaben stellt eine enorme Zukunftsbelastung dar, die die Handlungsfähigkeit des Landes, die Handlungsfähigkeit des Parlaments und seiner Finanzpolitik einschränken wird.

(Minister Stratthaus)

Die Bundesregierung hat zwar eine Aktualisierung des Versorgungsberichts für 2001 angekündigt, an der Grundaussage – das sind eben einfach Tatsachen – wird sich aber wohl nichts ändern. Aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenverteilung tragen die Länder die Hauptlast der Versorgungsverpflichtungen. Sie wissen, dass die Länder ganz besonders viele Beamte beschäftigen, auch relativ gesehen. Es sind vor allem die Lehrer, die Polizeibeamten und viele im öffentlichen Dienst, in den Hochschulen und Universitäten. Die Personalkosten und insbesondere die Beamtenpersonalkosten spielen beim Land eine relativ viel größere Rolle als beim Bund oder bei den Gemeinden. Der Bund hat – relativ gesehen – weniger Personalkosten, die Gemeinden haben – relativ gesehen – sehr viel mehr Angestellte und Arbeiter.

Grund für die ansteigenden Versorgungsausgaben sind insbesondere der Personalzuwachs von Mitte der Siebzigerjahre und zusätzlich die höhere Lebenserwartung. Allein durch den vorhandenen Personalbestand – das, was heute an Beamten beim Land beschäftigt ist – sind die Versorgungsverpflichtungen bis zum Jahre 2030 ungefähr vorprogrammiert.

Wie sieht die Entwicklung in Baden-Württemberg aus? Die Zahl der Versorgungsempfänger liegt zurzeit bei 68 000. Sie wird auf 147 000 im Jahr 2025 ansteigen. Dies hat einen Anstieg der Ausgaben für die Versorgungsbezüge von heute 4 Milliarden auf 15,5 Milliarden DM im Herbst 2025 zur Folge. Damit vervierfachen sich die Ausgaben bis zum Jahr 2025. Man muss allerdings zur Relativierung hinzufügen, dass dabei ein Wachstumspfad eingerechnet ist. Wenn ich einfach die Zahl der Versorgungsempfänger nehme, die wir heute haben und in 25 Jahren haben werden, ist das eine starke Verdoppelung, sodass wohl auch immer an den entsprechenden Einnahmen und am entsprechenden Haushaltsvolumen gerechnet zumindest eine Verdoppelung der Versorgungslasten in ihrer relativen Kraft, in ihrem relativen Gewicht anzunehmen ist. Um Ihnen das einmal bildlich vor Augen zu führen: Bezogen auf die aktuelle Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg würde dies eine Pro-Kopf-Belastung im Jahre 2025 von 1 480 DM bedeuten. Zurzeit haben wir eine Belastung für diesen Zweck von 385 DM pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung.

Schon die absoluten Zahlen sind anschaulich. Es wird noch viel anschaulicher, wenn man die relativen Zahlen nimmt. Dann kommt noch mal das zum Tragen, was ich eben gesagt habe. Es ist Gott sei Dank relativ gesehen keine Vervierfachung, sondern eine starke Verdoppelung. Zurzeit sind 6,8 % der Landesausgaben Versorgungsausgaben. Im Jahr 2021 werden es, wenn das Recht so bleibt, wie es ist, 12,7 % sein. Also wir werden relativ gesehen eine starke Verdoppelung der Versorgungsausgaben gegenüber der jetzigen Situation haben.

Vor diesem Hintergrund hat die vorherige Bundesregierung im Versorgungsreformgesetz ein Maßnahmenpaket verabschiedet, um diese Entwicklung zumindest abzuschwächen. Eine Maßnahme war die Ergänzung des Bundesbesoldungsgesetzes um § 14 a. Dieser sieht die Bildung einer Versorgungsrücklage beim Bund und bei den Ländern vor.

Finanziert wird diese Rücklage über die Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von 1999 bis zum Jahre 2013, also 14 Jahre lang, um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte. Bis 2013 soll das Besoldungs- und Versorgungsniveau um 3 % abgesenkt werden. Damit tritt ein doppelter Entlastungseffekt ein. Zum einen wird das Besoldungsniveau – wohl immer im Verhältnis zum Bezahlungsniveau der Tarifangestellten und Arbeiter und zur Entwicklung der gesamten Wirtschaft – kontinuierlich gesenkt, zum anderen wird ein Vermögen angespart, das den Belastungsanstieg für das Land etwas abschwächt. Das Versorgungsrücklagegesetz des Landes setzte damals diese Regelung um.

Im Juli 1999 ist zum ersten Mal eine Abschlagszahlung an die Versorgungsrücklage geleistet worden, und zwar sind bisher 48 Millionen DM zugeflossen. Das ist viel Geld, aber im Verhältnis zu dem, was wir jährlich an Versorgungsleistungen zu zahlen haben, ist es in der Tat nur der berühmte Tropfen auf den sehr heißen Stein.

(Abg. Moser SPD: Ist es schon ein Tropfen?)

– Es ist ein Tropfen, vielleicht ist es sogar noch weniger, Herr Moser; es ist sehr wenig.

(Abg. Moser SPD: Homöopathisch!)

Um auf die Schwerpunkte der Gesetzesänderung zu kommen, zunächst einiges zur Erweiterung des Anlagerahmens. Die zukünftige gesetzliche Regelung verzichtet auf eine gesetzliche Festlegung der Anlagemöglichkeiten. Sie erinnern sich, ich habe vorhin ausgeführt, dass die Anlage lediglich in festverzinslichen Wertpapieren des Bundes oder der Länder erfolgen darf. Die Anlagemöglichkeiten sollen künftig weit geöffnet werden. Die Anlage soll sich künftig neben der Sicherheit auch am möglichen Ertrag orientieren. Gleichwohl wird die Höhe des Aktienanteils zur Risikobegrenzung auf 50 % begrenzt.

Insgesamt wird der Anlagespielraum vergrößert und so eine angemessene Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Ertrag auf der einen Seite und Risiko auf der anderen Seite ermöglicht. Mit der Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes wollen wir langfristig die Renditechancen bei vergleichbarer Sicherheit verbessern. Von Spekulation – davon war in einigen Presseartikeln die Rede – kann dabei keine Rede sein.

Die Anlage der Versorgungsrücklage ist sehr langfristig geplant. Bis 2013 sparen wir an, ab dem Jahre 2014 werden wir über einen Zeitraum von 15 Jahren das angesparte Geld zur Entlastung des Haushaltes einsetzen. Gerade dieser Zeithorizont rechtfertigt die Aktienanlage, zumal nur ein Teil des Geldes, höchstens 50 %, in Aktien angelegt werden darf.

Die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre hat gezeigt, dass Aktien als Investition zur Vermögensbildung auch bei kurzfristigen Kursrückgängen schon auf mittlere Sicht kaum zu schlagen sind. Meine Damen und Herren, ich weiß, dass der eine oder andere Schwierigkeiten hat, weil er Aktien für problematisch hält. Ich muss aber dazu sagen, dass dann die Versorgungsrücklage an der deutschen oder an der internationalen Wirtschaft beteiligt ist und das

(Minister Stratthaus)

Wachstum der Wirtschaft die Voraussetzung für die Wertsteigerung dieser Rücklage ist. Wenn die Wirtschaft nicht wachsen würde und alle großen Unternehmen nicht wachsen würden, dann würde wohl auch das Geld nicht seinen Wert behalten. Ich habe in Diskussionen erlebt, dass nominale Anlagen in Geld immer für absolut sicher gehalten werden, während Anlagen in Sachwerten der Wirtschaft für nicht so sicher gehalten werden. Wenn Sie die deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert betrachten, wissen Sie, was im Jahre 1923 und im Jahre 1949 geschehen ist und wie gut damals, relativ gesehen, Sachvermögen im Vergleich zu verbrieften Ansprüchen gegenüber der Reichsbank oder der Bundesbank abgeschnitten hat.

Es gilt aber auf jeden Fall: Je länger der zeitliche Anlagehorizont, desto geringer auch das Risiko. Wir werden also auch in Zukunft verantwortungsbewusst mit den der Versorgungsrücklage zufließenden Geldern umgehen müssen. Verantwortungsbewusst heißt aber auch, dass Optimierungsmöglichkeiten im Rahmen einer angemessenen Ertrags-Risiko-Relation ausgeschöpft werden. Außer Bayern hat bisher kein Bundesland die Anlage auf eine breitere Basis gestellt, insbesondere hat bisher kein Bundesland die Anlage in Aktien ermöglicht. Wir nehmen hier eine gewisse Vorreiterrolle ein. Ich darf Ihnen allerdings sagen, dass allein unsere Ankündigung sehr großes Interesse bei vielen Bundesländern gefunden hat. Ich bin überzeugt, dass in einigen Jahren in allen Bundesländern diese Möglichkeit geschaffen wird. Auf die Tatsache, dass in den Vereinigten Staaten und auch in England viele öffentliche Versorgungsgrundlagen auf Pensionsfonds, die letzten Endes zum großen Teil aus Aktien bestehen, fußen, möchte ich bei der Gelegenheit auch einmal hingewiesen haben.

Voraussetzung für die Optimierung ist neben der Erweiterung des Anlagespielraums auch die freie Wahl des künftigen Vermögensverwalters. Erst durch ein aktives, professionelles Anlagemanagement können alle Optimierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Deshalb wird die Beschränkung der Verwaltung des Sondervermögens auf die Landeszentralbank aufgehoben. Künftig besteht die Möglichkeit, die Verwaltung auf Dritte zu übertragen. Um es politisch noch einmal ganz klar zu sagen: Es wird nicht so sein, dass die Auswahl der Papiere, die für renditestark und für zukunftssträftig gehalten werden, direkt beim Finanzministerium vorgenommen wird, sondern man wird sich wohl großer Banken bedienen, wie das auch schon in anderem Zusammenhang geschehen ist. Das können die baden-württembergischen Banken, das können große deutsche Banken, aber auch internationale Banken sein, wie wir das zum Beispiel im Zusammenhang mit der Anlage des heute Morgen diskutierten Verkaufserlöses für die EnBW-Anteile bereits vorhaben.

Auch wenn wir jetzt eine Optimierung der Anlage erreichen können, so bedeutet die Versorgungsrücklage nur einen ersten Schritt zur Dämpfung der Versorgungsverpflichtungen. Man kann das besonders deutlich an Folgendem klarmachen: Wenn diese 0,2 Prozentpunkte, wie ich das vorhin vorgetragen habe, 15 Jahre lang jedes Jahr kumulativ verwendet werden, werden wir erst im Jahre 2015 in der Lage sein, die Belastung um einen Prozentpunkt zu verringern – ich habe vorhin 12,7 % gesagt –, also auf 11,7 %. Das ist ein Prozentpunkt; allerdings sind es natür-

lich 8 % der Zahlungen, die geleistet werden. Aus der Sicht des Landes gibt es im Jahre 2015 also sicher eine Entlastung. Sie sehen aber an diesem Beispiel, dass dieser Abzug über 15 Jahre nur ungefähr ein Zwölftel der Verpflichtungen vom Land wegnimmt. Daran sehen Sie, welche Rolle diese Versorgungsverpflichtungen in Zukunft für das Land spielen werden.

Zur Bewältigung dieser Zukunftsbelastung sind folgende zusätzliche Maßnahmen erforderlich: Der Bund und die Landespolitik werden gefordert sein, um den politischen Gestaltungsspielraum auch für zukünftige Generationen zu sichern. Die Konsolidierung des Haushalts – das ist eine wichtige Bedingung – muss auch in Zukunft verstärkt fortgesetzt werden, insbesondere müssen wir daran arbeiten, dass der Personalkostenanteil in unserem Haushalt zurückgeht. Er liegt zurzeit ungefähr bei 42 %. Das sind die direkten Personalausgaben, indirekt sind es noch wesentlich mehr, wenn ich an die Subventionierung von Institutionen denke, die auch wieder Personal beschäftigen.

42 % unserer bereits bereinigten Ausgaben sind Personalausgaben. Sie sehen, dass letzten Endes die Personalwirtschaft die Zukunft der Finanzwirtschaft des Landes bestimmt. Die Senkung der Personalausgaben muss deswegen auch in Zukunft ein landespolitischer und finanzpolitischer Schwerpunkt bleiben.

Ich glaube, wir können hier in Baden-Württemberg schon auf einige Erfolge hinweisen. Allerdings müssen die Erfolge noch größer werden. Wir haben vom Jahr 1993 bis zum Jahr 1999, also innerhalb von sechs Jahren, im Rahmen der beschlossenen Stelleneinsparungsprogramme insgesamt 5 477 Stellen abgebaut. Die beschlossenen Stellenabbauprogramme – es sind ja zwei Programme, eines zum Abbau von 4 200 Stellen und eines zum Abbau von 2 320 Stellen – werden auch in den Jahren 2000 und 2001 in dem Haushalt, der zurzeit gefahren wird, fortgesetzt. Bei vollständiger Realisierung der Stellenabbauprogramme bis zum Jahr 2002 können wir unter Berücksichtigung der Neustellen, die in Schwerpunktbereichen geschaffen worden sind, insgesamt einen Nettoabbau von 2 400 Stellen nachweisen.

Ich muss jetzt doch noch einmal auf diese Zahl eingehen, weil sie zum Teil auch in den Medien, wie ich finde, nicht ganz gerecht betrachtet wird.

(Abg. Moser SPD: Die Welt ist ungerecht!)

– Ich werde gleich die Zahlen nennen.

(Abg. Moser SPD: Die Welt ist hart und ungerecht, aber das Leben ist trotzdem schön! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Habe ich etwas falsch ausgedrückt?

(Abg. Moser SPD: Nein, nein!)

– Prima. Ich freue mich, dass Sie mir so gut zuhören.

Wir haben in den vergangenen Jahren 5 040 Lehrerstellen neu geschaffen. Wir haben gleichzeitig 1 860 Stellen bei der Polizei neu geschaffen. Das sind zusammen ganz genau 6 900 Stellen. Obwohl wir 6 900 Stellen in Bereichen, in denen sie eigentlich aus dem ganzen Parlament gefordert

(Minister Stratthaus)

werden, geschaffen haben, werden wir bis zum Jahr 2002 netto 2 400 Stellen abgebaut haben. Wir haben also einen Nettoerfolg. Es ist klar und meines Erachtens auch billig und gerecht, dass man dem Abbau immer auch den zusätzlichen Aufbau gegenüberstellt. Sonst zeigt man immer nur eine Seite der Medaille.

Das Fazit, meine Damen und Herren: Der überproportionale Anstieg der Versorgungsausgaben wird die Haushalte in den kommenden Jahren zunehmend belasten. Das ist keine Frage, das ist eine Feststellung. Deswegen müssen wir jede Möglichkeit zur Verbesserung der Ertragschancen nutzen,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Jede? Jede seriöse!)

wir dürfen dabei aber auch den Sicherheitsaspekt nicht vernachlässigen. Gerade auch die Zwecksetzung zur Versorgungsrücklage für die Zukunftssicherung gebietet, jede Optimierungschance zu nutzen. Denn jede Mark, die wir bei der Anlage der Versorgungsrücklage mehr einnehmen, führt zu einer höheren Entlastung des Landeshaushalts.

Im Namen der Landesregierung bitte ich Sie, dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes nach eingehender Beratung Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Moser SPD – Zurufe der Abg. Wieser und Seimetz CDU – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Winckler.

**Abg. Winckler** CDU: Herr Präsident, verehrte Damen, meine Herren! Der Finanzminister hat nahezu alles gesagt, was ausgeführt werden musste.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das kann man wohl sagen! – Abg. Dr. Puchta SPD: Das reicht!)

Um Sie nicht zu langweilen und aus zeitökonomischen Gründen beschränke ich mich deshalb heute und hier auf ganz wenige Sätze.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Schließen Sie sich an!)

Die jährlichen Versorgungsausgaben des Landes werden voraussichtlich von derzeit rund 4 Milliarden DM auf etwa 16 Milliarden DM im Jahr 2029 ansteigen. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird diese unabwiesbare enorme Zukunftsbelastung spätestens ab dem Jahr 2014 zu empfindlichen Einschränkungen von Aufgaben und Leistungen des Landes führen. Ein wenig gemildert werden können die für unsere Bürgerschaft nachteiligen Auswirkungen solcher Maßnahmen durch die Versorgungsrücklage, die, wie der Herr Finanzminister ausgeführt hat, bekanntlich ab dem Jahr 2014 für die Dauer von 15 Jahren zur teilweisen Finanzierung der Versorgungsausgaben verwendet werden soll. Im Hinblick darauf sollte das Sondervermögen ohne Vernachlässigung des Sicherheitsaspektes so ertragbringend wie möglich angelegt werden.

Die bisherigen Zinserträge sind relativ bescheiden. Wir begrüßen deshalb die Absicht, durch die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten künftig die Rentabilität zu verbessern. Ob allerdings der Aktienanteil dem Gesetzentwurf entsprechend bis zu 50 % betragen soll oder aber, was in der Vorlage verschwiegen wird, auf 30 % beschränkt werden soll, wie der Beirat offenbar beschlossen hat, darüber muss angesichts der jüngsten crashartigen Kursverluste rund um den Globus bei der Beratung im Finanzausschuss noch gesprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Der Schröder hat doch den ganzen Euro versaut! – Abg. Dr. Puchta SPD: So eine kurzfristige Betrachtung ist dem nicht angemessen!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Moser.

**Abg. Moser** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte keine Zahlen wiederholen, sondern nur noch einmal ein paar Grundsätze von unserer Seite sagen.

(Abg. Wieser CDU: Von welcher Seite?)

– Von der Seite der SPD, aber das ist Ihnen ja bekannt, werter Kollege.

Die Versorgungsrücklage ist nach unserer Auffassung eine Rücklage, die wir treuhänderisch zu verwalten haben. Daraus folgt, dass man mit diesem Geld mit aller Vorsicht umgehen muss. „Treuhänderisch“ sagt in erster Linie aus, dass das Geld auch vermehrt werden muss, und zwar optimal für diejenigen, denen es eigentlich gehört. Das sind die Beamten, die es eingezahlt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Wieser CDU – Abg. Winckler CDU: Viele Mitglieder dieses Gremiums!)

Das Land will nun durch die Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes ermöglichen, dass etwa 50 % des Vermögens und der Erträge in Aktien angelegt werden können. Das ist ein ordentlicher Brocken. Ich glaube, wir müssen uns im Ausschuss schon noch einmal intensiv darüber unterhalten, welchen Prozentsatz wir wählen, obwohl wir – das ist wichtig für Sie – vom Grundsatz her nicht abgeneigt sind, einer Erweiterung der Anlagemöglichkeiten zuzustimmen.

Das Interessante an Aktien ist ja, dass der Kursanstieg – das haben Sie richtig ausgedrückt, Herr Finanzminister – mittelfristig fast nicht zu schlagen ist, wenn wir die Geschichte der letzten 50 oder 55 Jahre betrachten. Über den langen Zeitraum gerechnet darf man damit wohl auch für die Zukunft rechnen, obwohl natürlich sämtliche Aktienanlagen immer spekulativ sind. Wenn der Aktienwert steigt – und nur darum geht es, nicht um die Dividende, die man vernachlässigen kann –, dann hat dieser Erfolg natürlich viele Väter und auch Mütter. Wenn der Aktienwert aber fällt, war es keiner.

(Abg. Wieser CDU: Das scheint aber logisch zu sein!)

(Moser)

Daraus entnehmen wir – und das ist eine der Forderungen –, dass es eine Kurssicherung geben muss. Das wird zwar den Ertrag etwas mindern, aber eine Kurssicherung wollen wir haben.

Das Zweite ist: Sie haben in dem Gesetz angekündigt, dass es Anlagerichtlinien geben wird. Ich gehe davon aus, dass Sie uns in der nächsten Finanzausschusssitzung diese Richtlinien vorlegen, denn nur über die Anlagerichtlinien können wir beurteilen, nach welchen Grundsätzen angelegt werden soll. Da das Teil des Gesetzes ist, bitte ich darum, uns diese Richtlinien, die in Ihrer Hoheit sind, bei der nächsten Finanzausschusssitzung vorzulegen. Ich hoffe, Sie sind dazu in der Lage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben in dem Gesetz auch vorgesehen, dass das Finanzministerium jährlich einen Bericht über die Verwaltung der Mittel des Sondervermögens bekommen soll. Ich bitte darum – und ich sehe dabei auch die Mehrheitsfraktionen an –, in das Gesetz aufzunehmen, dass nicht nur das Finanzministerium, sondern auch der Landtag unterrichtet wird. Wir müssen nachvollziehen können, ob eine Anlage erfolgreich war oder nicht, und wir müssen daraus gegebenenfalls auch bestimmte Konsequenzen ziehen dürfen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das Gehalt des Ministers daran koppeln!)

– Das Gehalt des Ministers daran koppeln? Da gibt es vielleicht noch andere, die man daran koppeln könnte.

(Abg. Winckler CDU: Es gibt auch Professoren!)

Zum Schluss möchte ich Ihnen sagen, dass wir unsere Zustimmung von den Daten, die Sie uns im Ausschuss vorlegen werden, abhängig machen, dass wir dann auch entscheiden werden, welcher Anlagehöhe wir zustimmen werden. Unser grundsätzliches Einverständnis habe ich Ihnen mitgeteilt.

Ich möchte Ihnen aber doch noch eine wichtige Erkenntnis von Mark Twain mit auf den Weg geben.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt wird es interessant!)

– Ja. Sie sind wahrscheinlich der Einzige, der ihn gelesen hat.

(Abg. Wieser CDU: Natürlich, sicher! – Abg. Dr. Puchta SPD: Er war sogar dort!)

Werter Kollege Wieser, Mark Twain hat geschrieben:

Der Oktober ist ein besonders gefährlicher Monat für die Börse.

Wir sind gerade im Oktober.

Die anderen sind Juli, Januar, September, April, November, Mai, März, Juni, Dezember, August und Februar.

(Heiterkeit)

In diesem Sinn wünsche ich eine fröhliche Beratung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Kommt der dann in den Aufsichtsrat, der Mark Twain?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, zwei kleine Vorbemerkungen.

Es war interessant, von Ihnen noch einmal Ausführungen zum Thema Versorgungsrücklagegesetz und zu der Debatte zu hören, die in diesem Haus schon im Jahr 1998 geführt worden ist, insbesondere am 10. Dezember 1998, als das Gesetz verabschiedet worden ist. Sie erinnern sich sicherlich: Auch unsere Fraktion hat damals diesem Gesetz zugestimmt.

Deswegen können Sie versichert sein, dass wir – das ist die zweite Bemerkung zu Ihrem Schlusssatz – in der Fraktion nach eingehender Beratung im Finanzausschuss – der Kollege Moser hat ja schon einige Punkte angesprochen – entscheiden werden, ob wir den Weg der vorgesehenen Gesetzesänderung, um die es heute geht, mitgehen können.

Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen, weil ich nicht das, was der Kollege Moser richtigerweise schon wiederholt hat – – Bevor wir entscheiden, brauchen wir natürlich Anlagerichtlinien, um zu wissen, wie Sie mit dem treuhänderisch verwalteten Geld umgehen, wie angelegt werden soll, wer anlegen soll, welche Träger in Betracht kommen. Sie wollen das Gesetz an dieser Stelle ja öffnen – nicht mehr nur die Landeszentralbank, sondern möglicherweise auch international tätige Banken etc. All diese Vorgaben sollten wir kennen, bevor wir über diesen Gesetzentwurf entscheiden.

Ich möchte noch – auch im Anschluss an die Ausführungen des Kollegen Moser – einen weiteren Gedanken ergänzen. Herr Minister, Sie liegen nicht richtig, wenn Sie sagen, Sie wollten nicht spekulativ anlegen. Aktien sind per se spekulatives Anlagevermögen. Deswegen muss auch, wenn man mit treuhänderisch verwaltetem Geld umgeht, das man spekulativ anlegt, der Sicherheitsgedanke durchaus eine Rolle spielen, vielleicht auch eine andere Rolle, als wenn ein privater Anleger Geld in Aktien investiert.

(Abg. Wieser CDU: Das ist selbstverständlich! – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Deswegen auch die Forderung nach den Anlagerichtlinien.

Ich möchte noch einen weiteren Gedanken anführen – er spielt in der gegenwärtigen Situation meines Erachtens auch für das Land wieder eine Rolle –, nämlich steuerliche Möglichkeiten oder Finanzierungsmöglichkeiten für Altersvorsorge auszunutzen, Möglichkeiten, die der Privatmann so nicht wird ausnutzen können. Denn ein Privatmann kann eine Anlage in Aktien steuerlich nicht als Vorsorgeaufwendungen absetzen. Deswegen muss man sagen: Der Weg, den die Landesregierung geht, ist zwar konsequent, aber er wird eingehender Beratung im Finanzausschuss bedürfen. Insbesondere darf der Sicherheitsgedanke nicht vernachlässigt werden.

(Oelmayer)

Alles in allem werden wir uns nicht sperren, wenn Sie vernünftige Vorschläge unterbreiten.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Denn auch wir sehen – aber das haben nicht wir zu verantworten, Herr Kollege Wieser –, dass die Personalausgaben im Landesetat allmählich solche Dimensionen annehmen – das gilt auch für die Vorsorge- und die Versorgungsaufwendungen –, dass der politische Gestaltungsspielraum immer mehr schrumpft. Deswegen werden Sie uns immer an Ihrer Seite haben, wenn Sie mit vernünftigen Vorschlägen – auch im Finanzausschuss – aufwarten.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiel.

**Abg. Kiel** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der gebotenen Kürze nur so viel: Der Gesetzentwurf ist kein Freibrief für wilde Spekulationen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Aber er ist die Aufforderung, eine sichere mit einer ertragreichen Anlage zu verbinden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Bei gutem Management der Gelder bieten sich dabei auch gute Chancen. Unser Wirtschaftssystem lässt solche Möglichkeiten bei überlegten Anlageformen zu. „Safety first“ gilt auch hier, nicht aber die Uraltmethode mit Omas Kopfkissen oder Omas Sparstrumpf.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr kurz!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

**Abg. Rapp** REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Dezember des Jahres 1998 haben wir das Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Baden-Württemberg beschlossen. Der Hintergrund waren steigende Pensionslasten. Die Kassen des Bundes und der Länder werden damit immer extremer belastet.

Ich möchte ein kleines Zahlenbeispiel dazu bringen, was sich bundesweit – nicht nur landesweit – in nächster Zeit abspielen wird. In diesem Jahr werden für Beamte und Richter sowie deren Hinterbliebene bundesweit 45 Milliarden DM an Pensionszahlungen geleistet; im Jahr 2040 werden es 160 Milliarden DM sein, wenn wir so weitermachen wie jetzt.

Letzten Endes haben wir die Wahl, entweder Vorsorge zu treffen oder zu warten, bis – neudeutsch ausgedrückt – der Pensionscrash kommt, und das wollen wir nicht. Es war deshalb sinnvoll, diese Pensionsrücklage einzuführen und nach und nach für die Altersversorgung der Beamten anzusparsen.

Wenn man ein gewisses Vermögen gebildet hat, ist es selbstverständlich, dass man nach passenden Anlagemöglichkeiten sucht. Zu den passenden Anlagemöglichkeiten gehört heute mit Sicherheit auch die Aktie, aber unter dem Vorbehalt, dass nicht hoch spekulative Aktien gekauft werden, sondern Aktien, die sich mittel- bis langfristig besser verzinsen, als es eine Geldanlage tun würde.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn wir das wüssten, würden wir heute alle nicht hier sitzen!)

– Doch, das können Sie heute schon. Draußen gibt es, Frau Kollegin, entsprechende Fonds: mit höherem Risiko, mittlerem Risiko und geringerem Risiko. Wenn es klappt, haben Sie Riesengewinne; wenn Sie Pech haben, dann haben Sie am Schluss eben nichts mehr. Das gibt es alles schon.

Eine gute Geldanlage machen Sie im Moment zum Beispiel auch dann, wenn Sie Ihr Geld nicht in Euro anlegen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Toll! Prima!)

Die beste Geldanlage, die Sie machen können, ist, wenn Sie ein vernünftiges Geld nehmen, das nicht in 18 oder 20 Monaten 25 % seiner internationalen Kaufkraft verliert.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Eben! Das ist doch unbestreitbar!)

Nun aber den spaßigen Ernst beiseite; das war ein Stück Galgenhumor.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Wo war denn der Humor?)

Wir gehen natürlich schon davon aus, Herr Finanzminister, dass Sie, wenn Sie treuhänderisch mit diesem Geld Aktien kaufen, nicht irgendwelche Aktien einer Landesfirma nehmen werden – die möglicherweise vielleicht noch gegründet wird –, um dem Land keine Schulden zuzumuten und die Finanzierung zu regeln. Wir gehen davon aus, dass Sie Aktien auf dem freien Markt kaufen.

(Abg. Winckler CDU: Rothaus!)

Wir haben hier immer wieder viele Tricks erlebt. Es müssen Aktien auf dem freien Markt gekauft werden,

(Abg. Wieser CDU: Wo denn sonst? Auf welchem Markt sollen sie denn sonst gekauft werden? Das ist ja unmöglich! – Gegenruf des Abg. Moser SPD: Auf dem Wochenmarkt!)

die Gewinnaussichten versprechen. Das Land darf nicht wieder hinterrücks eigene Kassen selbst finanzieren. Das wollen wir nicht.

Ich glaube, heute sind viele Bedenken geäußert worden, aber es ist wohl sinnvoller, diese Bedenken im Ausschuss miteinander zu besprechen, als es jetzt hier zu tun, ohne die Chance zu haben, eine richtige Antwort zu bekommen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Wieser CDU: Noch einmal?)

**Finanzminister Stratthaus:** Meine Damen und Herren, es sind einige Fragen gestellt worden. Zunächst möchte ich mich wirklich ganz herzlich für die sachliche Diskussion bedanken. Ein Teil der Fragen kann jetzt schon beantwortet werden.

Herr Rapp, ich bin schon ein bisschen überrascht, dass Sie indirekt die Geldanlage in ausländischen Währungen empfehlen. Habe ich Sie da richtig verstanden?

(Lachen bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Rapp REP: Ja, wenn ihr das gute Geld kaputtmacht!)

Das war so ernst gemeint wie Ihre Beiträge. Nehmen Sie mir es nicht krumm.

(Abg. Moser SPD: Wenn es ums Geld geht, haben alle die gleiche Religion!)

Eigentlich muss man ja gerade jetzt in den Euro einsteigen, wenn er so niedrig bewertet wird.

(Abg. Deuschle REP: Sie waren auch schon besser, Herr Finanzminister!)

Vielleicht einige Dinge vorweg. Ich möchte nochmals betonen: Die Geldanlage nimmt nicht das Finanzministerium vor. Es gibt einen Beirat dieses Fonds. In diesem Beirat ist zwar das Land vertreten, aber auch der Beamtenbund und die Gewerkschaften, wie zum Beispiel die ÖTV. Diese werden letzten Endes bestimmen, was mit dem Geld geschieht. Wenn wir sagen „bis 50 %“, dann eröffnet das lediglich die Möglichkeit, bis 50 % zu gehen. Ich darf Ihnen als Information mitteilen, dass man in diesem Beirat, der so zusammengesetzt ist, wie ich es gesagt habe, die Sache schon diskutiert hat und zu dem Ergebnis gekommen ist: Wir wollen zunächst einmal nur auf 30 % in der internen Anlageentscheidung gehen. Es ist also lediglich eine Möglichkeit. Niemand ist verpflichtet, auf 50 % zu gehen.

(Abg. Moser SPD: Das ist klar!)

Natürlich wird es Anlagerichtlinien geben. Man wird in der Tat versuchen, eine möglichst breite Streuung vorzunehmen. In einer solchen Anlagerichtlinie wird dann stehen, dass ein gewisser Prozentsatz nur in Aktien innerhalb des Euroraumes angelegt werden darf, ein kleinerer Teil im Dollarraum, ein weiterer Teil im europäischen Nicht-EU-Ausland, also in der Schweiz usw. Solche Dinge werden sicher in einer Anlagerichtlinie stehen.

(Abg. Moser SPD: Herr Minister, schaffen Sie das bis zur nächsten Finanzausschusssitzung?)

– Ich werde mich bemühen.

(Abg. Moser SPD: Herr Hägele nickt!)

Herr Moser, ich weiß im Moment nicht, wie weit der Beirat da jeweils gehört werden muss.

(Abg. Winckler CDU: Der muss gehört werden!)

Denn im Beirat sind ja diejenigen vertreten, denen das Geld letzten Endes gehört, nämlich die Beamten mit ihren entsprechenden Organisationen.

Sie haben Mark Twain zitiert, der von den zwölf gefährlichen Börsenmonaten geredet hat. Da haben Sie vollkommen Recht. Wir legen aber nicht auf Monatsfrist an, sondern auf Jahrzehntefrist. Das ist der entscheidende Unterschied. Wenn Sie Mark Twain gefragt hätten, dann hätte er gesagt: Es gibt gute Aktienjahrzehnte: die Siebziger-, die Achtziger-, die Neunzigerjahre und das Jahr 2000. Sie dürfen Mark Twain nicht bloß zur Hälfte zitieren.

(Abg. Moser SPD: Der lebt aber leider nicht mehr!)

– Aber das hätte er gesagt, wenn er noch leben würde.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das war jetzt Stratthaus! – Heiterkeit)

Weiter haben Sie gefordert, das Aktiensparen müsse für die Arbeitnehmer auch steuerbegünstigt sein. Das ist natürlich Bundesrecht. Ich bin der Meinung, dass es steuerbegünstigt sein sollte. Das ist aber, soweit ich informiert bin, im Augenblick nicht vorgesehen. Wir müssen dann halt über den Bundesrat oder über die Parteien entsprechend aktiv werden.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Es wird – das ist mir ganz wichtig – keine politische Anlage durch das Finanzministerium sein, sondern der Beirat wird zunächst einmal einen Anlagerat bilden. Wir werden uns dann wohl Banken bedienen, die das letzten Endes professionell für uns machen. Diesen Banken wird man zur Aufgabe machen, dass sie möglichst langfristig anlegen.

Es ist vorhin gesagt worden, Aktien seien immer spekulativ. Das ist richtig. Jetzt kann man aber natürlich über den Ausdruck „spekulativ“ spekulieren. Wenn wir zum Beispiel für das Jahr 2002 einen Haushaltsplan aufstellen und darin die Steuereinnahmen angeben, dann ist das auch spekulativ.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Puchta SPD: Aber zurzeit meistens positiv!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Gestatten Sie mir den Hinweis: Die Regierung hat sieben Minuten länger gesprochen als das gesamte Parlament.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ja unerhört!)

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

(Abg. Moser SPD: Herr Präsident, würden Sie mir vielleicht noch eine Frage erlauben, die auch über den Tisch beantwortet werden kann: Herr Finanzminister, wie eilig ist Ihnen die Behandlung des Gesetzentwurfs?)

**Finanzminister Stratthaus:** Darf ich den Herrn Präsidenten, der immer sehr präzise ist, fragen, ob ich von hier aus eine Antwort geben darf?

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie dürfen von hier aus eine Antwort erteilen. Bitte schön.

(Abg. Wieser CDU: „Von dort aus“ heißt es eigentlich!)

**Finanzminister Stratthaus:** Es ist uns schon relativ eilig. Es muss aber nicht in der nächsten Finanzausschusssitzung sein.

(Abg. Moser SPD: Danke! Dann regle ich das gleich!)

– Sehr gut, Herr Vorsitzender.

**Stellv. Präsident Birzele:** Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Es ist Überweisung des Gesetzentwurfs an den Finanzausschuss vorgeschlagen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 6 aufrufe, möchte ich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne den neu ernannten türkischen Generalkonsul in Stuttgart, Herrn Ahmet Funda Tezok begrüßen.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Generalkonsul Tezok hat am 1. September 2000 die Leitung des Stuttgarter Generalkonsulats übernommen.

Herr Generalkonsul, ich wünsche Ihnen eine gute Amtszeit hier in Stuttgart und ein erfolgreiches Wirken für Ihr Land und Ihre Landsleute.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – „Kirchenasyl“ in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4690**
- b) **Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Beendigung von so genanntem Kirchenasyl in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4783**
- c) **Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Beendigung aller Fälle von so genanntem Kirchenasyl in Baden-Württemberg – Drucksache 12/5473**

Das Präsidium hat für die Begründung zu den Anträgen unter a bis c eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Herr Abg. Käs, Sie haben das Wort.

**Abg. Käs REP:** Vielen Dank.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Formulierung der Anträge unter b und c – Beendigung von so genanntem Kirchenasyl und Beendigung aller Fälle von so genanntem Kirchenasyl – zeigt eigentlich schon deutlich, dass nach unserem Dafürhalten ein Handlungsdefizit anzuprangern ist, ein Handlungsdefizit, das nicht eine Lappalie umfasst, sondern eine grundsätzliche Frage berührt, nämlich das Verhältnis zu unserem Rechtsstaat.

Wir hatten in der deutschen Geschichte irgendwann vor vielen hundert Jahren schon historische Fälle von Kirchenasyl. Da gab es eine historische Auseinandersetzung. Ich

halte jetzt kein historisches Kolloquium, aber ich möchte diesen kleinen Rückgriff schon machen. Da gab es einen Machtkampf zwischen Kirche und Staat, Kaiser und Kirche um die Vormacht im Reich. Da gab es natürlich auch den einen oder anderen Ganoven, der sich diese Auseinandersetzung zunutze gemacht und sich bei der Kirche verkrochen hat, wenn ihm der Staat hinterhermarschiert ist. Dann hat es eben solche Fälle gegeben, wo jemand zu Recht oder zu Unrecht verfolgt wurde und dann im Schoß der Kirche Schutz gefunden hat.

Mittlerweile leben wir nicht mehr im Mittelalter, sondern in einem demokratischen Rechtsstaat, und wir sollten eigentlich der Meinung sein, dass solche Fälle in die Geschichtsbücher gehören und der historischen, beschaulichen Ansicht anheim gestellt werden können, ohne dass man sich aktuell damit beschäftigen muss. Aber in der Tat gibt es immer noch Fälle von Kirchenasyl. Nach einer nur als Schätzung bezeichneten Einschätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ gibt es bis heute nahezu 3 000 Fälle von Kirchenasyl in Deutschland, und nach der Auskunft der Landesregierung gibt es über einen längeren Zeitraum hinweg in Baden-Württemberg immer wieder – in der Größenordnung zwischen 30 und 40 Fällen – Kirchenasyl.

Nun kann man in der Tat sagen: Das sind Lappalien. Aber uns geht es um eine grundsätzliche Frage im Umgang mit einer solchen Form von Rechtsbruch. Erst vor kurzem wurde in einer von der katholischen Bischofskonferenz herausgegebenen Argumentations- und Entscheidungshilfe das Kirchenasyl als Akt der Nothilfe und letzte Hoffnung für Flüchtlinge verteidigt. Von der EKD, der Evangelischen Kirche in Deutschland, gibt es Ähnliches. Darin heißt es unter anderem: Die Aufnahme von ausreisepflichtigen Flüchtlingen in Kirchen und Gemeindehäusern diene dem Ziel, – ich zitiere – „dem der begründeten Befürchtung nach zu Unrecht abgewiesenen Flüchtling zu seinem Recht zu verhelfen“.

Die Gewährung von Kirchenasyl wird dabei als die Folge einer Rechtswirklichkeit dargestellt, in der es permanent zu eklatanten Fehlleistungen der Behörden und Gerichten käme und in der es aufgrund eklatanter Mängel bei der Durchführung des Asylverfahrens zu angeblich fatalen Folgen für die Flüchtlinge komme. Das ist eine Darstellungsweise, die man sich als durchaus rechtstreuer Bürger – das wollen wir ja alle sein – einmal auf der Zunge zergehen lassen muss. Da gibt es rechtskräftige Gründe, jemanden abzuschieben. Behörden haben geprüft. Gerichte haben geprüft. Es soll abgeschoben werden. Dann erheben sich nun einige über dieses Gesetz, geschützt und getragen von moralischen Ansprüchen, woher sie diese auch immer genommen haben wollen, und beginnen, Rechtsentscheidungen infrage zu stellen.

Nun ist auf der anderen Seite der Staat gefragt, und er sollte eigentlich das Recht durchsetzen. Aber es geschieht nichts. Wir haben permanent eine hohe Zahl solcher Fälle von Kirchenasyl. Und wenn ich mir die Stellungnahmen zu unseren Anträgen gerade zu der Frage, warum bisher nichts Konsequentes passiert, anschau, dann stelle ich fest, dass es lapidar nach dem Motto geht: Wir versuchen das ja zu machen und wir bemühen uns ja redlich – so ungefähr

(Käs)

kommt es einem vor –, aber konkrete Schritte sind nicht feststellbar. Stattdessen stelle ich fest, dass es eine institutionelle Verfestigung dieses Rechtsbruchs gibt. Wenn Sie im Internet das Stichwort „Kirchenasyl“ eingeben, dann gibt Ihnen das System Dutzende von Internetseiten aus, wo ganz offensiv dieser Rechtsbruch gerechtfertigt wird, nicht etwa mit juristischen Argumenten, sondern mit moralischen Argumenten selbst ernannter Moralapostel.

(Beifall bei den Republikanern)

Da gibt es eine Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ – wir sagen: eine Bundesarbeitsgemeinschaft zur Rechtfertigung von Rechtsbruch. Oder wie habe ich das zu verstehen? Und der Staat steht daneben und zuckt mehr oder minder mit den Schultern.

Warum hat man nicht versucht, mit den Kirchenoberen ins Gespräch einzutreten, die das teilweise nicht selten durchaus auch als problematisch ansehen? Mit liegt hier ein Papier der EKD vor. In diesem sagt die Kirche in grenzenloser Toleranz, wenn Sie so wollen: Ja Gott, das sind Schäflein im Rahmen der Kirche – die sehen das so –, es gibt ja moralische Grundsätze, und wir sind ja alle so lieb und brav. Aber dann heißt es unten drunter in einem Satz – ich muss erst die Stelle finden –:

Diejenigen, die aus einem Gewissenskonflikt heraus weiter gehen und sich zu einem begrenzten Verstoß gegen bestehende Rechtsvorschriften entschließen, müssen dafür freilich wie bei allen Aktionen zivilen Ungehorsams auch selbst die Verantwortung tragen.

Jetzt frage ich mich: Wo ist der Staat, der diese Rechtsbrecher tatsächlich zur Verantwortung zieht? Die Landesregierung selber sagt, dass in solchen Fällen nichts unternommen worden sei und dass man auch nicht auf die Kirche eingewirkt habe nach dem Motto: Unterbindet das! Wie ist das mit diesem Rechtsstaat? Wie sieht es in diesem Rechtsstaat aus, wenn in der Tat – wenn es auch nur wenige Fälle sind – aufgrund selbst aufgestellter moralischer Grundsätze Rechtsgrundsätze wie eben der Grundsatz, dass bestimmte Prinzipien, rechtskräftige Entscheidungen zum Beispiel, durchgesetzt werden müssen, offen geduldet infrage gestellt werden können?

Da hilft es natürlich nicht, dass wir sagen, wir seien dagegen, wir wollten das gar nicht, sondern es ist notwendig, das dann tatsächlich auch durchzusetzen. Doch da fehlt es. Stattdessen wird eine eklatante Ungleichbehandlung toleriert. Was ist denn das für ein Staat, der sagt, es gebe so und so viele abzuschiebende Asylbewerber, der dann aber duldet, wenn mehr oder weniger willkürlich eine minimal kleine Gruppe herausgegriffen und einer bevorzugten Behandlung unterworfen wird, während die Asylbewerber, die – ich sage es mal so forsch – so dumm sind, sich dem Gesetz zu unterwerfen, abgeschoben werden? Wo bleibt denn hier die Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes?

(Beifall bei den Republikanern)

Es gibt doch nicht nur eine Gleichheit beim Erheben von Ansprüchen, sondern es gibt doch auch eine Gleichheit in der Frage der Durchsetzung unangenehmer Dinge. Wo bleibt hier die entsprechende Maßnahme? Hier wird gegen

so viele grundsätzliche Prinzipien unseres Rechtsstaats verstoßen, dass man eigentlich von der Landesregierung – den Innenminister suche ich hier in unseren Reihen vergeblich – erwarten müsste, dass hier etwas zügiger und konsequenter der Durchsetzung von Recht und Gesetz Nachdruck verschafft wird.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Bevor ich das Wort weiter erteile, will ich darauf hinweisen, dass heute Morgen der Herr Landtagspräsident bei der Eröffnung der Sitzung ausdrücklich bekannt gegeben hat, dass Herr Innenminister Dr. Schäuble dienstlich verhindert ist.

Das Wort erhält Herr Abg. Schmid.

**Abg. Roland Schmid** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufforderung der Republikaner, das Kirchenasyl zu beenden, klingt ja relativ zahm, wenn man das im Antrag so liest. Aber da muss man doch vielleicht einmal irgendwo die Frage stellen, wie sie sich das eigentlich vorstellen. Gemeint ist doch wohl, dass unmittelbarer staatlicher Zwang angewandt werden soll, dass sozusagen die Aufforderung der Republikaner an den Staat ergeht: Stürmt mal die Kirchen, und holt die Leute raus!

(Abg. Deuschle REP: Ach was!)

– Sonst müssten Sie mir mal erklären, wie Sie das Kirchenasyl beenden wollen.

Sie reden hier von unmittelbaren Zwangsmaßnahmen, die Sie anwenden wollen.

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Ich bin sicher, dass auf dieser Seite hier im Haus Gott sei Dank niemand ernsthaft in Erwägung zieht, so vorzugehen.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in diesem Land ist gut, und das soll auch so bleiben. Ich glaube nicht, dass das Miteinander von Staat und Kirchen, die in diesem Land auch eine ganz wichtige Aufgabe gut erfüllen, dadurch ernsthaft beeinträchtigt wird, dass engagierte Christen ihr Gewissen über staatliches Recht stellen, und das nur in wenigen Fällen.

(Abg. Käs REP: Und das wird geduldet? – Abg. Deuschle REP: Ah ja!)

Es darf aber auch kein Zweifel daran aufkommen – das ist die andere Seite, die man durchaus auch erwähnen muss –, dass es im funktionierenden Rechtsstaat natürlich keinen Raum für ein außerhalb der Rechtsordnung angesiedeltes Kirchenasyl gibt.

(Zurufe von den Republikanern)

– Sie sagen es immer ein bisschen anders und ein bisschen schärfer: In die Kirchen hineinspringen und die Leute raus holen. Das sagen Sie. Das sehen wir wirklich ganz anders.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

(Roland Schmid)

Im Übrigen sind die Kirchen ja selbst der Auffassung, dass es kein Recht auf Kirchenasyl gibt. Die katholische Kirche hat im Jahr 1983 das damals noch im Codex Juris Canonici geltende Kirchenasyl herausgestrichen, weil sie erkannt hatte, dass es für dieses Kirchenasyl einen Hintergrund gibt. Es gab eine Zeit, in der das Kirchenasyl eine hohe Bedeutung hatte. Da gab es Lynchjustiz, da wollte man vor Rache schützen, wollte man bei unzumutbaren Rechtsverfahren, wo es nicht wie heute einen Rechtsweg gab, schützen und musste das auch tun. Damals gab es noch Verstümmelungen, Leibesstrafen, Todesstrafe. Diese Zeiten – das kann wohl niemand bestreiten – haben sich geändert, und zwischenzeitlich hat sich da sehr viel getan.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Wir haben heute nicht nur eine funktionierende Rechtsordnung, sondern wir haben auch ein staatliches Asylrecht, das seinesgleichen in der Welt sucht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Innerhalb der für alle geltenden Gesetze ist eben nur dieses staatliche Asylrecht verfassungsmäßig verankert und maßgebend. Deshalb ist Asyl keine Angelegenheit der Kirchen.

(Beifall bei den Republikanern)

Unsere Verfassung achtet aber auch – und das ist mehrfach in der Verfassung niedergelegt –, dass es in diesem Land in hohem Maß Glaubens- und Gewissensentscheidungen gibt. Wenn sich nun Christen auf ihr Gewissen berufen und Kirchenasyl gewähren, kann das der Staat zwar nicht akzeptieren – denn Unrecht bleibt Unrecht –, aber wir können diese persönliche Haltung achten und müssen nicht gleich mit staatlichem Zwang antworten und Gewalt anwenden.

Im Übrigen tun sie natürlich etwas; sie wollen ja Zeit gewinnen, mit den staatlichen Behörden reden. Sie versuchen, zu einem anderen Ergebnis zu kommen, und sie tun das, was zumindest manche Kollegen im Petitionsverfahren auch tun: Sie spielen auf Zeit. Ich denke, solche Überlegungen muss man durchaus mit einbeziehen.

Deshalb: Die Innenverwaltung geht den richtigen Weg. Sie versucht, in jedem einzelnen dieser Fälle zu einer Lösung zu kommen. Sie versucht, die Spielräume, die das Recht gibt, für das Gespräch anzubieten und zu konkreten Lösungen zu kommen und danach die rechtsstaatlich zustande gekommene Entscheidung zu vollziehen.

Deshalb meine Bitte: Lassen Sie die Kirche im Dorf, und stellen Sie nicht solche Forderungen auf, die einfach nicht in die Landschaft passen!

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Heiler.

(Unruhe)

**Abg. Heiler SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr König von den Republikanern hat in seiner Rede durchweg davon gesprochen, dass wir es hier mit Rechtsbruch und mit Rechtsbrechern zu tun hätten.

(Abg. Deuschle REP: Sie haben nicht einmal zugehört, wer geredet hat! – Abg. Käs REP: Sie reden zum falschen Tagesordnungspunkt!)

Er hat so getan, als seien diejenigen, die für Kirchenasyl verantwortlich sind, allesamt Straftäter oder Verbrecher. Ich halte eine solche Art und Weise für widerwärtig – ich sage Ihnen dies ganz deutlich, Herr Käs –, wie Sie mit diesem Thema umgehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Pauschalierungen zu diesem Thema, meine Damen und Herren, sind völlig fehl am Platz. Jeder Einzelfall ist für sich daraufhin zu untersuchen, wie man der Wechselwirkung von staatlichem Rechtsgüterschutz einerseits und Kirchenfreiheit andererseits durch eine Güterabwägung Rechnung trägt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Die Frage ist, ob das Kirchenasyl unter die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Artikels 4 des Grundgesetzes fällt. Diese Glaubens- und Gewissensfreiheit wird durch die Bekenntnisfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung ergänzt. Diese Grundrechte gelten im Übrigen nicht nur für Einzelpersonen, sondern auch für juristische Personen, also auch für Kirchengemeinden.

Zur Glaubensfreiheit gehört, sein Handeln nach seinem Glauben und nach seiner Religion auszurichten. Die Kirchen haben nach ihrem eigenen Selbstverständnis die Pflicht zur fürsorglichen Behandlung Hilfsbedürftiger, sprich Caritas.

Wenn nun eine Kirchengemeinde oder ein dort Verantwortlicher nach sorgsamer Prüfung im Einzelfall zum Ergebnis kommt, dass sie bzw. er aus religiösen Gründen nach ihrer bzw. seiner inneren Überzeugung verpflichtet seien, Kirchenasyl zu gewähren, so fällt dies nach meinem Verständnis unter den Schutz des Artikels 4 des Grundgesetzes.

Es gibt hier, meine Damen und Herren, natürlich Grenzen. Die Verfassungsnorm, religiöses bzw. durch Gewissen motiviertes Handeln zu schützen, kann mit anderen Verfassungsnormen oder den mit Verfassungsrang ausgestatteten Gemeinschaftswerten kollidieren. Bei einer solchen Kollision ist wiederum eine Güterabwägung vorzunehmen. Es gibt hier ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, Band 32 Seite 98:

Der konkrete Konflikt zwischen einer nach allgemeinen Anschauungen bestehenden Rechtspflicht und einem Glaubensgebot kann den Täter in eine seelische Bedrängnis bringen, dergegenüber die kriminelle Bestrafung, die ihn zum Rechtsbrecher stempelt, sich als übermäßige und daher seine Menschenwürde verletzende Reaktion darstellen würde.

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, dass es in fast ausnahmslos allen Fällen in der Bundesrepublik – seit Mitte der Achtzigerjahre rund 3 000 Fälle von Kirchenasyl – so war, dass das Rechtsgut der Glaubens- und Gewis-

(Heiler)

sensfreiheit nach Prüfung jeweils im Einzelfall einen höherrangigen Anspruch genießt und dass all diejenigen, die dort Verantwortung getragen haben, es sich alles andere als leicht gemacht haben und nach einer sorgfältigen Abwägung zu dem Ergebnis gekommen sind, man müsse in bestimmten Fällen Kirchenasyl, sprich Hilfe, gewähren.

Jetzt wurde von Maßnahmen gegen Kirchen gesprochen, mit welchen Rechtsmitteln die Landesregierung bisher gegen die Verantwortlichen der Kirchen und gegen die Kirchen vorgegangen ist. Kollege Schmid hat es gesagt: Es ist schon erstaunlich, dass Sie verlangen, die Kirchen sollten quasi gestürmt werden, denn es ist wirklich so, dass Ihre Forderung anders nicht durchzusetzen wäre.

(Abg. Roland Schmid CDU: Die denken in der Vergangenheit!)

– Ja, genau.

Meine Damen und Herren, der wesentliche Punkt ist für mich folgender: Die Kirchen erheben keinen Anspruch auf Gewährung eines Kirchenasyls. Es ist allgemein anerkannt, dass weder aus dem Grundgesetz noch aus anderen Rechtsvorschriften ein solches Recht hergeleitet werden kann. Auch die Kirchen selbst respektieren, dass nur der Staat Asyl gewähren kann. Nur wenn das Kirchenasyl jetzt inflationär gehandhabt würde, hätte es sein moralisches Kapital verspielt und wäre wohl auch in der Bevölkerung oder auch in der Politik kein Verständnis mehr dafür vorhanden. Aber gerade die geringe Anzahl der Kirchenasylfälle zeigt augenscheinlich, dass Kirchengemeinden und deren Verantwortliche offenbar sehr sensibel und sehr verantwortungsbewusst mit diesem Thema umgehen.

Gestatten Sie mir, dass ich aus der letzten Ausgabe von „Chrisma Plus“, dem evangelischen Magazin, zitiere. Dort steht:

Insgesamt suchten seit Mitte der Achtzigerjahre mehr als 3 000 Menschen Schutz im Kirchenasyl in der Bundesrepublik, und rund 70 % von ihnen erhielten mithilfe der Gemeinden doch noch ein vorübergehendes oder auch dauerhaftes Bleiberecht.

Das zeigt: Vielleicht oder wahrscheinlich haben diejenigen, die Kirchenasyl gewähren, so Unrecht doch nicht.

Meine Damen und Herren, solange sich die Kirchen und deren Verantwortliche nicht anmaßen, zu entscheiden, was Recht und Unrecht ist, sondern dies dem Staat überlassen, solange klar ist, dass die Kirchen keine rechtsfreien Räume schaffen wollen und es sich wirklich nur um eine geringe Anzahl von Fällen handelt, tut dieser Rechtsstaat gut daran, Toleranz zu üben.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Käs, Sie haben wieder einmal mit der Maßlosigkeit in Ihrer Sprache und der Art, wie Sie hier argumentierten, gezeigt, dass Sie das

Zeug zum Demokraten in keiner Weise haben, weil Ihnen die richtigen Maßstäbe fehlen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Wie leiteten Sie diese Debatte ein? Sie leiteten sie mit Rekurs auf die Historie ein und sagten: Früher im Mittelalter gab es mal Kirchenasyl, wo sich Ganoven verkrochen haben. Damit leiteten Sie die Diskussion ein und wollten suggerieren, wir hätten heute ähnliche Verhältnisse, wo sich irgendwelche Ganoven bei den Kirchen verkrochen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Zweitens redeten Sie in diesem Zusammenhang, wo es darum geht, Menschen in großer Bedrängnis und Not beizustehen, davon, dass irgendwelche – wörtlich – selbst ernannten Moralapostel sich irgendetwas anmaßen.

(Abg. Deuschle REP: Wie Sie zum Beispiel!)

Unsere Kirchen in Baden-Württemberg repräsentieren immerhin noch weit über 80 % der Bevölkerung. So viel Mitglieder haben sie noch. Immerhin ist es, wie ich meine, noch Konsens unter den demokratischen Parteien, dass die Kirchen eine berechnete moralische Instanz in dieser Gesellschaft sind. Das sind keine „irgendwelche selbst ernannten Moralapostel“, sondern in der ersten These sagt die EKD:

Beistand für Bedrängte ist Christenpflicht. Daran lässt die Bibel keinen Zweifel.

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Solche Pflicht gilt auch gegenüber Menschen, die sich durch die Ablehnung ihres Asylgesuchs und die danach anstehende Abschiebung an Leib und Leben bedroht sehen und sich deswegen um Hilfestellung an einzelne Christen und Bürger, ein Pfarramt, eine Kirchengemeinde oder die Kirche wenden.

Wenn man sich einmal vor Augen hält, um was es aktuell geht,

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

nämlich um sieben Familien in Baden-Württemberg, die im Moment Kirchenasyl haben, kann man sich eine von diesen sieben Familien anschauen, nämlich eine Familie in Tübingen. Das ist eine Familie, von der ein Sohn anerkannter Asylbewerber ist. Alle anderen sollen abgeschoben werden – zwei Töchter und die Eltern. Alle anderen Angehörigen und Verwandten haben in Frankreich, in der Schweiz und in anderen Bundesländern Asyl. Die Mutter ist ein traumatisierter Folteropfer.

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Und worum geht es jetzt? Darum, dass noch einmal ein Gutachten für einen Asylfolgeantrag erstellt wird. Die Forderung geht nicht weiter, als dass diese Familie so lange bleiben kann. Damit wird schon ganz klar gezeigt, um was

(Kretschmann)

es beim Beistand von Kirchen geht: in ganz begrenzten, schwerwiegenden Einzelfällen für eine gewisse Zeit solchen Familien Schutz und Beistand zu gewähren. Um mehr geht es nicht. Da solche Töne anzuschlagen, wie Sie das tun, Herr Käs, zeigt, dass Ihnen jegliche Maßstäbe abhanden gekommen sind, sofern Sie überhaupt jemals welche hatten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Roland Schmid CDU)

Die Kirchen haben sehr deutlich dazu Stellung genommen – ich zitiere die dritte These der EKD –:

Kirchenasyl als eine eigene Rechtsinstitution gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Die Kirche nimmt ein solches Recht auch nicht in Anspruch. Sie darf auch nicht den Anschein eines solchen Rechts erzeugen durch ein Verhalten, mit dem die Scheu staatlicher Organe vor dem Vollzug rechtmäßiger Maßnahmen in kirchlichen Räumen ausgenutzt werden soll. Ziel des Beistandes ist es vielmehr, für Zuflucht suchende Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, nicht in der Kirche, die Gewährung des Asyls oder eines anderen Aufenthaltsrechts zum Schutz vor besonderer Bedrohung doch noch zu erwirken. Nur der Staat kann solchen ein Recht gewähren.

Ich glaube, dass die Kirchen damit ganz deutlich und unmissverständlich gesagt haben, dass es keine rechtsfreien Räume gibt, auch nicht in Kirchen, sondern dass sie in ganz ausgewählten Fällen Menschen helfen wollen. Es ist schon gesagt worden, dass das in 70 % der Fälle von so genanntem Kirchenasyl auch erfolgreich war. Kollege Schmid hat zu Recht noch einmal darauf hingewiesen, dass es wohl unvorstellbar ist, dass in unserem Gemeinwesen der Staat einfach Kirchen aufbricht und die Leute rausholt. Da kommt ein wichtiger Grundsatz zum Tragen, nämlich die Verhältnismäßigkeit der Mittel.

(Abg. List CDU: So ist es! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

So etwas macht überhaupt eine lebendige Demokratie aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. König REP)

Durch das, was wir hier haben, wird nach unserer Ansicht nicht das staatliche Gewaltmonopol oder das alleinige Recht des Gesetzgebers, zu entscheiden, welche gesetzlichen Grundlagen wir hier haben, auch bei der Behandlung von Asylsuchenden, infrage gestellt, sondern es geht letztlich darum, dass dies „subsidiäre Handlungen von Gemeinden sind, durch die ein Versagen unseres Gemeinwesens gegenüber elementaren Menschenrechten im Einzelfall notdürftig und zeitlich befristet ausgeglichen werden soll“, wie es Landesbischof Huber gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Dass auch ein demokratisches Gemeinwesen im Einzelfall versagen kann, kann niemand bestreiten. In der Regel muss das eine Bürgerin und ein Bürger hinnehmen.

(Abg. Deuschle REP: Und wer bestimmt das dann in einem Rechtsstaat? Wer entscheidet das?)

Aber dort, wo es um Leib und Leben geht, sind doch wohl noch einmal andere Maßstäbe angebracht als sonst im Allgemeinen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das heißt, in diesen Fällen geht es lediglich um eine humanitäre Vertiefung unserer Rechtsgrundsätze und nicht darum, sie infrage zu stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion über das so genannte Kirchenasyl ist im Kern eine Diskussion über Missverständnisse, die sowohl bei denen bestehen, die ein so genanntes Kirchenasyl bejahen, als auch bei denjenigen, die es strikt ablehnen.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass es ein Kirchenasyl in einem demokratischen Rechtsstaat nicht gibt und auch nicht geben kann. Im Rechtsstaat setzt ausschließlich der Staat Recht. Das gilt auch für das Asylrecht. Einen rechtsfreien Raum darf es nicht geben.

(Beifall des Abg. Deuschle REP – Abg. Deuschle REP: Bravo!)

Es ist deshalb ausgeschlossen, dass von gesellschaftlichen Gruppen oder Institutionen Sonderrechte gesetzt werden. Dies gilt auch dann, wenn der einzelne Bürger zu der Überzeugung gelangt ist, dass durch Gesetze Leib und Leben von Menschen in Gefahr sind.

Unbeschadet davon, meine Damen und Herren, besteht für den gläubigen Christen die Pflicht, Bedrängten Beistand zu leisten. Wenn es durch eine derartige Beistandsleistung zu einer Rechtsverletzung kommt, dann muss der einzelne Christ in seiner Rolle als Staatsbürger selbstverständlich die Verantwortung dafür übernehmen. Das heißt aber auch, dass er eine entsprechende Bestrafung akzeptieren müsste.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im September 1994 zehn Thesen zum Thema Kirchenasyl beschlossen, in denen klargestellt wird, dass es auch aus der Sicht der Kirche ein so genanntes Kirchenasyl in der Bundesrepublik Deutschland nicht gibt. Kollege Kretschmann, Sie haben das zitiert. Ich wollte dieselbe These auch vorlesen, weil ich dies für sehr eindrucksvoll halte. Ich beziehe mich dann auf das Zitat, das Sie vorgelesen haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dritte These!)

Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass die Republikaner diese zehn Thesen einmal gelesen und vielleicht auch verstanden hätten;

(Abg. Heiler SPD: Das Zweite können Sie vergessen!)

(Kiesswetter)

denn dort wird sehr viel darüber geschrieben, wie das Kirchenasyl tatsächlich zu bewerten ist, welche Rolle der Staat hat und welche Rolle der einzelne Christ in einer solchen Situation hat. Vielleicht können sie das nachholen. Nachdem ich die Republikaner dazu schon in der letzten Legislaturperiode aufgefordert habe, habe ich allerdings keine Hoffnung mehr, dass sie diese Thesen jemals nachlesen; denn schon in der letzten Legislaturperiode haben wir mit der gleichen Tendenz über das gleiche Thema gesprochen. Das war identisch.

(Abg. Deuschle REP: In der nächsten vielleicht auch, wenn das Problem nicht gelöst ist! – Abg. Käs REP: Das werden wir noch öfter haben!)

Selbstverständlich dürfen vonseiten der staatlichen Organe mit Respekt vor der Kirche und nur mit Zustimmung des Kirchengemeinderats Zwangsmaßnahmen eingeleitet werden. Das Einvernehmen mit den Vertretern der Kirchen bei einer Räumung ist herzustellen, da ich davon ausgehe, dass sich die Verantwortlichen beider Konfessionen der Folgen ihrer Handlungen bewusst sind und Asylsuchenden wirklich nur in ganz besonderen Ausnahmefällen und nach eigener Überprüfung des Wahrheitsgehalts der Aussagen der Betroffenen Unterkunft in kirchlichen Räumen gewähren. Dies wird respektiert. Bei diesem Thema handelt unsere Landesregierung, meine ich, sensibel und verantwortungsbewusst.

Auf jeden Fall taugt dieses Thema nicht dazu, wie es die Republikaner wünschen, das Verhältnis von Kirche und Staat als Konflikt darzustellen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

und ihre Ausländerfeindlichkeit

(Widerspruch bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Oh, Herr Kollege! Immer nur die alte Platte! – Abg. Wilhelm REP: Alte Platte! – Unruhe)

wieder an den Ärmsten der Gesellschaft demonstrieren zu wollen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort hat Herr Abg. Käs.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP – Abg. Roland Schmid CDU: Hoffentlich kommt jetzt kein Käs'!)

**Abg. Käs REP:** Es reizt mich natürlich, jetzt zu verschiedenen Dingen etwas zu sagen. Ganz besonders reizt mich natürlich der Herr Kretschmann.

Wenn ich von selbst ernannten Moralaposteln gesprochen habe,

(Abg. Roland Schmid CDU: Dann haben Sie von sich gesprochen!)

Herr Kollege Kretschmann, dann haben Sie in der Tat ein wunderbares Beispiel für die Denkweise eines solchen selbst ernannten Moralapostels geliefert.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Deuschle REP: Bravo!)

Sie nehmen ein Faktum, ein schlimmes persönliches Schicksal, und suggerieren, dass wegen dieses schlimmen Schicksals ein Christ selbstverständlich die Pflicht habe, den Betroffenen zu helfen. Sie vergessen dabei aber oder unterschlagen böswillig oder wider besseres Wissen – das möchte ich Ihnen unterstellen –, dass vorher natürlich ein rechtsstaatliches Prüfungsverfahren stattgefunden hat, das zu dem Ergebnis gekommen ist, dass so jemand eben – auch wenn ein persönlich schlimmes Schicksal dahintersteht – aufgrund unserer Rechtslage abgeschoben werden muss.

Nun gehen dort einige Leute her – das wird hier auch be-  
redt verteidigt – und erheben ihre persönlichen Wertmaßstäbe über die Maßstäbe des Grundgesetzes und über die Maßstäbe unserer Rechtsordnung.

(Abg. Wilhelm REP: So ist es! – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sie sprechen von Rechtsordnung?)

Das wird dann moralisch unterkleidet. Wo ist denn dann bitte schön die Grenze? Dann kommt irgendeiner auf die Idee und sagt: „Aber einen ganz Bestimmten hier einmal anzuschließen, das ist auch legitim, weil es ja einer guten Sache dient“, oder wie?

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Wo ziehen Sie denn bitte schön die Grenze?

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wenn Sie aufhören, rechtliche Grundsätze als geltend zu nehmen, und wenn Sie an ihre Stelle moralische Erwägungen stellen, muss ich sagen: Moral ist nicht messbar, Moral ist nicht judizierbar, Moral ist höchst willkürlich.

(Unruhe – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Nein, Moral ist nicht willkürlich!)

Was Sie hier tun, ist nichts weiter, als Willkür ins Rechtssystem hineinzubringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Wieser CDU: Das ist doch unmöglich!)

Noch ein Hinweis: Zum Antrag Drucksache 12/5473 beantragen wir Abstimmung über den Abschnitt II.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Minister Dr. Palmer.

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht kann ich die Debatte nach dem letzten Beitrag wieder ein wenig versachlichen, indem ich versuche, zunächst einiges klarzustellen.

(Minister Dr. Palmer)

Menschen, die ins Kirchenasyl gehen, sind fast ausnahmslos abgelehnte Asylbewerber, die ausreisepflichtig sind. Alle Rechtsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb des Asylverfahrens sind ausgeschöpft, meist auch die Petitionen.

In Deutschland kann jeder Asylbewerber in einem umfangreichen Verfahren vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge seine Fluchtgründe darlegen. Die Entscheidungen können in mehreren gerichtlichen Verfahrensstufen überprüft werden. Das ist auch im internationalen Vergleich – Herr Kollege Kretschmann, da werden Sie mir zustimmen – ein vorbildlicher Standard. Deshalb ist es natürlich schon schwierig, sich bei diesem Standard, der in der Bundesrepublik Deutschland gefunden worden ist, der diese Instanzen kennt, das Recht herauszunehmen, zu sagen: Da tun wir jetzt aber noch eine weitere Instanz obendrauf und entscheiden, wer Kirchenasyl bekommt und wem dieses Kirchenasyl nicht gegeben werden kann.

Natürlich hat Herr Kollege Kretschmann Recht: Die Institutionen des demokratischen Staates können sich irren. Wir sind nicht auf Unfehlbarkeit hin konstruiert. Aber wir haben es doch mit hinlänglicher Wahrscheinlichkeit durch die vielen Verfahrensstufen erreicht, Herr Kollege Kretschmann, dass man die Gründe, die zur Asylgewährung führen könnten, sehr objektiviert überprüft bekommt.

Deshalb müssen sich die Kirchen an dieser Stelle schon fragen lassen, ob sie gut beraten sind, wenn sie das Thema Kirchenasyl im demokratischen Staat überdehnen oder überspannen. Ich werde nachher noch etwas dazu sagen, ob sie es tun. Sie gehen ja schon sorgsam damit um. Aber wir müssen diese Grundanfrage an die Kirchen vonseiten des Staates stellen dürfen.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Dagegen ist nichts einzuwenden!)

Wer alle Rechtswege ausgeschöpft hat, wer dann keine Duldung erhalten hat, wer auch nicht freiwillig geht, der muss abgeschoben werden. Das ist übrigens eine Position, die auch die seit 1998 amtierende Bundesregierung vertritt – das Asyl-Bundesamt ist in der Praxis nicht verändert worden, es ist eine Bundesbehörde – und über die Konsens in der Bundesrepublik Deutschland besteht.

Im Jahr 2000 – das will ich einfach einmal sagen – haben wir bislang in Baden-Württemberg 16 000 abgelehnte Asylbewerber veranlassen können, das Land zu verlassen, die weit überwiegende Anzahl freiwillig, ein Teil musste aber auch abgeschoben werden.

In der Debatte war, wenn ich es richtig sehe, weitgehend Konsens, dass nur der Staat ein Recht auf Asyl gewähren kann. Nichtstaatliche Organisationen können das nicht tun, auch die Kirchen, die eine ganz herausgehobene Funktion in unserem Land haben, können es nicht tun. Sie sagen übrigens auch nicht, weder die katholische noch die evangelische Kirche, dass sie es tun wollten. Was sie mit diesen Fällen erreichen wollen – und deshalb glaube ich schon, dass ein sensibler Umgang angezeigt ist, wie er in der Debatte auch vorgeherrscht hat –, ist: noch einmal Verhandlungen um einen Asylfolgeantrag, noch einmal die Prüfung

von zeitlichen Möglichkeiten. Deshalb ist es angezeigt und richtig, wenn wir im Einzelnen diesem Anliegen der Kirchen im demokratischen Staat eben auch mit Angemessenheit nachgehen.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wurde angesprochen. Genau dem folgen wir. Die Ausländerbehörden des Landes versuchen in der Regel für die Betroffenen unter Beteiligung der Kirchen einvernehmliche Wege der Rückkehr zu suchen, zum Beispiel Fristverlängerungen, um damit doch noch eine freiwillige Ausreise zu erreichen.

Es ist ein wenig ärgerlich, wenn wir dieses Thema hier so präsentiert bekommen, als ob es ein Hauptthema wäre. Deshalb habe ich gerade die eindrucksvolle Zahl von bislang 16 000 rückgeführten Asylbewerbern im Jahre 2000 aus Baden-Württemberg genannt.

(Abg. König REP: Die haben halt keinen Pfarrer gefunden!)

Wir haben es in Baden-Württemberg demgegenüber derzeit mit sieben Fällen von Kirchenasyl zu tun, von denen 35 Personen umfasst sind.

Wenn Sie sich einmal die Stellungnahmen der Landesregierung zu den drei verschiedenen Anträgen der Republikaner im Einzelnen anschauen, werden Sie sehen, dass die Fälle auch differieren, dass mit einer gewissen Zeitverzögerung friedlich, schiedlich immer wieder Fälle gelöst werden – Gaggenau, Bad Schussenried, Dornhan; Kollege Kleinmann kennt das Beispiel aus eigener Anschauung –, wo Lösungsmöglichkeiten auf eine pragmatische Art und Weise gefunden werden. Da verfestigt sich nichts, sondern der demokratische Staat handelt. Er beendet das Kirchenasyl aber auf eine angemessene Art und Weise.

Es wäre freilich auch ganz falsch, wenn von dieser Landtagsdebatte das Signal nach außen ausgesendet würde, das Kirchenasyl sei eine weitere Möglichkeit, um doch noch ein Bleiberecht zu erhalten. Wenn sich Personen in das Kirchenasyl begeben, ändert das an der Ausreisepflicht nichts. Vor falschen Illusionen in diesem Zusammenhang muss gewarnt werden, auch wenn wir uns in einer sehr lautlosen, aber dafür effizienten Form um Lösungen der Einzelfälle bemühen.

Ich will in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Ausländerbehörden, soweit es uns bekannt ist, in den vergangenen Jahren in keinem einzigen Fall ein Bleiberecht wegen Kirchenasyl in Baden-Württemberg erteilt haben.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Lassen Sie mich ein kurzes Fazit ziehen: Es bleibt das Ziel der Landesregierung, die gegenwärtig vorhandenen sieben Kirchenasylfälle mit Augenmaß zu lösen, in einer Art und Weise, die auch Respekt vor unseren Kirchen zum Ausdruck bringt, die aber dennoch deutlich macht, dass der demokratische Staat in der Lage ist, seinen Rechtsnormen auch Ausdruck zu verleihen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Beim Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4690, handelt es sich um einen Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass er mit der heutigen Debatte erledigt ist. – Das hohe Haus stimmt der Erledigterklärung zu.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5473, beinhaltet Berichtsbegehren. – Auch dieser Abschnitt ist mit der heutigen Debatte erledigt. Es ist so beschlossen.

Bei Abschnitt II dieser Initiative handelt es sich um einen Beschlussantrag. Wer dem Beschlussantrag unter Abschnitt II des Antrags der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5473, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Abschnitt II dieses Antrags ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4783, beinhaltet ebenfalls einen Beschlussantrag. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer dagegen stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

#### **Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung – Berufliche Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 12/5231**

Das Präsidium hat für die Besprechung gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Das Wort hat Frau Abg. Kuri.

**Abg. Ursula Kuri** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vor zwei Tagen wurden 95 Millionen DM an zusätzlichen Mitteln aus der Zukunftsoffensive für die beruflichen Schulen zur Verfügung gestellt. Dies zeigt die Bedeutung, die dieser Schulart zu Recht beigemessen wird.

Nach den neuen Inhalten und Ausbildungsformen sind hohe Schülerzahlen in Baden-Württemberg eine ganz große Herausforderung für die beruflichen Schulen. Sehen wir diese Herausforderung positiv! Viele Kinder und Jugendliche im Land zu haben ist ein gutes, ein wichtiges Signal. Bildung und Erziehung sind Schlüssel für ein erfolgreiches Leben in unserer Gesellschaft. Dies gilt besonders heute, in einer sich so rasch verändernden Zeit.

(Unruhe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche nach draußen zu verlegen. Das gilt auch für das Zwiegespräch direkt neben der Regierungsbank.

**Abg. Ursula Kuri** CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Globalisierung und Internationalisierung verändern auch den Schulalltag. Dies betrifft 80 % aller Schülerinnen und Schüler in unserem Land. Sie alle besuchen im Laufe ihrer Schulzeit eine berufliche Schule, sei es im Rahmen einer Ausbildung oder sei es zur Erreichung einer höheren Qualifizierung, eines höheren Abschlusses bis hin zu einer Hochschulreife. Diese Möglichkeiten können den Schülern in Baden-Württemberg aufgrund unserer multilateralen Versetzungsordnung angeboten werden.

Die beruflichen Schulen müssen täglich höchste Flexibilität beweisen und tun dies auch mit hohem Engagement und ganz hoher Kompetenz. Dafür möchte ich mich bei den Schulleiterinnen und Schulleitern, bei den Lehrerinnen und Lehrern in diesem großen Ausbildungssystem sehr, sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ihre Arbeit ist für die junge Generation entscheidend und steht am Anfang eines selbstständigen, eigenständigen Lebenswegs für die kommende Generation.

Bei den beruflichen Schulen werden Veränderungen am unmittelbarsten und am schnellsten umgesetzt. Dies stellt die Lehrerschaft vor immer neue Situationen, die dank der hohen Einsatzbereitschaft in aller Regel gemeistert werden. Berufliche Qualifikationsmöglichkeiten bedeuten für den Einzelnen aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Dies ist die Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land.

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass in Baden-Württemberg nur 4,5 % der Jugendlichen arbeitslos sind,

(Abg. Rech CDU: Ja, das muss man mal erwähnen!)

wobei der Bundesdurchschnitt bei 12,7 % liegt. Ich bitte, dies wirklich einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Jawohl!)

Dennoch werden wir in Baden-Württemberg nicht in unseren Bemühungen nachlassen, um auch den heute noch arbeitslosen Jugendlichen Qualifikationsmöglichkeiten und schließlich auch Arbeit anbieten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rech CDU: Sehr gut!)

Baden-Württemberg bietet in seinen beruflichen Schulen das bundesweit umfangreichste Angebot für Aus- und Weiterbildung. Gerade die Vollzeitschulen wurden in den letzten Jahren sehr stark ausgebaut, um den Jugendlichen ein Angebot zu machen, vor allen Dingen auch jenen Jugendlichen, die sonst keinen Ausbildungsplatz bekommen hätten. Ich nenne die beruflichen Gymnasien, ich nenne die Berufskollegs, ich nenne die Berufsfachschulen – und all diese nur beispielhaft.

Mit diesen Ausbildungsleistungen erbringt das Land eine große Vorleistung für die Wirtschaft. Die so gut vorgebil-

(Ursula Kuri)

deten und ausgebildeten jungen Leute kann sie dann schon auf recht hohem Niveau übernehmen.

Ein weiterer und noch immer wachsender Vollzeitbereich ist das BVJ, das Berufsvorbereitungsjahr. Hier wird gerade den Jugendlichen, die mehr Mühe mit dem Lernen haben, eine Möglichkeit geboten, doch noch eine Vorbereitung auf das Berufsleben zu erreichen. Es hilft auch gerade den Jugendlichen, die nicht sofort einen Ausbildungsplatz bekommen haben. An vielen Orten kommen richtigerweise unterstützend die Sozialarbeit und der Jugendberufshelfer dazu.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Am Ende des BVJ steht häufig ein Arbeitsplatz und sehr häufig auch ein Ausbildungsplatz mit Lehrvertrag. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Möglichkeit, den jungen Leuten doch noch zu einem ganz normalen Lebensweg zu verhelfen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/  
DVP – Abg. Rech CDU: Sehr richtig!)

Die Ausbildung in Vollzeitklassen hat einen sehr hohen Ressourcenverbrauch. Das Land stellt die vielen Deputate zur Verfügung, weil möglichst jedem ausbildungswilligen Jugendlichen ein Angebot gemacht werden soll.

Ein weiterer wichtiger Bereich im beruflichen Schulwesen ist die duale Ausbildung. Hier zeigt sich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Ausbilder, die schließlich zu einer gemeinsamen Abschlussprüfung hinführt. Hier gilt mein besonderer Dank dem Mittelstand, der in den letzten Jahren weit mehr Ausbildungsplätze als die Industrie zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Das sind die Weltmeister in der Ausbildung! –  
Abg. Rech CDU: Das hat schon Tradition!)

– Das ist richtig.

An dieser dualen Ausbildung müssen wir festhalten. Sie hat sich bewährt und wird sich auch in Zukunft bewähren, auch in den neuen Berufsfeldern.

Hier habe ich noch eine ganz besondere Bitte: Man möge sich gerade an der Rheinschiene weiter und verstärkt dafür einsetzen, dass diese Ausbildungen auch über den Rhein gegenseitig anerkannt werden, sodass wir zu immer mehr gemeinsamen Berufsabschlüssen kommen, die eine Berufsberechtigung in beiden Ländern ermöglichen.

(Abg. Rech CDU: Sehr gut!)

Informations- und Telekommunikationstechnik gehören inzwischen zu den Schlüsselqualifikationen in unserer Wissens- und Arbeitswelt. Computer als Lerninstrumente sind inzwischen alltäglich eingesetzt. Schon bei der Lehrplanrevision 1987 bis 1989 war die Einbindung neuer Technologien ein wichtiger Bestandteil. Die neuen Technologien sind inzwischen fester Bestandteil in allen Sparten der beruflichen Schulen.

Ich nenne als Beispiele: Das BK „Technik und Medien“ mit dem Aufbau „Technische Kommunikation“, das mit ei-

nem Zusatzprogramm zur Fachhochschulreife führt. Von großer Wichtigkeit ist der Schulversuch BK Wirtschaftsinformatik. Die Absolventen werden wichtige Lücken schließen, was auch von der Wirtschaft gefordert wird. Ich nenne ferner den Abschluss des staatlich geprüften Informatikers an der Akademie in Böblingen sowie die Einführung eines Profils „Gestaltung und Medientechnik“ und eines Profils Informationstechnik am Technischen Gymnasium und die Wirtschaftsinformatik an den Wirtschaftsgymnasien.

Daneben unterstützt das Land sehr breit Schulprojekte, die in diesen neuen Bereich der Berufe gehören. Der Landesbildungsserver gibt hierüber detailliert Auskunft. Dazu kommt die Entwicklung und Erprobung multimedialer Lernsoftware und vor allen Dingen auch der mediengestützte Förderunterricht im Fach Deutsch für die BVJ-Klassen. Das ist, denke ich, ein wichtiges Beispiel, weil ja immer wieder beklagt wird, dass die Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik in unserem Ausbildungssystem zu kurz gekommen seien. Sie sehen, dass wir an allen Stellen versuchen, ganz energisch einzugreifen.

(Beifall bei der CDU)

Der Einsatz von Multimedia ist für mich – um noch einmal zu dem anderen Thema zurückzukommen – auch über die Sprachgrenzen hinweg ein ganz wichtiges Medium. Hier kann Sprachkompetenz gefördert werden, aber auch das gegenseitige Lernen, wenn wir davon ausgehen, dass wir auch gegenseitig anerkannte Abschlüsse erreichen wollen. So ist während des Unterrichts die Kommunikation mit der Partnerklasse im anderen Land möglich. Dies ist ein ernsthaftes Zukunftsthema.

Lassen Sie mich zum Schluss ein paar Sätze zur Unterrichtsversorgung sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im allgemein bildenden Bereich ist sie anerkannt gut. Bei den Spezialisten gibt es Probleme, weil wir diese auf dem Markt im Augenblick nicht in genügendem Maß zur Verfügung haben. Ursache für die Engpässe ist aber auch – das sollte auch festgestellt werden – der relativ hohe Stundenanteil, den wir uns im beruflichen Schulwesen leisten und der weit über dem Durchschnitt des Bundes liegt.

(Abg. Rech CDU: Ja! Sehr richtig!)

Das heißt, im Bundesvergleich haben wir dennoch in der Schülerrelation einen Spitzenplatz und ein hohes Maß an Mehrunterricht für unsere Jugendlichen.

Lassen Sie mich noch darauf zurückkommen, wie wir diesem Mangel auch begegnen wollen. Werbung für Ausbildung ist natürlich das Allererste, Werbung bei der Wirtschaft ist der nächste Schritt; aber es ist auch, da wir in diesen Mangelfächern direkt in der Konkurrenz zur Wirtschaft stehen, wichtig, Anreize zu schaffen, damit die entsprechenden Menschen bereit sind, in unsere Schulen zu kommen. Hier möchte ich zuallererst Sonderzuschläge für die Referendare nennen. Dann wäre ganz wichtig – das wollen wir bis zum nächsten Schuljahr geregelt haben – die Abstimmung der Examenstermine in den Universitäten mit den Einstellungsterminen hier im Land.

(Ursula Kuri)

(Beifall bei der CDU – Abg. Rech CDU: Sehr gut!  
Die Frau weiß, von was sie redet!)

Wir haben das Problem, dass alle anderen Bundesländer praktisch vor uns mit dem Schuljahr beginnen und dann schon unsere Leute abgeworben haben, und die Wirtschaft wirbt natürlich auch. Ich denke, das wird im nächsten Schuljahr ein ganz entscheidender Punkt sein.

(Abg. Rech CDU: Ja! Sehr richtig!)

Wir werden in diesem Jahr auch im laufenden Schuljahr aus der Wirtschaft – auch das ist neu – Einstellungen vornehmen. Sobald wir die Leute zur Verfügung haben, werden wir sie ins Schulsystem einsteigen lassen. Den Quereinsteigern, denen die pädagogische Ausbildung fehlt, werden wir anbieten, im ersten Jahr die pädagogische Nachqualifikation zu erreichen, damit sie die Möglichkeit haben, auch ganz normal im System weiterzuarbeiten.

Dazu kommt das Sonderprogramm für Lehrbeauftragte der Wirtschaft, die so genannten Direkteinsteiger. Im Augenblick ist in Prüfung – das hat dann aber etwas mit dem Beamtenrecht zu tun –, wie weit es möglich ist, Absolventen der Fachhochschulen auch in den Vorbereitungsdienst zu übernehmen. Bei Bedarf können sich in Zukunft auch Universitätsabsolventen, die kein Lehramtsstudium absolviert haben, die aber nachweisen können, dass sie die Fächer, die für die Berufsschulen relevant sind, im nötigen Maß studiert haben, für den Dienst an den beruflichen Schulen bewerben.

Wir sollten auch immer wieder darauf hinweisen, dass die Einstellungschancen auf die kommenden Jahre hin von ganz besonderer Bedeutung und sehr gut sind.

Mit diesem ganzen Bündel von Maßnahmen haben wir, denke ich, wirklich alle Chancen, die Situation zu verbessern. Wir werden auch in Zukunft das Schulsystem im beruflichen Bereich, und zwar sowohl im traditionellen wie im Feld der neuen Berufe, weiterentwickeln und der Jugend unseres Landes eine Zukunftsperspektive geben.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rech CDU: Die Frau ist gut!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Wintruff.

**Abg. Wintruff SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Weiterentwicklung des dualen Systems der Berufsausbildung erfordert auch grundlegende Reformen der beruflichen Schulen. Leider ist es so weit gekommen, dass wir heute eine Aufwertung des Dualpartners Berufsschule im Sinne eines gleichberechtigten Partners neben Wirtschaft und Betrieb einfordern müssen.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, will ich zu Beginn feststellen, dass an dieser Schulart eine hervorragende Arbeit geleistet wird,

(Beifall bei der SPD und des Abg. Pfister FDP/  
DVP)

und das bei oft widrigen Umständen. Trotzdem wurde an den beruflichen Schulen eine Vielzahl von Neuerungen zur Weiterentwicklung der berufsqualifizierenden Bildungsgänge auf den Weg gebracht, worüber die Antwort auf die Große Anfrage ausführlich Auskunft gibt. Unsere Erkenntnis, dass das berufliche Schulwesen letztendlich eine einzige große Baustelle ist, ist durch das 49-seitige Werk dieser Großen Anfrage nun auch schriftlich belegt worden. Da reiht sich Schulversuch an Schulversuch bei den Berufskollegs, Lehrpläne wie die an den zweijährigen Berufsfachschulen werden laufend untersucht und analysiert statt einer Revision unterzogen, Lernfelder werden erprobt oder weitere Modellversuche zur Lernortkooperation durchgeführt.

Dabei würde es sich doch, meine Damen und Herren, im Sinne notwendiger Flexibilität und Attraktivität beruflicher Schulen viel einfacher machen lassen, wäre die Kultusbürokratie bereit, mehr Kompetenzen im Sinne von mehr Schulautonomie an die Schulen direkt vor Ort zu geben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Sehr gut!)

Aber selbst derjenige, der die Vielfalt und leistungsbezogene Differenzierung des beruflichen Schulwesens unkritisch bewertet, wird nicht umhinkommen, zuzugeben, dass ihre Basis das eigentliche Problem darstellt. Auch wenn von dieser Basis, nämlich der Berufsschule, in der Großen Anfrage kaum die Rede ist, so bleibt doch immerhin die Tatsache bestehen, dass ca. 60 % aller Schüler die Berufsschule in Teilzeitform im Rahmen der dualen Berufsausbildung besuchen.

Wenn ein Teil dieser Auszubildenden den Anforderungen moderner Berufe an die kognitiven Fähigkeiten nicht mehr gerecht wird, meine Damen und Herren, so trägt diese Landesregierung letztlich auch dafür die Verantwortung. Wer denn sonst?

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

**Abg. Wintruff SPD:** Am Ende, bitte.

(Abg. Wieser CDU: Dann hat es keinen Sinn mehr! Angsthase!)

Die jahrelange strukturelle Unterversorgung der beruflichen Schulen ist nachweisbar an den 25 000 ausgefallenen Pflichtstunden des vergangenen Schuljahres, die umgerechnet immerhin 1 025 fehlende Lehrkräfte bedeuten.

Die Zahlen, die uns jetzt vorliegen, zeigen einen noch viel größeren Unterrichtsausfall. Zum Beispiel liegt im Zuständigkeitsbereich des Oberschulamts Stuttgart der Durchschnitt an den gewerblichen Schulen im wissenschaftlichen Unterricht bei 10,2 % und im fachpraktischen Unterricht bei 9,1 %. Deshalb müssen wir doch zumindest leicht zweifeln, dass die vorgelegten Zahlen des Ministeriums nicht geschönt wurden.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Ah ja!)

(Wintruff)

Den 60 % Teilzeitberufsschülern wird seit Jahren der Pflichtunterricht von 13 Wochenstunden vorenthalten.

(Abg. Wieser CDU: In welchem SPD-Land gibt es denn 13 Stunden, Herr Kollege? – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: In allen! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: In keinem gibt es das!)

Das Defizit liegt hier selbst unter Vernachlässigung aller Krankheitsausfälle, meine Damen und Herren, bei sage und schreibe 14 %.

Da reichen natürlich die vor der Wahl bereitgestellten 200 zusätzlichen Deputate für die beruflichen Schulen bei weitem nicht aus. Ich weise im Landtag bekanntlich seit Jahren darauf hin,

(Abg. Zeller SPD: Stimmt!)

dass hier das Defizit immer größer wurde.

(Abg. Zeller SPD: Jawohl!)

Katastrophal bleibt ebenfalls die Bilanz bei den benachteiligten und lernschwächeren Jugendlichen, die das BVJ absolvieren. Nach der amtlichen Statistik erreichen nur ca. 10 % von ihnen den Einstieg in eine duale Berufsausbildung.

(Abg. Wieser CDU: Und warum? Weil Sie den kleinen Facharbeiter nicht zulassen! Wegen ideologischer Scheuklappen! Sie haben Hunderte zu Hilfsarbeitern gemacht! – Unruhe)

Und obwohl, meine Damen und Herren, unbestritten eine kontinuierliche sozialpädagogische Betreuung des BVJ unverzichtbar wäre, kann uns diese Landesregierung nicht einmal sagen –

(Anhaltende Unruhe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, dem Redner Gehör zu schenken.

(Beifall bei der SPD)

**Abg. Wintruff SPD:** Vielen Dank, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hinzufügen: Dass Ihnen das alles unangenehm ist und dass Sie das nicht hören wollen, das verstehe ich vollauf. Aber ich muss es Ihnen trotzdem weiterhin sagen.

(Beifall bei der SPD)

Und obwohl also unbestritten ist, dass eine kontinuierliche sozialpädagogische Betreuung des BVJ unverzichtbar ist, kann uns diese Landesregierung nicht einmal sagen, bis wann die Schulsozialarbeit endlich flächendeckend eingeführt ist.

(Abg. Zeller SPD: Das wollen die doch gar nicht!)

Zur Lehrersituation hat Frau Kuri gesprochen – nur nicht das Entscheidende! Denn schon heute ist die Lage dramatisch, weil die Nachwuchssorgen in Bezug auf das Lehramt an den beruflichen Schulen regelrecht kulminiert sind. Fakt

ist, dass die Studierendenzahlen in den berufspädagogischen Studiengängen im Wintersemester 1999/2000 an den Universitäten in Karlsruhe und Stuttgart so niedrig waren, dass man sie angesichts der steigenden Bedarfszahlen aufgrund der Pensionierungen und der zunehmenden Schülerzahlen einfach vernachlässigen muss. Denn was sind zehn Lehramtsstudenten, die sich an einer Universität haben einschreiben lassen?

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Selbst bei der Einstellungsrunde im vorigen Jahr, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung, wie immer, unsere Warnungen, die wir in diesem Bereich schon seit Jahren aussprechen, in den Wind geschlagen. Bereits seit 1998 konnten die Plätze im Vorbereitungsdienst der Studienreferendare für die Berufsschulen nicht mehr vollständig besetzt werden. Auch hätte man viel früher merken müssen, dass der Quereinstieg für Fachhochschulabsolventen nicht attraktiv genug ist. Das ist das Problem.

Aber auch das war letztlich nur eine Folge der verfehlten Personal- und Einstellungspolitik des Landes. Als es noch genügend Bewerber gab, hat man sie auch bei den Berufsschulen leider nicht eingestellt. Im vorigen Jahr gab es 740 Bewerber, und nur 450 wurden eingestellt.

Unser Ziel ist, der Chancengleichheit im Bildungswesen immer wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb werden wir die herausragende Qualifizierungsarbeit unserer beruflichen Schulen durch einen Stufenplan absichern und so den Erfordernissen der Lehrerversorgung und Lehrerfortbildung gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss, meine Damen und Herren, noch eines zum IT-Bereich.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Sachausstattung insbesondere im Bereich der neuen Medien durch Unterstützung der Schulträger ein, statt eine Kürzung der Sachkostenbeiträge für berufliche Schulen um durchschnittlich 15 % vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, tun Sie das, wenn Sie wieder Redezeit haben. Sie haben jetzt Ihre Redezeit um zweieinhalb Minuten überschritten.

**Abg. Wintruff SPD:** Zum Schluss, Herr Präsident, ein letzter Satz: Wer den Fachkräftemangel im IT-Bereich in Baden-Württemberg wegen 18 000 unbesetzten Stellen bekämpfen will, muss zuerst den Aufnahmestopp an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs abschaffen, meine Damen und Herren. Wenn 18 000 IT-Fachleute in Baden-Württemberg fehlen, dann muss die Zahl von 1 568 Ausbildungsplatzangeboten mindestens verdoppelt werden.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, ich weise Sie nochmals auf das Ende Ihrer Redezeit hin.

**Abg. Wintruff SPD:** Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

**Stellv. Präsident Weiser:** Sie haben jetzt Ihre Redezeit um über drei Minuten überschritten. Ich habe Sie gewähren lassen, aber Sie sollten meine Geduld nicht überstrapazieren.

**Abg. Wintruff SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Gegensatz zur Koalition werden wir uns weiterhin intensiv für eine Verbesserung der Situation im beruflichen Schulwesen einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Sie haben diese Große Anfrage mit Sicherheit ja nicht gestellt, um sich über das berufliche Schulwesen zu informieren, sondern um sich für das, was Sie in diesem Bereich tun, zu loben. Sie werden sicher verstehen, dass ich nun einige kritische Anmerkungen dazu machen werde, wobei ich hinzufügen muss – und das möchte ich am Anfang betonen –: In den letzten Jahren haben im Bereich des beruflichen Schulwesens durchaus überfällige Modernisierungen und Aktualisierungen stattgefunden. Dies möchte ich ausdrücklich begrüßen. Aber es gibt auch Defizite, und meine Aufgabe ist es, nun an einigen Punkten auf diese Defizite hinzuweisen.

Zunächst aber noch eine kleine Vorbemerkung: Aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU geht hervor, dass sie die Perspektiven für die Jugendlichen in Baden-Württemberg als gut betrachtet. Sie verweist darauf, dass nur 4,5 % der Jugendlichen arbeitslos sind. Das ist der zweitgeringste Wert bundesweit. Das ist sicher positiv, aber ich möchte einfach sagen: Jeder einzelne Jugendliche, der ohne Perspektive in die Arbeitslosigkeit geschickt wird, ist einer zu viel. Wir können und dürfen erst richtig zufrieden sein, wenn alle Jugendlichen in unserem Bundesland beruflich und sozial integriert werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nun zu den kritischen Punkten. Herr Wintruff hat bereits darauf hingewiesen, dass wir in der Tat einen hohen Lehrermangel in Baden-Württemberg im Bereich der Berufsschulen haben. An den beruflichen Schulen fehlen – das hat die Ministerin selbst zugegeben – 1 000 Deputate. Nun ist es nicht damit getan, immer wieder zu betonen, dass wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern eine hohe Messlatte haben – wir haben 13 Wochenstunden Berufsschulunterricht, während die anderen weniger haben –, sondern wenn Sie die Messlatte so hoch legen, wenn Sie 13 Wochenstunden ansetzen, dann müssen Sie sich an Ihren eigenen Ansprüchen messen lassen und nicht an den Ansprüchen anderer Bundesländer.

(Zuruf von der SPD: Es werden doch gar keine 13 Stunden gegeben!)

Wir müssen deshalb große Anstrengungen unternehmen, damit dieser strukturelle Lehrermangel, insbesondere was die Spezialisten an den beruflichen Schulen anbelangt, abgebaut werden kann. Wir brauchen dazu zusätzliche Lehrerstellen in Baden-Württemberg. Wir brauchen aber auch ein Konzept zur Gewinnung der Spezialisten, zum Beispiel zur Gewinnung von Informatikern und Elektroingenieuren. Dazu gehört vor allem, dass diese Spezialisten mit Lehraufträgen einige Stunden an den beruflichen Schulen unterrichten, denn wir werden bei der derzeitigen Konkurrenzsituation mit der Wirtschaft sicher nicht genügend Vollzeitlehrkräfte an die Schule bekommen.

Zweitens zur Multimediaausstattung der beruflichen Schulen: Hier besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Die Schulen klagen darüber, dass sie die moderne Ausstattung, die sie brauchen, nicht haben. Sie müssen die gleiche Ausstattung wie die Betriebe haben, damit die Schüler und Schülerinnen nicht im Berufsschulunterricht demotiviert werden. Deshalb fordern wir Grünen eine Multimediaoffensive von 1 Milliarde DM.

(Abg. Hauk CDU: Ja, wollen Sie denn auch eine Zukunftsoffensive haben?)

– Egal, ob Zukunftsoffensive, Multimediaoffensive: 1 Milliarde DM – diese Offensive haben wir bereits vorgestellt – für Hardware, für die Lehrerqualifizierung, aber auch für die Netzwerkbetreuung, damit die beruflichen Schulen die Ausstattung bekommen, die sie für eine fundierte Ausbildung in ihren Bereichen brauchen.

Drittens: Fremdsprachen an den beruflichen Schulen – immer noch ein düsteres Kapitel. Nur 11 500 Azubis bekommen Englischunterricht, 1 500 Französischunterricht. Bezogen auf die Gesamtzahl der Azubis sind das 6,4 %. Ich frage Sie: Sollen unsere Auszubildenden ihre Fremdsprachenkenntnisse aus den allgemein bildenden Schulen vergessen? Welchen Sinn macht es, wenn ein Hauptschüler fünf Jahre unter großen Mühen Englisch gelernt hat und es dann in der Berufsschule nicht weitergeht? Die Azubis müssen endlich Fremdsprachenunterricht in der Berufsschule bekommen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Frau Kollegin!)

Viertens ein Problem, das vor Ort immer noch auf den Nägeln brennt – Sie müssen es wissen, Herr Wieser –: Die Abschlussprüfung ist auf zwei Tage verdichtet. Warum mutet man den Berufsschülern zu, unter diesen hohen Belastungen ihre Abschlussprüfung zu machen?

(Abg. Wieser CDU: Arbeit in der Zeit ist Leistung!  
– Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Das mutet man einem Abiturienten nicht zu; dem werden drei Wochen zugestanden. Deshalb ist die Forderung richtig, die Abschlussprüfung wieder zu entzerren und den Berufsschülern, die ohnehin größere Schwierigkeiten haben, gute Chancen für ihre Abschlussprüfung zu geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Renate Rastätter)

Fünfter und letzter Punkt: In Baden-Württemberg ist es notwendig, doppelt qualifizierende Abschlüsse an den beruflichen Schulen zu ermöglichen. Bis jetzt gibt es kaum welche. Dann können Jugendliche gleichzeitig einen Berufsabschluss erzielen und die Fachhochschulreife machen. Das spart Ressourcen, aber auch Lebenszeit von Jugendlichen für die Ausbildung. Es gibt an den beruflichen Schulen motivierte und leistungsfähige Jugendliche, die dies tun wollen.

Ich komme zum Schluss: Wir alle betonen die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit der Bildung an den allgemein bildenden Schulen. Wenn wir dieses Ziel ernst nehmen, müssen größere Anstrengungen im Bereich des beruflichen Schulwesens unternommen werden, damit die Jugendlichen gute Perspektiven in beruflicher, in sozialer und in persönlicher Beziehung bekommen.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf 49 Seiten wird zu dieser Großen Anfrage viel Gutes berichtet und die ganze bewundernswerte Vielfalt des beruflichen Schulwesens aufgefächert. Ich will meine fünf Minuten Redezeit jedoch vor allem für konstruktive Kritik nutzen. Im Übrigen gilt der schwäbische Grundsatz: Betrachten Sie in diesem Fall „net gmeckert“ wirklich als gelobt.

Sieben Punkte sind mir aufgefallen:

Erstens: Das Kultusministerium ist stolz auf die durchgängige zweite Fremdsprache an den beruflichen Gymnasien. Die Abschaffung der fachgebundenen Hochschulreife wirkt sich jedoch nachteilig auf alle Jugendlichen aus, die nicht so stark sprachbegabt sind. Gerade für die war es eine Chance, über die Realschule doch noch in einen technischen Beruf und auch zum Beispiel in ein technisches Studium zu finden.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Aber über das Berufskolleg können sie es nach wie vor!)

Wir beklagen den Ingenieurmangel und schaffen gerade diese Möglichkeit ab. Da werden wir aber dranbleiben müssen, auch weiterhin einen möglichst schnellen, durchgängigen Weg zu erhalten.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat nämlich auch Rückwirkungen auf die Realschule, auf das Wahlverhalten in Klasse 7. Wir müssen darauf achten, wie sich das auswirkt.

Auf Seite 18 wird eine Erweiterung um neue Inhalte im Profilbereich dargestellt. Wird denn an anderer Stelle auch gekürzt, oder packt man wieder nur drauf?

Ausgesprochen gut ist, dass an beruflichen Schulen inzwischen fachbezogener Fremdsprachenunterricht stattfindet

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

und ökonomische Inhalte stärker einbezogen werden.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Zweitens: Ich bemängele ausdrücklich die sehr zögerliche Ausweisung weiterer Wirtschaftsgymnasien und Technischer Gymnasien. Hierfür gibt es eine große Nachfrage von Schülern, Eltern und auch der Wirtschaft. Diese sollte berücksichtigt werden.

Drittens: Ebenso knapp gehalten werden Folgeangebote vor allem für Hauptschüler, aber auch für Realschulabsolventen, zum Beispiel bei den zweijährigen Berufsfachschulen. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ soll gerade für diesen Schülerkreis wichtig bleiben und sein.

(Abg. Zeller SPD: Richtig!)

Zum Verweis auf das BVJ: Das ist äußerst kostenintensiv. Dort gibt es kleinere Klassen, und die gleichen Schüler tauchen hinterher wieder als Bewerber auf.

Viertens: Neue Modelle im dualen Bereich der kaufmännischen Assistentenausbildung werden ebenfalls nur zögerlich angepackt. Dabei wäre dies volkswirtschaftlich gesehen eine sehr effiziente Investition.

(Abg. Wieser CDU: Kompetent, die Frau!)

Fünftens: Ausgesprochen wichtig und gut ist, dass es an unseren beruflichen Schulen immer mehr Übungsfirmen gibt. Diese ermöglichen eigenverantwortliches Lernen und Handeln samt allen Konsequenzen. Das ist die beste Basis, die wir unseren Jugendlichen mitgeben können.

Sechstens: Sehr intensiv ist der Bericht zum IT-Bereich, und das zu Recht. Zwei Anmerkungen hierzu jedoch: Netzbetreiber, gerade an beruflichen Schulen, sind zum Teil immer noch stark im Freizeiteinsatz. Das ist nicht okay. Sie sind dafür zu loben, aber das kann man nicht auf ewig erwarten. Zweitens steht immer noch die Lösung der steuerlichen Absetzbarkeit von privat beschafften PCs von Lehrern aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Ja! Das ist ein Skandal! – Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Finanzminister!)

Hier müssen wir dringend etwas tun. Wir haben im Schulausschuss bereits einen entsprechenden Antrag gestellt. Bei der nächsten Finanzausschusssitzung werden wir darüber weiter beraten. Das sollte noch in diesem Jahr zum Tragen kommen, damit nicht ein weiteres Jahr verstreicht und wir die Lehrer nicht noch weiter frustrieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, jeder, der am Rednerpult steht, erwartet eine gewisse Ruhe. Ich bitte, das auch zu beherzigen, wenn andere am Rednerpult stehen.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Siebtens und letztens: Die Rekrutierung von mehr Berufsschullehrern wird zu Recht als wichtige Aufgabe der nächsten Jahre dargestellt.

(Heiderose Berroth)

Auch hierzu habe ich zwei Fragen: Wann ist mit der Wiedereinführung der auch von uns seit langem geforderten Anwärtersonderzuschläge zu rechnen?

(Abg. Döpfer CDU: Das ist überfällig! – Abg. Zeller SPD: Massive Kritik an der Landesregierung ist das!)

Und die zweite Frage ist: Wie sind die Chancen zur Realisierung der auf Seite 43 angesprochenen höheren Eingangsbesoldung in Mangelbereichen? Meine Damen und Herren von der Opposition, hier ist der Bund zuständig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zuckerbrot und Peitsche!)

Hier bitten wir dringend um Ihre Unterstützung in Berlin, weil Sie ja seit langem genau das Gleiche einfordern.

Zum Schluss gilt es Dank zu sagen: Dank an die gerade in beruflichen Schulen oft besonders engagierten Lehrkräfte und Mitarbeiter. Dank an alle Eltern, die sich auch an diesen Schulen noch engagieren. Das ist nicht selbstverständlich, aber gerade hier ist es äußerst wichtig und notwendig.

(Abg. Döpfer CDU: Bravo!)

Dank auch an die Betriebe – –

(Die Rednerin hat einen Hustenanfall. – Abg. Pfister FDP/DVP: Heiderose, trink was! – Abg. Mühlbeyer CDU: Frau Dr. Stanienda, bitte erste Hilfe leisten! – Abg. Pfister FDP/DVP: Lasst ja den Mauz weg! – Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

Dank auch an die Betriebe, die intensiv mit den Berufsschulen zusammenarbeiten und außerdem regelmäßig ihren Anteil an der Modernisierung der technischen Ausstattung der Berufsschulen leisten.

Ein letzter Dank gilt schließlich den Kommunen, die den weitaus größeren Teil der Investitionen in der Fachausstattung zuverlässig leisten. Es gab eine Kritik wegen der Kürzung der Sachkostenbeiträge. Dazu will ich bloß deutlich darauf hinweisen: Sie sind deshalb gekürzt worden, weil es manche Kreise eben nicht für notwendig hielten,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es! Sehr gut, Frau Kollegin!)

ihre Schulen entsprechend auszustatten.

(Abg. Wintruff SPD: Dann hätten Sie das Übel an der Wurzel packen müssen!)

Sobald wieder größere Investitionen getätigt werden, werden wir auch wieder mit einer entsprechenden Erhöhung nachziehen. Dessen bin ich sicher.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Wintruff SPD: Aha! Guck an! Endlich ein Eingeständnis einer Fehlhandlung!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mich hat bei der Antwort auf diese Große Anfrage besonders beeindruckt, dass wieder einmal zusammengestellt wurde, wie vielschichtig und weit gefächert unser Berufsschulwesen in Baden-Württemberg ist.

(Abg. Wintruff SPD: Das hat Sie überrascht, wie?)

Selbst als Bildungspolitiker muss man dies zwischendurch einmal wieder vor Augen haben, um daraus dann auch den Schluss zu ziehen, dass es bei diesem riesigen, breiten Angebot der beruflichen Bildung eigentlich für jeden der 70 % Schulabgänger, die in den Berufsschulbereich einsteigen, etwas geben müsste. Ich hoffe nur, dass auch die Berufsberater oder die Berufslaufbahnberater – je nachdem, wie man sagen will – dieses breit gefächerte Angebot kennen und den Schulabgängern auch Beratung über das ganze Feld zukommen lassen können.

Das Berufsschulwesen in Baden-Württemberg ist – das muss ich auch als Oppositionspolitiker einfach einmal sagen – sehr gut.

(Zurufe von der CDU)

Selbst wenn ich mit der Lupe losgehe, um ein paar Haare in der Suppe zu finden, fällt mir dies verdammt schwer – im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Wintruff.

(Abg. Wintruff SPD: Sie verstehen davon ja auch nicht so viel!)

– Herr Kollege Wintruff, Sie sollten Ihre Rede, die Sie jetzt seit vier Jahren halten,

(Beifall und Heiterkeit bei den Republikanern sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Die gleiche Rede! – Unruhe)

dringend einmal aktualisieren. Ich habe mir sogar sagen lassen, dass sie bei Ihren eigenen Genossen in der letzten Woche in Bruchsal durchgefallen sei.

(Beifall bei den Republikanern – Heiterkeit bei den Republikanern, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Wieser und Döpfer CDU – Abg. Seimetz CDU: Wintruff bleibt die Luft weg!)

Einen oder zwei Punkte möchte ich aber trotzdem noch ansprechen. Ich habe mir sagen lassen – und darüber freuen wir uns –, dass es in der Zwischenzeit in Baden-Württemberg sehr viel weniger Arbeitslose gibt. Das hat allerdings zur Folge, dass gerade im gewerblich-technischen Bereich und im Informationsbereich eine Konkurrenzsituation zwischen Industrie und Wirtschaft auf der einen und der Berufsschule auf der anderen Seite entsteht, was Spezialisten anbelangt. Ich kann das im Moment nicht beurteilen, bin aber zuversichtlich, dass der Herr Staatssekretär mich aufklärt, wie man dem wirksam begegnen kann, ohne die Besoldungsstrukturen, die wir im staatlichen Bereich haben, übermäßig zu strapazieren.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, ist das Berufsvorbereitungsjahr, das BVJ.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Das ist ein hartes Brot!)

(König)

Die Kollegen, die dort tätig sind, haben ein ganz hartes Brot und sind am allerwenigsten zu beneiden. Wenn man denen vorwirft, sie leisteten schlechte Arbeit, weil sie nur 10 % ihrer Schüler in eine Berufslaufbahn bringen,

(Abg. Zeller SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

muss man eines berücksichtigen: Diese Lehrer im Berufsvorbereitungsjahr haben überwiegend ausbildungsunwillige, aber auch ausbildungsunfähige Schüler.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner –  
Abg. Wintruff SPD: Unglaublich!)

Sie haben ein hartes Brot, und man kann sie nicht an der Quote messen, wie viele ihrer Schüler trotzdem auf einen Berufsweg kommen. Das muss man bei dieser Gelegenheit einmal sagen.

(Abg. Wintruff SPD: Mit der Ausrede kriegen Sie  
die Kurve wieder!)

Ansonsten, meine sehr verehrten Damen und Herren, attestiere ich für meine Fraktion, die Republikaner, dem baden-württembergischen Berufsschulwesen, dass dort vieles sehr gut ist. Kleine Mängel können behoben werden und müssen demnächst auch behoben werden. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode – –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gar nimmer da sein!  
– Abg. Mühlbeyer CDU: Von oben könnt ihr zu-  
gucken! – Gegenruf des Abg. Rapp REP: Das täte  
euch gefallen!)

– Herr Kollege Mühlbeyer, Sie sollten nicht bloß die Zeitungen lesen und die veröffentlichte Meinung hören. Sie haben doch gute Beziehungen. Rufen Sie einmal bei Al lensbach an, und fragen Sie, was für Umfrageergebnisse die haben,

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das ist ja das  
Schlimme!)

die sie halt nicht in die Zeitung schreiben dürfen oder wol-  
len.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir uns in der nächsten Legislaturperiode verstärkt um das Schulwesen insgesamt und insbesondere um das Berufsschulwesen kümmern werden.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Ich besorge Ihnen eine  
Karte, dass Sie als Zuhörer in der nächsten Legis-  
laturperiode kommen können!)

Das verspreche ich Ihnen heute schon.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Wieser.

(Abg. Wintruff SPD: Wieso haben die noch Rede-  
zeit? – Abg. Seimetz CDU: Jetzt kommt endlich  
die Rede!)

**Abg. Wieser** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nur eine kurze Redezeit und will meinen Beitrag auch sehr kurz zusammenfassen.

Ich meine, Kritik der Opposition ist okay. Ich lade Sie aber jetzt zu einer Verantwortungsgemeinschaft ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wenn Sie sagen: „Bei Medien, Computern, IT müssen wir in der Ausstattung mehr tun“, dann sage ich Ihnen eines: Wenn sich ein SPD-Kollege als Schulleiter bewirbt, dann sagt er: „Hoffentlich hat dort im Gemeinderat oder im Kreistag nicht die SPD die Mehrheit.“ Das ist die Wahr-  
heit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe  
von der SPD – Abg. Wintruff SPD: Wenn er Ihr  
Parteibuch nicht hat, wird er doch gar nicht ge-  
nommen!)

Dort, wo wir die Mehrheit haben, sind die beruflichen Schulen exzellent ausgerüstet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Win-  
truff SPD: Das ist doch dummes Geschwätz!)

Zweiter Punkt: Frau Kollegin, Sie sprechen vom Lehrermangel. Wenn alle so ausbilden würden wie unsere Handwerksmeister, dann wären fast alle im dualen System. Wir müssen in unserem Land als Ausfallbürge Vollzeitschulen bereithalten, die das Dreifache an Deputaten erfordern. Denn die Großindustrie erfüllt nicht ihre Aufgabe – vornehmlich dort, wo die Betriebe durch SPD-Mitglieder mitbestimmt werden –;

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

das quantitative Lehrstellenangebot ist dort wesentlich kleiner als bei den Handwerksbetrieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wäre es dort so hoch wie im Handwerk, dann wäre das Lehrerangebot ausreichend.

(Zurufe von der SPD und der Abg. Renate Rastät-  
ter Bündnis 90/Die Grünen)

Dritter Punkt: In Baden-Württemberg sind Hunderte von Menschen Hilfsarbeiter geblieben, weil sie nicht qualifiziert genug sind,

(Abg. Wintruff SPD: Wer macht die Bildungspoli-  
tik?)

um Facharbeiter werden zu können. Ihnen haben Sie aus ideologischen Gründen den Weg zur beruflichen Qualifikation abgeschnitten, weil Sie gegen den qualifizierten Abschluss unterhalb des Facharbeiterniveaus sind.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Das müssen Sie den Leuten einmal erklären.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Köberle.

(Abg. Zeller SPD zu Abg. Wieser CDU: Falsches wird durch Wiederholung auch nicht wahrer!)

**Staatssekretär Köberle:** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es fällt mir zwar schwer, lieber Herr Wintruff, aber ich muss Ihnen Recht geben. Sie sagen, die beruflichen Schulen seien Baustellen.

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

Das ist richtig. Gott sei Dank ist das so. Wir freuen uns darüber.

(Abg. Wintruff SPD: Das muss aber doch einmal fertig werden!)

Dort, wo gebaut wird, verändert sich etwas.

(Abg. Döpper CDU: Nicht stehen bleiben!)

Da gibt es zwar viel Staub, aber es geht nach vorn, und es geht aufwärts.

(Beifall der Abg. Ursula Kuri CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Gott sei Dank haben wir solche Baustellen. Wir veranlassen, dass gebaut wird. Die Schulen nutzen zunehmend den Freiraum, den sie auch angemahnt haben, um selbst Baustellen zu errichten. Beides gehört zusammen. Dort, wo gebaut werden muss, wird gebaut.

Die Qualität, die Akzeptanz der beruflichen Bildung hängt ganz wesentlich davon ab, dass die beruflichen Schulen wahrnehmen, dass sie darauf reagieren, dass sie eine Antwort auf das finden, was sich in Wirtschaft und Gesellschaft verändert.

Der Erfolg der beruflichen Bildung hängt davon ab, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft funktioniert. Er hängt davon ab, dass die Rahmenbedingungen, für die wir im Landtag und in der Landesregierung politisch verantwortlich sind, stimmen. Der Erfolg hängt auch davon ab, dass wir die Ressourcen, die notwendig sind, zur Verfügung stellen und die Investitionen, die getätigt werden müssen, auch vornehmen.

Ich glaube, auf diese Fragen gibt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion vielfältig Auskunft. Darin werden genau die Handlungsfelder angesprochen, die für die Weiterentwicklung der Baustelle „berufliche Schulen“ notwendig sind.

Ich meine, dass sich der Leistungsstand unserer beruflichen Schulen wahrlich sehen lassen kann. Der Standard beruflicher Bildung in Deutschland befindet sich im europäischen und im weltweiten Vergleich überall auf einem guten Niveau. Aber Baden-Württemberg fällt durch einige Besonderheiten auf, und zwar vor allem positiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

So hält erstens der Schülerzuwachs an beruflichen Schulen weiter an. Er nimmt von Jahr zu Jahr sogar weiter stark zu.

In diesem Schuljahr sind es 8 350 Schülerinnen und Schüler mehr, 1 600 in Vollzeit- und 6 750 in Teilzeitangeboten.

Liebe Frau Kuri, eine kleine Korrektur zu Ihrer Aussage zum Berufsvorbereitungsjahr: Nach der ersten Auswertung der Schulstatistik – ich glaube, das ist ein erfreuliches Ergebnis – stagniert der Besuch des Berufsvorbereitungsjahrs oder geht sogar leicht zurück. Er steigt nicht weiter an wie in den vergangenen Jahren.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Ja, gut, aber die Alternative – Wo ist die Lehrstelle dafür? Die Vorbereitung auf die Lehrstelle über das Berufsvorbereitungsjahr ist ein gutes Angebot.

(Abg. Wintruff SPD: Die Alternative müssen Sie schaffen!)

Zweiter Punkt – ich komme jetzt gleich darauf –: Das Bildungsangebot, das Angebot an Teilzeit- und an Vollzeit-ausbildungsgängen ist nirgends so vielfältig und so differenziert wie bei uns in Baden-Württemberg. Das gilt sowohl für leistungsstarke als auch für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler. Damit spiegeln die beruflichen Schulen genau die wirtschaftliche Realität wider. Auf Veränderungen in der Wirtschaft gibt es eine Antwort mit einem entsprechenden schulischen Angebot. Das spiegelt aber auch die unwahrscheinlich große Bandbreite schülerischer Leistungsmöglichkeiten wider, vom ganz schwachen bis zum erfolgreichen, leistungsstarken Schüler.

Der dritte Punkt – es ist jetzt mehrfach angesprochen worden, und man sollte einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass dies auf der einen Seite positiv ist, auf der anderen Seite aber auch mit Problemen zusammenhängt – betrifft die Frage, wie hoch wir die Messlatte politisch legen sollen. Das haben wir frei in der Hand. Die Messlatte im dualen System liegt bei uns in Baden-Württemberg eben bei 13 Wochenstunden. Ich sage Ihnen einmal: Mir ist es viel lieber, wir belassen diese Messlatte und erreichen sie nicht ganz

(Abg. Wintruff SPD: „Nicht ganz“ ist gut!)

und können dann sagen, soundso viel Prozent fallen aus, als dass wir die Messlatte herunterholen, so, wie es in anderen Bundesländern durchgehend der Fall ist. Selbst dabei erreichen die keine hundertprozentige Unterrichtsversorgung, sondern haben auch Unterrichtsausfall.

(Abg. Wintruff SPD: Sie erreichen aber die Messlatte zwölf auch nicht! Zwölf erreichen Sie doch noch nicht mal!)

Wir sind bei rund zwölf Stunden; und jetzt müssen wir differenzieren –

(Abg. Wintruff SPD: Nein, Sie sind nicht bei zwölf!)

– Lieber Herr Wintruff, jetzt in aller Ruhe: Wir haben es ja schon ein paar Mal im Ausschuss diskutiert. Es gibt auch Angebote im dualen System, bei denen es gar nicht notwendig ist, 13 Stunden anzubieten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Staatssekretär Köberle)

Weil wir gerade beim dualen System und bei der Stunden-tafel sind, noch eine Bemerkung dazu, liebe Frau Rastätter: Dass zur Stärkung der fremdsprachlichen Kompetenz Englisch in allen beruflichen Angeboten im dualen System verbindlich gemacht wird, ist schon außerordentlich wünschenswert. Aber es gibt überhaupt kein Land, in dem die Fremdsprache im dualen System verpflichtend ist. Sie liegt immer im Wahlbereich. Wenn wir 12 oder 13 Unterrichtsstunden – darüber können wir weiter hin- und herstreiten, wir haben aber immerhin am meisten – anbieten, ist die Wahrscheinlichkeit auf jeden Fall wesentlich größer, dass dann auch Englisch vorkommt, als wenn wir die Messlatte herunternehmen und sie auf acht oder zehn Stunden legen.

Vierter Punkt – ich glaube, Franz Wieser hatte es angesprochen –: Nirgends gibt es so viele Vollzeitangebote wie bei uns in Baden-Württemberg, nämlich rund 40 %. Der Bundesdurchschnitt liegt bei etwa 20 %, in manchen Ländern noch darunter. Was ein Vollzeitangebot bedeutet, wissen wir alle, nämlich einen dreifachen Einsatz an Lehrern. Es ist ein dreimal teureres Ausbildungsangebot als der Teilzeitbereich.

Fünfter Punkt, ein Aspekt, der noch nicht angesprochen wurde, aber außerordentlich wichtig ist: Die duale Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft ist nirgendwo so eng wie bei uns, vor allem deshalb, weil nur in Baden-Württemberg – nicht einmal in Bayern, sondern nur bei uns – eine gemeinsame Abschlussprüfung gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man sich in der Zielsetzung einig ist, dann liegt die Schule doch hinsichtlich des Ausbildungsziels wohl kaum daneben, wenn man gemeinsam den Zielpunkt definiert und die Prüfung gemeinsam abnimmt.

Zusammenfassend will ich eine bescheidene Anmerkung machen, meine Damen und Herren: Wir haben insgesamt das am besten ausgebaute berufliche Schulwesen, und wir investieren – ich habe stapelweise Zahlen dabei und könnte es Ihnen belegen – mehr in die berufliche Schullandschaft als jedes andere Bundesland. Auch Katastrophenbeschreibungen, wie sie im Wahlkampf jetzt ständig zunehmen, können diese Wirklichkeit nicht vernebeln. Wer berufliche Schule so beschreibt, wie es zum Beispiel Ihre Spitzenkandidatin im März dieses Jahres getan hat,

(Abg. Döpfer CDU: Woher soll sie es denn wissen? – Zuruf von der CDU: Sie weiß ja gar nicht, was das ist! – Abg. König REP: Wie heißt die?)

dem kann man nur empfehlen, wenigstens ein paar berufliche Schulen in diesem Land anzuschauen, bevor er weiter an bildungspolitischen Debatten teilnimmt. Jeder, der in eine berufliche Schule geht, sieht sofort, dass dieses Szenario, diese Katastrophen, die Sie ständig herbeizureden versuchen, nirgends in Baden-Württemberg auch nur annähernd der Wirklichkeit entsprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. König REP: Das habe ich auch festgestellt!)

Ein paar Sätze zur Lehrerversorgung: Trotz der bekannten strukturellen Probleme, die wir haben – daraus machen wir

überhaupt kein Geheimnis –: Es gibt kein Land, das so offen mit den Fragen der Unterrichtsversorgung und der Defizite umgeht, wie es bei uns der Fall ist. Da wird auch überhaupt nichts schöngeredet oder vertuscht, wie irgendjemand einmal gesagt hat. Wir haben eine solide Lehrerversorgung an unseren beruflichen Schulen. In diesem Schuljahr ist es eher etwas besser als im letzten Schuljahr und der Ausfall an Unterricht eher geringer. Und warum?

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Staatssekretär Köberle:** Natürlich. Gern, lieber Herr Wintruff.

**Abg. Wintruff SPD:** Herr Staatssekretär, würden Sie es auch als eine solide Lehrerversorgung bezeichnen, wenn, wie aus uns vorliegenden Zahlen hervorgeht, das Oberschulamt Stuttgart bei der Versorgung im fachpraktischen Unterricht im Durchschnitt 19,9 % Unterrichtsausfall meldet? Für die gewerblichen Schulen insgesamt meldet das Oberschulamt Stuttgart einen Durchschnitt von 10,2 % Defizit im wissenschaftlichen Unterricht und von 9,1 % im fachpraktischen Unterricht. Ich habe Ihnen vorhin vorge-rechnet, dass strukturell 1 000 Lehrer fehlen. Wie können Sie da von einer soliden Unterrichtsversorgung sprechen? Das ist mir wirklich ein Rätsel.

**Staatssekretär Köberle:** Herr Wintruff, jetzt nehmen wir einmal die Frage, die wir gerade vorhin besprochen haben: Wie wird der Standard definiert? Wenn wir wie die anderen Länder von 13 auf 12 Stunden heruntergehen, dann haben wir schon 500 dieser 1 000 fehlenden Stellen weg. Das ist eine Antwort auf Ihre Frage. Unsere Standards im beruflichen Schulwesen sind am höchsten von allen Bundesländern.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn sie nicht erreicht werden, helfen sie doch nichts!)

Lassen wir das so stehen. Da haben Sie die Möglichkeit zu kritisieren. Aber uns gibt das bei jeder Haushaltsaufstellung Ansporn, entsprechend Stellen zu schaffen und uns an diesem Höchststand der Möglichkeiten zu orientieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das hilft den Schülern aber nichts!)

– Dann fragen Sie doch einmal in den Ländern, wo Sie die Verantwortung tragen, was es dort den Schülern nützt, wenn sie statt zwölf Stunden bloß zehn oder neun Stunden haben.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt lassen Sie doch einmal die Platte sein! Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt doch überhaupt nicht, was Sie hier erzählen! Das sind doch leere Behauptungen! Menschenkind, immer die gleiche Platte!)

Ihnen ist es immer unangenehm, wenn wir auf andere Länder verweisen. Das verstehe ich, dass Ihnen das unangenehm ist.

Ich war dabei zu sagen, warum die Unterrichtsversorgung bei uns solide ist. Zu dieser Frage kehre ich jetzt zurück. Sie ist deshalb solide, weil wir in diesem Schuljahr 200

(Staatssekretär Köberle)

Neustellen geschaffen haben und insgesamt 650 Einstellungen vornehmen konnten.

(Unruhe bei der SPD)

– Jetzt hören Sie zu, und kritisieren Sie hinterher wieder. Machen wir es im Wechsel.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein!)

– Ein heißer Tropfen, der ein paar Millionen Mark wert ist. So leicht können wir mit dem Geld nicht umgehen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das machen Sie doch gar nicht!)

200 zusätzliche Neustellen, 30 Millionen DM für Grundversorgung, Mittel, die wir vorher nicht gehabt haben,

(Abg. Wintruff SPD: Man hätte halt über die vielen Jahre hinweg mehr tun müssen!)

in diesem Jahr und auch in den folgenden Jahren 30 Millionen DM für Krankheitsvertretungen, allerdings auch für andere Schularten, nicht nur für die beruflichen Schulen, aber eben auch für die beruflichen Schulen.

(Abg. Wintruff SPD: Noch nicht einmal zehn Stunden bekommen alle Klassen Unterricht nach der Statistik! Das wissen Sie doch! Nicht einmal zehn Stunden!)

– Herr Wintruff, das haben wir wirklich ausdiskutiert. Das bestreitet doch überhaupt niemand. Aber es ist bei manchen Klassen auch nicht notwendig, dass sie ein volles Angebot mit 13 Stunden bekommen,

(Abg. Wintruff SPD: Doch, doch!)

weil es bestimmte Angebote sind, wo es so vereinbart ist und wo eine Reduzierung auch gerechtfertigt ist, weil die Schüler die entsprechenden Voraussetzungen von allgemein bildenden Schulen mitbringen.

Jetzt will ich noch in ein paar Sätzen sagen, wo wir die Probleme sehen. Sie sehen ja auch viele Probleme. Darüber sollten wir ja wohl auch reden.

Ich glaube, dass uns in Zukunft nicht nur die Anzahl der zur Verfügung stehenden Stellen Schwierigkeiten machen wird, sondern auch die Frage, ob alle diese Stellen mit den richtigen Leuten besetzt werden können. Wie können wir das erreichen?

(Abg. Zeller SPD: Ist das eine Frage an die Regierung?)

Eine Voraussetzung haben wir in Baden-Württemberg, nämlich dass wir die Kapazitäten der Studienplätze und der Referendarplätze ausgebaut haben, dass wir keinen Numerus clausus haben, dass wir vor allem die Diplomstudiengänge ausgeweitet haben. Wenn jetzt bei uns in Baden-Württemberg geklagt wird, dass Hessen, Rheinland-Pfalz und andere Länder uns möglicherweise Lehrer abwerben, dann hat das auch damit zu tun, dass in anderen Ländern nach wie vor der Numerus clausus besteht und die Studie-

renden hierher zur Ausbildung kommen und dann, wenn es um die Frage der Einstellung geht, natürlich wieder in ihre Länder zurückgehen.

Das ist auch die Erklärung für eine andere Zahl, die genannt worden ist. Hier wurde gesagt, es hätten sich in diesem oder im letzten Schuljahr – ich weiß nicht mehr, welches Jahr der Bezugspunkt war – 750 beworben und 450 hätten wir eingestellt.

(Abg. Wintruff SPD: Im letzten Schuljahr!)

Es gibt natürlich Mehrfachbewerbungen. Wenn sich jemand, der aus Hessen kommt, in Hessen, also in seinem Heimatland, und bei uns bewirbt und in Hessen ein Angebot bekommt, ist es doch ziemlich logisch, dass die entsprechende Person das Angebot in der Schule in Hessen annimmt.

Zweiter Punkt: Wir gehen unkonventionelle Wege mit der Direkteinstellung von Diplomingenieuren. Wir haben in diesem Jahr immerhin mit 80 Stellen angefangen, und wir öffnen den Zugang in die Schule für Absolventen der Berufsakademien und der Fachhochschulen weiter, vor allem für solche in IT-Berufen, die wir dringend brauchen, und schon zum kommenden Februar werden die ersten 30 Stellen für BA- und FH-Absolventen eingerichtet.

(Abg. König REP: Ohne Referendariat!)

Die Aufforderung ist schon an diese Seite des Hauses gerichtet worden: Tragen Sie bitte mit dazu bei. Da liegt die Hausaufgabe in Berlin und nicht bei uns. Die Initiativen sind ergriffen, dass die Sonderzuschläge für Lehramtsanwärter so verändert werden können, dass wir wieder mit der freien Wirtschaft konkurrieren können.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wann kommt das?)

– Das ist keine Frage an uns. Wir haben alles getan, was machbar ist. Das ist jetzt wirklich eine Frage an die Adresse, die zuständig ist, nämlich an die Berliner Adresse.

(Abg. Wintruff SPD: Sie haben die Sonderzuschläge in Bonn auch erst mit abgeschafft!)

– Jetzt haben wir eine ganz andere Situation. Herr Wintruff, jetzt haben wir nicht die Situation – das wissen Sie –, dass Leute in der Wirtschaft keine Perspektive sehen. Früher war es andersherum. Früher standen viele vor der Tür, viele, die die Wirtschaft hinausgeworfen hat oder die dort keine Aufnahme gefunden haben. Die Zeiten haben sich geändert. Darauf müssen wir uns einstellen. Jetzt müssen wir dieses Ungleichgewicht in Ordnung bringen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist aber schon länger absehbar gewesen!)

– Sie sehen alles weiß Gott wie weit voraus, alles.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Zeller weiß alles, er weiß auch alles besser!)

Das ist aber Ihre persönliche Note der Politik.

Meine Damen, meine Herren, ich wollte eigentlich noch einiges zu dem Thema sagen, auf das sich momentan alle Augen richten, nämlich auf den Bereich der IT-Berufe. Ich mache das so kurz wie irgend möglich. Auch da haben wir wirklich im doppelten Sinn des Wortes den Anschluss nicht verpasst. Man sollte sich einmal vier oder fünf Jahre zurückerinnern. Da musste man ja manchmal grundsätzliche ideologische Auseinandersetzungen in der Frage führen, welchen Stellenwert der Computer an der Schule hat. Gehört er da überhaupt hin? Es gab auch Signale aus der Wirtschaft mit der Frage: Ist das nicht alles zu viel, was ihr tut? Sie kennen die entsprechenden Reaktionen in Niedersachsen oder bei uns, wie man dann mit der Einrichtung von Hochschulausbildungsplätzen umgeht.

Wir haben massiv in eine Medienoffensive investiert. Eine zweite Medienoffensive steht an. Wir haben richtigerweise nicht 1 Milliarde DM – Frau Rastätter, das war Ihr Vorschlag – auf einen Schlag verteilt, sondern das muss alles auch verarbeitet werden. Wir haben in drei Bereiche investiert, und alle drei Bereiche gleichzeitig im Auge zu behalten ist wichtig. Wenn wir nur einen Bereich vernachlässigen, ist jede Investition nur halb so viel wert. Wir haben in die Technik, in die Geräte und in die Anschlüsse investiert. Alle beruflichen Schulen haben einen Internetzugang. Wir haben weiter in die Lehrerqualifizierung investiert. Das Lehrerqualifizierungsprogramm, das momentan bei uns läuft, ist das größte Qualifizierungsprogramm, das es je irgendwo gegeben hat: 30 000 Lehrer und Lehrerinnen in der Grundlagenausbildung, 4 500 Multiplikatoren, 1 500 Netzwerkberater waren geplant, jetzt sind wir bei 2 900. Das ist eine Investition, die erst einmal geleistet werden muss. Das muss auch der anerkennen, der jede ausgefallene Unterrichtsstunde zählt und entsprechend öffentlich kommentiert und kritisiert.

Der dritte Bereich ist genauso wichtig: Anwendung der IT-Technik. Da sind wir wirklich auch in einer Situation, in der wir sagen können: Jawohl, da tut sich etwas; da stimmen die Ausstattung mit Geräten und der sinnvolle Einsatz im Unterricht wirklich miteinander überein.

Wenn man fragt: „Stimmen dann im beruflichen Schulsystem die Ausbildungsangebote, die wir haben?“, müssen Sie sich auch ein paar Zahlen anhören, die bestätigen, dass wir den Anschluss nicht verpasst haben. Jetzt kann ich die Schülerzahlen oder die Fachklassen nennen. Ich nehme nur die Fachklassen in den letzten vier Jahren: 1997 für die IT-Berufe 25 Fachklassen in Baden-Württemberg, 1998 118, 1999 235, im Jahr 2000 313, also eine Verzwölfachung innerhalb von vier Jahren – 40 % mehr Schüler in diesen Ausbildungsangeboten, als es im vergangenen Jahr der Fall war.

Probleme – auch die gibt es, auch die möchten wir nicht unter den Tisch kehren und vor uns her schieben – sind genannt worden. Wir sind in Gesprächen in einer Arbeitsgruppe, die intensiv an der Frage einer gerechten Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen arbeitet, also an der Frage der Sachkostenbeiträge. Es ist vorhin richtig kommentiert worden: Die aktuellen Sachkostenbeiträge beziehen sich auf ganz konkrete Finanzbelastungen der Kommunen. Das sind keine politisch gegriffenen Beträge, sondern sie beziehen sich immer auf Erfahrungswerte der vergangenen Jahre. Aber das muss neu ausgelotet werden.

Ein weiterer Punkt: Die Betreuung dieser vielen Technik, die wir inzwischen an der Schule haben, ist nicht Aufgabe der Lehrerschaft, sondern dafür müssen wir neue Formen finden.

Die steuerliche Absetzbarkeit von Computern ist ein Thema, das unter höchster Dringlichkeit steht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Wir haben im Kabinett Initiativen ergriffen, wir haben gemeinsam mit Hessen eine entsprechende Initiative in Berlin eingebracht, und auch hierzu habe ich wirklich die Bitte – das ist nicht ironisch gemeint, sondern wirklich eine Bitte –: Nutzen Sie jede Möglichkeit, mit Ihren Beziehungen auf die Bundesebene einzuwirken, damit wir in dieser Frage wirklich eine neue und der Problematik angemessene Regelung erreichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Sie müssen aber auch Ihre Möglichkeiten nutzen!)

– Ja, wir tun es auch, Herr Wintruff.

Meine Damen und Herren, richtig ist, dass wir mit großer Aufmerksamkeit, mit hohen Erwartungen und auch mit massiven Forderungen weiter über den IT-Bereich diskutieren. Davon hängt vieles ab, und davon werden in Zukunft alle Bereiche der Wirtschaft, der Gesellschaft und des Privatlebens betroffen sein.

Wir sind aber auch weiterhin verantwortlich – ich will das nur mit zwei Anmerkungen erwähnen – für alle anderen Berufe, die diese Gesellschaft und unsere Wirtschaft brauchen. Ich befürchte manchmal, dass wir alle mit allen Augen auf den IT-Bereich starren und alle Ressourcen dafür mobilisieren, dabei aber vergessen, dass es viele, viele traditionelle Berufe gibt, die genauso wichtig sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn wir das vergessen, laufen wir Gefahr, in drei oder fünf Jahren über Pflegenotstand oder dieses oder jenes diskutieren zu müssen. Deshalb ist eine ausgewogene Entwicklung wichtig. Wenn gefordert wird, weitere berufliche Gymnasien einzurichten, sage ich: Ja, aber nicht generell. Vor allem bei Technischen Gymnasien, vor allem für den IT-Bereich, setzen wir einen Schwerpunkt. Da sind aber auch die Kapazitäten und die Möglichkeiten, weitere Klassen zu schaffen, vorhanden.

(Abg. Wintruff SPD: Geben Sie damit die Deckelung auf? Soll man das so verstehen?)

– Wir hatten noch nie eine absolute Deckelung bei Standorten, sondern wir sind immer flexibel verfahren bei der Einrichtung von neuen Klassen.

(Abg. Wintruff SPD: Denken Sie an Nagold!)

Es geht vor allem darum, jetzt auch im kaufmännischen Bereich einen Deckel draufzulassen, weil wir die Kräfte dringend im gewerblichen Bereich und im Medienbereich brauchen.

(Staatssekretär Köberle)

Wir sollten – ich freue mich darüber, dass das mehrfach angesprochen worden ist – wirklich die Leistungsschwächen nicht vergessen. Es ist nicht so, wie es in einem Zwischenruf von, wie ich meine, Herrn Zeller zum Ausdruck kam, dass wir die Schulsozialarbeit überhaupt nicht wollten. Lieber Herr Zeller, ich frage mich, was das heißt, nachdem der Sozialminister vor wenigen Wochen 91 Standorte für Schulsozialarbeit verkündet hat. Wollen wir sie dann, oder wollen wir sie nicht? Und was bedeutet es, wenn das Land zum ersten Mal in die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit einsteigt? Heißt das, dass wir sie wollen, oder heißt das, dass wir sie nicht wollen?

(Beifall bei der CDU – Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Anschubfinanzierung!)

Ich könnte noch ein paar weitere Beispiele anfügen.

(Abg. Haas CDU: Nehmen Sie doch mal den Herrn Zeller nicht so ernst!)

Gehen wir doch mal in Bundesländer, in denen die SPD mit gutem Recht, weil der Wähler sich so entschieden hat, die politische Verantwortung trägt. Ich frage mich: Wo gibt es da Modelle, die man in Baden-Württemberg übernehmen könnte? Wir sind in dieser Frage Exportland, wenn es um neue Ideen geht. Ich nenne Ihnen die Beispiele. Sie werden sehen, dass andere Länder uns das nachmachen, was Jugendberufshelfer an den Schulen betrifft und was die kooperative Hauptschule betrifft. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Bundesverband der deutschen Arbeitgeber den anderen 15 Bundesländern empfiehlt, für Hauptschüler und leistungsschwache Schüler das zu tun, was wir hier in Baden-Württemberg tun.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Herr Zeller, ich kann es Ihnen nicht ersparen, die Wahrheit zu sagen. Dazu sind wir als Politiker verpflichtet. Deshalb sollten wir auch über die Stärken unserer beruflichen Schulen in Baden-Württemberg reden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will zum Schluss kommen, ich mache aber auch gerne weiter, je nachdem, wie geduldig Sie sind.

(Abg. König REP: Nein, ich will eine rauchen gehen!)

Aber eine zusammenfassende Bemerkung, lieber Herr Zeller, müssen Sie und alle anderen noch ertragen.

(Abg. Haas CDU: Nehmen Sie den Zeller doch nicht so ernst! Der hat doch nichts zu sagen!)

Wer in Bildung investiert, der investiert in den Wirtschaftsstandort und in die Zukunft Baden-Württembergs. So werden – ich sage: zu Recht – Forderungen an die Politik, mehr für Bildung zu tun, begründet. Und wenn das so ist, wenn wirtschaftlicher Standard mit Bildungspolitik zu tun hat, dann muss auch der Umkehrschluss erlaubt sein. Da sind die Zahlen bekannt. Wir können nicht darüber diskutieren, was Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, was Hochtechnologie

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

und alle Vergleichsdaten der wirtschaftlichen Welt angeht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wenn ein Land wirtschaftlich so erfolgreich ist wie Baden-Württemberg, dann kann die Bildungspolitik in diesem Land bei weitem nicht so schlecht sein, wie Sie es tagtäglich herbeizureden versuchen. Das glaubt Ihnen der Bürger nicht, weil das Gegenteil richtig ist. Dafür sorgen wir in der Politik und jeden Tag viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, Punkt 7 der Tagesordnung ist mit dieser Aussprache beendet.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks – Drucksache 12/4708**

Das Präsidium hat für die Begründung eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache gestaffelte Redezeiten bei fünf Minuten Grundredezeit je Fraktion festgelegt.

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der SPD: Wie heißt der Abgeordnete?  
– Gegenruf des Abg. Döpper CDU: Er stellt sich vor!)

**Abg. Rudolf Hausmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestern gab es eine Presseerklärung aus Nordrhein-Westfalen: Gemeinsame Erklärung der Partner im Ausbildungskonsens NRW: Jeder junge Mensch, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet. Der Ausbildungskonsens NRW wird fortgeführt. Er war zwar ursprünglich nur auf fünf Jahre, bis 2001, geschlossen worden. Wie Arbeitsminister Schartau heute in Düsseldorf mitteilte, ist die Fortsetzung jetzt nach einem Spitzengespräch aller Partner beschlossen worden. Auch künftig werden sich die Anstrengungen der Konsenspartner auf die Gewinnung neuer Ausbildungsplätze und Betriebe sowie verstärkt auf die Besetzung offener Ausbildungsstellen konzentrieren.

Meine Damen und Herren, es wäre schön, wenn wir in Baden-Württemberg etwas Ähnliches hätten.

(Lachen des Abg. Haas CDU)

Aber trotz aller Appelle an Dialogbereitschaft, trotz aller Appelle, unsere Kräfte zusammenzufassen, die Kräfte der verschiedenen Akteure, was Berufsausbildung und auch Förderung der überbetrieblichen Bildungsstätten – das ist das Thema – anlangt – es wäre schön, wenn wir so etwas hinkriegen würden –, ist das leider nicht so. Außer Parolen gibt es leider keine Umsetzung.

(Rudolf Hausmann)

(Abg. Haas CDU: Sie sollten wissen, dass wir zu wenige Auszubildende haben!)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch in Baden-Württemberg neue Ausbildungsplätze gewinnen. Dazu müssen wir es zuerst schaffen, die Unternehmen und Betriebe, die bereits heute ausbilden, bei der Stange zu halten, damit sie weiter ausbilden und neue Ausbildungsplätze schaffen.

Da ist dann die Frage: Welche Beiträge leistet das Land Baden-Württemberg, um dies tatsächlich zu tun? Dazu gehört natürlich auch – zu den neuen Anforderungen nenne ich Ihnen ein paar Stichpunkte – der Teil überbetrieblicher Bildungsstätten, die ein wichtiges Element, ein Mosaik in der Berufsausbildung darstellen. Auch hier müssen wir unseren Teil beitragen und das so pflegen, dass die Betriebe, für die das eigentlich Sinn macht, davon auch etwas abkriegen.

Wir haben es – das ist vorhin bereits diskutiert worden – auch mit veränderten Berufsbildern zu tun, mit völlig neuen Anforderungen. Gerade die neuen Anforderungen sind wieder ganz wichtig für den Bereich überbetrieblicher Bildungsstätten. Ich will nur geschwind einen kurzen historischen Ausflug machen. Entstanden sind sie in den Siebzigerjahren. Da war die Qualität der Berufsbildung stark infrage gestellt, duale Ausbildung. Da haben die Wirtschaft und Gott sei Dank auch die staatliche Seite so reagiert, dass sie überbetriebliche Bildungsstätten mit unterstützt haben. Die Großindustrie ist dazu übergegangen, Lehrlingswerkstätten zu gründen. Damals – das gilt auch heute – war die Zielsetzung, überbetriebliche Bildungsstätten so auszustatten, dass kleine Betriebe, die allein nicht in der Lage wären, eine Ausbildung hinzubekommen, und mittlere Betriebe tatsächlich in die Lage kommen, auszubilden, weil dann nämlich die entsprechende Unterstützung kommt.

Das ganze Ding wurde häufig über Kammern und Innungen zusammengefasst, also sehr industrienah, und wurde in der Regel von den Betrieben und Unternehmen selber finanziert, zum Zweiten vom Bund und zum Dritten vom Land. Jetzt sind wir beim eigentlichen Thema, nämlich bei der Finanzierung der Bildungsstätten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das war das Vorwort!)

– Das war sozusagen das Vorwort. Ich werde jetzt ein Zwischenresümee ziehen, im zweiten Teil konkret auf Baden-Württemberg gucken und Ihnen aufzeigen, wie sich hier die Finanzierung in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre verändert hat, und dem gegenüberstellen, wie das war, als die SPD in der Regierungsverantwortung dafür stand.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen mein Zwischenresümee, und danach diskutieren wir. Sie haben es geschafft, in der Zwischenzeit auch zu diesem Bereich zwei Zukunftsinitiativen aufzubauen. Das war die Jugendoffensive oder wie Sie es genannt haben, und es war die Zukunftsinitiative Handwerk. Sie haben es geschafft, in dieser Zeit die regulären Haushaltsmittel auf null zu fahren, und

Sie haben es geschafft, über zwei Initiativen die Förderung, die Sie hineingesteckt haben, unterm Strich geringer zu halten, als das vorher im regulären Haushalt der Fall war. Das drückt das Armutszeugnis aus, mit dem sich die Regierung konfrontieren lassen muss. Sie macht große Sprüche, bläst sich ziemlich auf, und unterm Strich fehlen die Fakten.

Im zweiten Teil will ich versuchen, das ein bisschen zu filletieren.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Keitel.

**Abg. Keitel** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege hat zu dem Antrag der SPD das Bündnis in Nordrhein-Westfalen angesprochen und hat es hoch gelobt.

(Zuruf der Republikaner: Er hat es auch nötig, da etwas zu machen!)

Herr Hausmann, hier in Baden-Württemberg hat die Wirtschaft zusammen mit den Schulen – gerade eben haben wir miteinander über das Berufsschulwesen diskutiert – und den Kommunen große Anstrengungen unternommen, um die Problematik fehlender Ausbildungsplätze zu meistern. In keinem Land wird so viel für Ausbildungsplätze getan wie hier in Baden-Württemberg. Ich könnte Ihnen Regionen aufzählen, in denen Sie im Moment eine Ausbildungssituation haben, bei der nicht der Ausbildungsplatz, sondern in weiten Bereichen der Lehrling fehlt. Das ist die Wirklichkeit in diesem Land, und deswegen war Ihr Eingangsstatement zu Nordrhein-Westfalen völlig fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns darüber einig, dass im Konsens des dualen Ausbildungswesens die überbetriebliche Ausbildung ein ergänzender Teil der Ausbildung im Betrieb ist.

Ich will auch gar nicht bestreiten, dass wir in den letzten Jahren angesichts der Haushaltskonsolidierungen und angesichts von Einschnitten auch in diesem Bereich nicht alles so auf den Weg bringen konnten, wie wir es uns politisch vielleicht vorgestellt hätten. Das ist überhaupt keine Frage, und ich bin gerne bereit, mit Ihnen zu diskutieren, aber Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass im Doppelhaushalt 2000/2001 große Anstrengungen gemacht werden und über das zweite Zukunftsinvestitionsprogramm 20 Millionen DM zusätzlich für berufliche Bildung verwandt und ganz gezielt in die überbetriebliche Ausbildung gesteckt werden. Im Nachtrag sind 5 Millionen DM dazugekommen. Ich gebe gerne zu, dass wir im Moment einen gewissen Nachholbedarf – ich habe ihn gerade angesprochen – im Bereich der Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten haben. Ich will an dieser Stelle aber auch einmal deutlich machen, dass ich das als einen ergänzenden Bereich sehe. Wenn wir uns auf diesen ergänzenden Bereich konzentrieren, werden wir mit den Mitteln, die wir im Moment im Haushalt haben, hinkommen. Wir haben gestern über das neue Zukunftsinvestitionsprogramm diskutiert. Darin sind 30 Millionen DM allein für die überbetriebliche Ausbildung vorgesehen.

(Keitel)

Das Handwerk hat in einer Darstellung zusammengefasst, was wir in den nächsten sechs Jahren an Mitteln für die überbetriebliche Ausbildung brauchen. Es sind laut Handwerk 70 Millionen DM durch das Land Baden-Württemberg zu investieren. Wenn ich die Zahlen, die ich genannt habe, hochrechne, kommen wir pro Jahr auf eine Summe von 10 Millionen DM. Auf sechs Jahre hochgerechnet sind es 60 Millionen DM. Wir sind also nahe an den Wunschvorstellungen des Handwerks. Ich verstehe deshalb Ihre Bemerkungen überhaupt nicht. Und Ihr Antrag erweckt den Eindruck, als ob wir in Baden-Württemberg die Bundesfördermittel nicht kofinanziert hätten. Das stimmt nicht. Das ist nicht der Fall – in keinem Fall! Lesen Sie die Stellungnahme zu dem Antrag nach. Die Landesregierung hat das, was Sie dem Land Baden-Württemberg unterstellen, in eindeutiger Klarheit widerlegt.

Meine Damen und Herren, ich will noch zwei, drei weitere Bemerkungen dazu machen, die mir wichtig erscheinen.

Überbetriebliche Ausbildung muss sich im Konsens mit dem Handwerk, mit dem Mittelstand und mit der Wirtschaft vollziehen. Ich akzeptiere nicht – und das auch in Richtung der Landesregierung –, dass wir die überbetriebliche Ausbildung durch höhere Umlagen auf Kosten der Betriebe modernisieren. Deswegen muss klar sein, dass diese Landesmittel gezielt in diesen Bereich gegeben werden.

Ich will eine zweite Bemerkung machen: Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten haben in der Zwischenzeit im allgemein weiterbildenden Bereich einen großen Teil aufgebaut, den ich akzeptiere und unterstütze. Aber es kann nicht sein, dass wir vor Ort in zwei, drei Konkurrenzbereichen wie IHK, Handwerkskammer, Volkshochschulen die gleichen Angebote doppelt oder dreifach machen, all diese Angebote mit Landesmitteln fördern und dann auch noch kommerziellen Anbietern im gleichen Bereich wettbewerbsverzerrende Rahmenbedingungen schaffen. Damit bin ich allerdings nicht einverstanden.

(Beifall bei der CDU)

Eine letzte Bemerkung zur überbetrieblichen Ausbildung: Ich will ganz deutlich sagen, dass sie mir wichtig ist. Sie ist notwendig, aber sie kann nicht dazu führen, dass die Zeit, die die Auszubildenden im Betrieb verbringen, immer kürzer wird. Es kann nicht sein, dass wir die Ausbildungszeit im Betrieb weiter kürzen. Ich denke, dass wir da an einem Punkt angelangt sind, den wir nicht mehr weiter unterschreiten dürfen. Die jungen Leute müssen auch im Betrieb bleiben.

(Abg. Mühlbeyer und Abg. Döpper CDU: Richtig!)

Ich wehre mich aus der Wirtschaft heraus, dass man den Handwerksbetrieben unterstellt, sie seien nicht auf dem modernsten technischen Stand.

(Abg. Ursula Kuri CDU: Ja!)

Auch in unseren Handwerksbetrieben ist in der Zwischenzeit schon lange, lange moderne Technik eingezogen; sie wird dort angeboten. Unsere Jugendlichen in Baden-Würt-

temberg erfahren eine Ausbildung im dualen Arbeitsbereich, die bundesweit vorbildlich ist. Auch deswegen verstehe ich Ihren Antrag überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Frau Abg. Schlager.

**Abg. Sabine Schlager** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir anerkennen, Herr Keitel, dass die Landesregierung in den nächsten Jahren ihre selbst gesteckten Ziele im Bereich der ÜBA erreichen will. Wir müssen aber feststellen, dass sie in den letzten fünf Jahren weit, weit unter der selbst aufgelegten Messlatte durchgelaufen ist. Der Wirtschaftsminister hat immer gesagt, dass wir pro Jahr etwa 10 Millionen DM bräuchten.

(Abg. Keitel CDU: Das ist klar!)

Wenn wir Jahre hatten, in denen es 2 Millionen DM, 5 Millionen DM oder auch einmal 7 Millionen DM waren, dann bedeutet das, dass wir jetzt eine Zeit hinter uns haben, in der wir quasi eine Art Modernisierungsschub haben auflaufen lassen. Im regulären Haushalt sind noch Mittel in der Größenordnung von 1 Million DM enthalten. Das heißt, wenn es je eine Panne mit den Privatisierungserlösen geben sollte, dann wird das für die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten eine Katastrophe.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein!)

Das bedeutet: Stellen Sie doch einen soliden Teil in den regulären Haushalt ein, und dokumentieren Sie damit, dass Sie eine Grundfinanzierung, ein Minimum aus dem regulären Haushalt leisten wollen; denn die überbetrieblichen Einrichtungen sind ja nicht dazu da, die Auszubildenden aus den Betrieben abzuführen oder den Betrieben zu unterstellen, dass sie das nicht richtig könnten oder nicht modern ausgestattet seien. Für kleine Betriebe mit zwei oder drei Leuten wäre es aber ein Unsinn, wenn sie die ganze Palette an modernen Geräten und Betriebsmitteln vorhalten müssten. Es ist schon ein Vorteil, wenn jemand, der in einem kleinen Betrieb ausgebildet wird, in den überbetrieblichen Einrichtungen alles lernt, was man in dem Beruf können muss.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Deswegen sind die überbetrieblichen Ausbildungen ganz wichtig, um die kleinen Betriebe ausbildungsfähig und ausbildungswillig zu halten; sonst sind sie nämlich überfordert, und dann hören sie auf damit. Dann hätten wir allesamt nichts davon.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen sowie des Abg. Selteneich SPD – Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Wir hatten in den letzten Jahren zwei Probleme hier im Land zu verzeichnen: Die ausgewiesenen Mittel waren durchweg zu wenig, und sie waren nicht mehr im regulären Haushalt und sind von daher nicht genügend abgesichert.

(Sabine Schlager)

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die überbetriebliche Ausbildung im Land wichtig zu nehmen, ihren Beitrag für die Ausbildung junger Menschen anzuerkennen und sie entsprechend finanziell abzusichern.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke auch, dass wir uns heute Abend nicht mehr davon überzeugen müssen,

(Abg. Keitel CDU: So!)

dass der Stellenwert der überbetrieblichen Aus- und Fortbildungsstätten für das Handwerk außerordentlich hoch ist. Da ich heute Abend nicht das Licht ausmachen möchte, unterstelle ich einfach einmal, dass wir uns in diesem Punkt doch wirklich einig sind.

(Beifall der Abg. Ingrid Blank CDU und Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Keitel CDU: So ist es!)

Ich möchte einfach noch einmal ganz schnell am Thema bleiben. Die Fragestellung lautet ja ganz konkret: Sind die Bundesmittel und Zuschüsse nun abgerufen worden oder nicht? Hat man da welche nicht abgerufen? Es wurde ja unterstellt, das sei so. Davon ist nun nicht ein einziger Fall bekannt, bei dem das so wäre. Nachdem sich die Frage des Ob nicht stellt, weil es einfach nicht so ist, braucht man nicht zu fragen, wie man da etwas ändert, warum das so ist, oder gar noch zu fordern, eine Konzeption dafür zu entwerfen. Diese ganzen Fragen erübrigen sich.

Es erübrigt sich nicht das Thema. Wie sich die Mittel entwickelt haben, hat ja nun jeder deutlich gesagt. Ich kann da durchaus auch die Zahlen hernehmen. Das ist durchaus interessant: 1992 waren es noch 17,5 Millionen DM, und wenn man sieht, dass das heute im Doppelhaushalt 3,3 Millionen DM und 3 Millionen DM sind, dann sieht man, wie sich das verändert hat. Dass Zwischenfinanzierungen notwendig sind, wissen wir. Wir wissen, dass das nicht nur hier ein gangbares Mittel ist. Auch das System der Unbedenklichkeitsbescheinigung ist, glaube ich, nicht das Thema.

Der Rückgang der Mittel war außerordentlich stark. Deshalb hat man da auch gegengesteuert, indem man – ich halte das gar nicht für so gering – für das Handwerk etwas mehr als 23 Millionen DM zusätzlich gegeben hat. Das können Sie jetzt aufrechnen. In fünf Jahren sind das schon einmal regelmäßig 4 Millionen DM bis 5 Millionen DM gewesen, die dazugekommen sind. Das sollte man nicht gering schätzen.

Im Übrigen waren die Mittel auch beim Bund rückläufig. Zunächst einmal hat man, was ganz selbstverständlich ist, bis 1997 die neuen Bundesländer bedient. Das ist ganz selbstverständlich. Da hatte der Bund Schwierigkeiten, seine eigenen Mittel zu erbringen. Zwischen 1999 und 2000 hat der Bund die Mittel für die überbetrieblichen Bildungsstätten um rund 20 % verringert. Auch das ist kein Vorwurf. Darin sind Schwankungen enthalten.

Nun sind wir uns einig darüber, dass man etwa 10 Millionen DM pro Jahr ansetzen sollte. Das ergibt auch die Gegenrechnung – das hat Herr Keitel schon gesagt – des Baden-Württembergischen Handwerkstags. Wenn man diese 70 Millionen DM, die gut gerechnet sind, teilt, dann kommt man etwa auf dieselbe Größenordnung. Wohlgemerkt: Das betrifft nicht nur Modernisierung und Ersatz, sondern darin sind auch die Investitionen enthalten. Ich denke, in erster Linie wird es jetzt um die Modernisierung und um die Ersatzinvestitionen gehen.

Jetzt wollen wir einmal diese 10 Millionen DM nehmen. Wenn ich zu dem derzeitigen Ansatz im Haushalt von 3 Millionen DM die 30 Millionen DM dazunehme, die wir über das Zukunftsinvestitionsprogramm hineinsetzen wollen, und wenn die „regulären“ Haushaltsansätze noch maßvoll erhöht werden, dann können wir guten Gewissens dem Handwerkstag sagen: Wir erreichen eure Maximalvorstellungen.

(Abg. Keitel CDU: So ist es!)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich lege in Vorwahlkampfzeiten auch sehr viel mehr Wert darauf, dass der Handwerkstag mit uns zufrieden ist, als dass Sie mit uns zufrieden sind. Er wird damit zufrieden sein.

Was die Szenarienbeschreibung „Katastrophe! Was wird sein, wenn?“ betrifft, gehen wir davon aus, dass wir über die 30 Millionen DM verfügen können. Und wenn wir das können, sollten Sie sich einfach mit freuen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Ingrid Blank CDU: Natürlich!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Dagenbach.

**Abg. Dagenbach** REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass die antragstellende Fraktion dieses Thema selbst nicht so furchtbar ernst nimmt,

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

was auch die mangelnde Präsenz bei Ihnen zum Ausdruck bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Rapp REP: Der Eindruck trügt nicht!)

Unsere Fraktion ist demgegenüber froh und dankbar, dass das Handwerk in unserem Land eine große Zahl von überbetrieblichen Bildungsstätten ausweist. Damit wird sichergestellt, dass junge Menschen eine fachlich qualifizierte, moderne und zukunftsorientierte berufsbegleitende Ausbildung bekommen. Diese überbetriebliche Ausbildung ergänzt die betriebliche Ausbildung unter der Trägerschaft von Kammern und Innungen in außerordentlich hohem Maße. Ohne diese Initiative des Handwerks wären viele kleine und mittlere Betriebe nicht in der Lage, die für die Zukunft unseres Landes so wichtigen Ausbildungsplätze anzubieten.

(Dagenbach)

In Zeiten der Lehrstellenknappheit stellen die Berufsbildungszentren deshalb einen wichtigen Faktor zum Erhalt der Ausbildungskapazität im Handwerk dar, von der nicht zuletzt die gewerbliche Wirtschaft und die Industrie in nicht unerheblichem Maße profitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Immerhin durchlaufen jedes Jahr etwa 40 000 Auszubildende diese Einrichtungen mit mehrwöchigem berufspraktischem Unterricht nach den Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums. Dieser erforderliche psychomotorische Lernprozess müsste sonst durch die Berufsschulen des Landes vermittelt werden.

Das Handwerk kann eine solche Landesaufgabe natürlich niemals allein finanzieren, weshalb Zuschüsse von Bund und Land sowohl für Investitionen als auch für die Durchführung der laufenden Lehrgänge notwendig sind. Dies ist insoweit gerechtfertigt, als durch diese hoch qualifizierte Ausbildung unser Land sowohl im Ländervergleich als auch im internationalen Wettbewerb nicht nur konkurrenzfähig bleibt, sondern auch seine Spitzenstellung behaupten kann. Dies gilt auch deshalb, weil die Träger der Berufsbildungsstätten durchaus bereit sind, ihre Schulungsräume zur beruflichen Weiterbildung, wie zum Beispiel für Meisterkurse oder Umschulungen für Arbeitslose, zu öffnen, was sie in vielen Fällen bereits tun.

Bedauerlicherweise sind in den letzten Jahren aber sowohl die Mittel des Landes als auch, noch deutlicher, die des Bundes heruntergefahren worden. Es lohnt sich also nicht, wenn Rot und Grün jetzt Krokodilstränen vergießen. Sie sollten zuerst einmal dafür sorgen, dass die Bundesmittel wieder verstärkt werden.

Immerhin konnten wir erst vor kurzem das neue und hochmoderne Berufsbildungszentrum der Handwerkskammer Heilbronn feierlich eröffnen, in das 37,1 Millionen DM investiert worden sind. Allein 8,2 Millionen DM wurden für Maschinen und zusätzlich fast 1 Million DM für Computer der neuesten Generation aufgebracht.

Hierbei beteiligte sich der Bund aber lediglich mit 17,5 Millionen DM, was nicht einmal 50 % der Summe entspricht – im Gegensatz zu 57 % in früheren Zeiten. Dementsprechend sanken auch die Komplementärmittel des Landes auf 11,7 Millionen DM. Der Rest muss durch Umlage von den Kammermitgliedern, sprich den Handwerksbetrieben, aufgebracht werden.

Glücklicherweise gibt es aber auch Sponsoren, die bereit sind, zukunftsorientiert in die Taschen zu greifen. So beteiligt sich die Firma Würth mit rund 1 Million DM an diesem Projekt, und weitere, zum Teil sehr namhafte Firmen, wie Audi, unterstützen mit ihren Mitteln ebenfalls dieses Berufsbildungszentrum. Diesen Firmen ist von unserer Seite aus genauso Dank zu sagen wie der innovativen Handwerkskammer in Heilbronn.

Probleme bereiten landesweit bei allen diesen Einrichtungen die vor allem im IT-Bereich enorm schnellen Entwicklungen, die teilweise binnen Jahresfrist zu Erneuerungen zwingen. Das Land und der Bund sind nicht nur hier, sondern auch bei der laufend notwendigen Modernisierung insbesondere der maschinellen Ausstattung gefordert.

Nachdem der Nachholbedarf in den neuen Bundesländern inzwischen weitgehend aufgeholt ist, muss sich unsere Forderung in erster Linie an den Bund richten, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Denn – wie bereits dargelegt – nach unserer Ansicht darf die Qualität der Ausbildung nicht durch Unterlassen notwendiger Investitionen leiden.

Glücklicherweise haben wir im Land auch sehr gute Ausbilder an diesen Bildungsstätten, die den jungen Menschen helfen können, die in einigen Bereichen eingetretenen Defizite kurzfristig über die Vermittlung von Lerninhalten zu überbrücken.

Deshalb wäre jetzt eine Beteiligung des Bundes von mindestens 65 % dringend erforderlich, um dem derzeitigen Bedarf im Land nachkommen und den hohen Standard früherer Jahre wieder erreichen und erhalten zu können. Dies ist auch zur Entlastung der Ausbildungsbetriebe dringend notwendig, die oft an der Grenze auch der finanziellen Belastbarkeit angelangt sind. Dabei muss einerseits auch der zunehmenden Spezialisierung in den Betrieben Rechnung getragen werden, während andererseits die Zunahme der Kosten, vor allem bei Kleinstbetrieben, Probleme bereitet, die es zu bewältigen gilt.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Abg. Dagenbach REP:** Immerhin führen auch die von den Betrieben zu erbringenden Eigenmittel zu einer weiteren Steigerung der bereits zu hohen Lohnzusatzkosten.

Meine Damen und Herren, das Land ist gefordert, aber noch mehr der Bund. In diesem Sinn muss auch der Landtag seine Entscheidungen fällen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Seimetz CDU: Kurze und knackige Antwort! – Abg. Rudolf Hausmann SPD meldet sich zu Wort.)

– Herr Hausmann, ich erteile zunächst Ihnen das Wort.

**Abg. Rudolf Hausmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die Debatte nicht unnötig verlängern, sondern nur noch einige Punkte anführen.

Erster Punkt: Herr Hofer, Ihre Aussage ist nicht richtig, der Bund habe seine Mittel verringert. Zumindest was die alten Bundesländer anbelangt, hat er seine Mittel leicht aufgestockt – ich kann es Ihnen zitieren, mir liegt es hier vor –, und zwar zwischen 1998 und 1999 von 15,7 auf 16,3.

(Abg. Keitel CDU: Prozentual sind sie gesunken!)

– Nein, sie sind prozentual gestiegen. In den neuen Bundesländern haben wir den Sondereffekt, den Sie selbst genannt haben.

Herr Keitel, das mit den Zukunftsinvestitionsprogrammen ist so eine Geschichte. Darum will ich dazu noch etwas sagen. Ich will Ihnen kurz die Historie nennen.

(Rudolf Hausmann)

Sie hatten gerade Regierungsverantwortung übernommen, als weitsichtige Abgeordnete – Puchta und andere – einen Antrag eingebracht haben. Sie wollten wissen, was mit den regulären Geldern passiert, wenn neue Zukunftsprogramme aufgebaut werden. In der Begründung des Antrags haben sie erklärt, sie hätten den Eindruck, dass die regulären Gelder gekürzt würden und dafür ein Zukunftsinvestitionsprogramm aufgelegt werde.

Das Wirtschaftsministerium hat in seiner Stellungnahme zu dem Antrag im Juli 1997 zum Ausdruck gebracht, in der Koalitionsvereinbarung sei verabredet, dass eine Förderung von Einzelprojekten sowie Modernisierungs- und Erneuerungsinvestitionen der überbetrieblichen Bildungsstätten stattfinden sollten.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Und weiter: Die dafür vorgesehenen Mittel sollen die laufende Förderung der beruflichen Bildung ergänzen und nicht ersetzen. Ergänzen und nicht ersetzen! Aber dann gibt es eine leichte Einschränkung: Sollten jedoch die Sparbeschlüsse so weitergehen, ist nicht auszuschließen, dass vielleicht teilweise doch etwas passiert. Das war im Juli 1997.

Im November sind dann auch im Zusammenhang mit einem Nachtragshaushalt ganz neue Zahlen aufgetaucht. Wir haben dann plötzlich folgende Situation: Sie hatten unter der Verantwortung der FDP/DVP von 1995 auf 1996 den regulären Haushalt bereits von 9,3 Millionen DM auf 3,6 Millionen DM reduziert. Von 1996 auf 1997, als es darum ging, die regulären Gelder mit Zukunftsprogrammen zu ergänzen, stehen sage und schreibe noch 0,6 Millionen DM im regulären Haushalt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Also auf Deutsch: Sie haben im Prinzip den regulären Haushalt auf null gefahren

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist Quatsch! – Abg. Hofer FDP/DVP: Wo ist das Problem?)

und haben dafür werbemäßig groß zwei verschiedene Zukunftsprogramme angekündigt. Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas. Das mag Ihnen nicht passen, das ist schon recht. Es braucht Ihnen auch nicht zu passen. Aber der Realität entspricht es trotzdem, die kann man eben nicht wegschreiben.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wir haben folgende Situation – Hagen Kluck hört jetzt auch zu –: Von 1992 bis 1995, als die SPD hierfür Verantwortung trug, gab es Ausgaben in Höhe von 36 Millionen DM für Investitionen überbetrieblicher Bildungsstätten; das ist unser Thema heute. Jetzt antwortet die Regierung auf unsere Anfrage, dass von 1997 bis 2001 – also sogar im Vorgriff auf nächstes Jahr – insgesamt Mittel in Höhe von sage und schreibe 25 Millionen DM über zwei Zukunftsinvestitionsprogramme und reguläre Haushaltsgelder bereitgestellt werden.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Da muss man schon sagen, Herr Hofer: Wahlkampf ist ja recht, und jede Partei darf ihren Wahlkampf machen. Aber man sollte die Leute an dieser Stelle nicht für dumm verkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Wo ist das Problem? Es ist alles kofinanziert worden!)

Wenn ich Sonderprogramme auflege, dann wäre es seriös, zu sagen: Liebe Leute, wir haben nur wenig Geld und an dieser Stelle einiges versäumt. Es tut uns Leid, dass wir da gleich zwei Programme aufgeplustert haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Von dem Antrag ist doch nichts übrig geblieben!)

Erforderlich ist – deshalb beantragen wir auch die Überweisung unseres Antrags an den Ausschuss und deshalb macht die Debatte Sinn –,

(Abg. Keitel CDU: Überflüssig!)

dass wir berechenbare Gelder für diese künftigen Investitionsmaßnahmen bekommen. Da sind Sie aufgefordert, nicht nur auf tönernen Füßen Gelder aus irgendwelchen Zukunftsprogrammen zusätzlich zu den regulären Mitteln einzustellen.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Wenn das passiert, Herr Hofer und meine Herren und Damen von der CDU, dann werden wir das lobend erwähnen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Birzele SPD: Der Staatssekretär hat einen schweren Gang vor sich! Er muss immer die Mikrofone verstellen!)

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abg. Hausmann, Sie hatten zuerst die Ausbildungsinitiative von Nordrhein-Westfalen gelobt. Ich darf Sie daran erinnern, dass der Wirtschaftsminister dieses Landes seit drei Jahren zweimal jährlich Spitzengespräche

(Abg. Hofer FDP/DVP: Mit großem Erfolg!)

zur Ausbildungssituation führt, mit großem Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jeder, der einen Ausbildungsplatz haben wollte, hat auch einen bekommen.

(Abg. Keitel CDU: So ist es!)

Alle Organisationen der Wirtschaft und die Gewerkschaften sind dabei. Ich kann Ihnen nur sagen, dass alle diese Organisationen diese Spitzengespräche als außerordentlich positiv einschätzen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Da kann ich zu Nordrhein-Westfalen nur sagen: Herzlich willkommen im Klub.

Zweitens: Es ging immer wieder um die Förderung in den vergangenen Jahren und darum, was in der Zukunft sein wird. In der Tat, die Zahlen schwanken. Das liegt aber auch daran, dass sie natürlich an den Bedarf angepasst werden, und daran, ob große Projekte anstehen oder kleine. Es hängt natürlich auch damit zusammen, dass in den vergangenen Jahren Sparmaßnahmen durchgeführt werden mussten.

(Abg. Brechtken SPD: Das lag an den Staatssekretären in den jeweiligen Zeiten! – Heiterkeit)

Aber das Wichtigste ist – darauf zielt ja auch der Antrag der SPD ab –, ob Förderanträge nicht erfüllt worden sind.

(Abg. Keitel CDU: Nicht der Fall! – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Dazu kann ich Ihnen genau sagen, es ist kein einziges

(Abg. Hofer FDP/DVP: Alles finanziert!)

bewilligungsreifes Vorhaben zur Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten an der Finanzierung gescheitert.

(Abg. Keitel CDU: Das ist doch entscheidend! – Abg. Hofer FDP/DVP: Alles andere zählt nicht!)

Ich glaube, das ist das Wichtige.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

Es hat manchmal gedauert, richtig. Es hat aber oft auch deshalb gedauert, weil der Bund manchmal mit seinen Mitteln auf sich warten ließ. Aber letztlich ist kein einziges Projekt an der Finanzierung gescheitert.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich glaube, das ist das Allerwichtigste für das Handwerk, für die kleinen und mittleren Unternehmen und für die Ausbildung. Deswegen wollen wir das fortsetzen, und deswegen haben wir 30 Millionen DM in die Zukunftsoffensive eingestellt.

(Abg. Keitel CDU: Sehr gut!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage Ihnen vor, Abschnitt I des Antrags Drucksache 12/4708, den Berichtsteil, für erledigt zu erklären und Ab-

schnitt II an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/5600, 12/5625, 12/5626, 12/5627**

Die Fraktion Die Republikaner hat beantragt, über die laufende Nummer 14 der Drucksache 12/5626 formell abzustimmen. Ich rufe diese Nummer auf. Wer der Beschlussempfehlung zu Nummer 14 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen ist der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Ich rufe nun die übrigen Beschlussempfehlungen im Ganzen auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/5589**

Wer den Beschlussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Den Beschlussempfehlungen ist zugestimmt.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Kleine Anfragen – Drucksachen 12/5492, 12/5538, 12/5563, 12/5564, 12/5569**

Die Kleinen Anfragen sind inzwischen beantwortet worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich weise darauf hin, dass die nächste Plenarsitzung am Mittwoch, dem 22. November 2000, 10:00 Uhr stattfindet.

(Abg. Brechtken SPD: Wir freuen uns bereits darauf!)

Das Präsidium wird die Tagesordnung aufstellen und Ihnen rechtzeitig zusenden.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die heutige Sitzung.

**Schluss: 17:47 Uhr**